

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Versammlungsinrate kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsrate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 38-42, Telefon-Nr. 68 u. 69, Telegr.-Adr.: Vtberband Bochum.

### Grubenkapital und Menschenhandel.

Der Arbeitslohn wird in der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsbildung nicht nach dem Wert der Arbeitsleistung, sondern hauptsächlich durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt, d. h. übersteigt das Angebot an Arbeitern die Nachfrage, sinkt der Lohn, übersteigt aber die Nachfrage nach Arbeitern das Angebot, steigt der Lohn. Es ist daher erklärlich, wenn die Unternehmer versuchen, eine möglichst große Reservearmee an Arbeitern zu schaffen, um den Lohn niedrig zu halten.

Im Bergbau werden besonders große Anstrengungen gemacht, eine möglichst große Reservearmee zu schaffen, aber infolge des gewaltigen Aufschwunges besonders in den letzten Jahrzehnten, ist das nur teilweise gelungen. So kommt es, daß auch während der Krisen die Zahl der Arbeiter fortgesetzt steigt. Das war besonders nach 1900 und 1907 zu beobachten. Ende 1900 setzte die Krise ein und erreichte 1902 den Tiefstand. Die Zahl der Arbeiter im preussischen Bergbau betrug 1900: 497 201, 1902: 581 888, ist also um 84 185 während der Krise gestiegen. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund stieg die Zahl der Arbeiter in der gleichen Zeit von 226 902 auf 248 968 oder um 17 061.

Der wirtschaftliche Aufstieg erreichte dann 1907 den Höchststand, dann ging es wieder abwärts; 1909 erreichte die Krise den Tiefstand. Die Zahl der Arbeiter im preussischen Bergbau betrug 1907: 648 785, 1909: 711 290, ist also um 67 505 während der Krise gestiegen. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund stieg die Zahl der Arbeiter in der gleichen Zeit von 308 089 auf 340 567 oder um 37 478.

Die gleiche Erscheinung ist auch jetzt wieder zu beobachten. Im 3. Vierteljahr 1913 setzte die Krise ein. Die Zahl der Arbeiter im preussischen Bergbau betrug im 3. Vierteljahr 1913: 723 766, im 1. Vierteljahr 1914: 772 609, ist also innerhalb eines halben Jahres trotz der Krise um 48 843 gestiegen. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund stieg die Zahl der Arbeiter in der gleichen Zeit von 379 591 auf 407 512 oder um 27 921.

Die Grubenkapitalisten rüsten also während der Krisen immer schon für die kommende Hochkonjunktur, um das Gesetz von Angebot und Nachfrage in ihrem Interesse zu beeinflussen. Dabei machen sie ein Bombengeschäft. Wenn es ihnen dadurch, daß sie beheizten Arbeiter der geringeren Zahl herantreiben, nur gelingt, den Lohn pro Arbeiter und Schicht um 20 Pf. niedriger zu halten, so macht das pro Jahr, wenn wir nur 800 Schichten rechnen,  $800 \times 20 \text{ Pf.} = 60 \text{ Mk.}$ . Ein Grubenkapitalist, der 1000 Arbeiter beschäftigt und durch Heranziehung geringerer Arbeitskräfte den Lohn um 20 Pf. pro Schicht niedriger halten kann, verdient dadurch jährlich also  $1000 \times 60 \text{ Mk.} = 60 000 \text{ Mk.}$  Thyssen z. B. beschäftigt etwa 16 000 Arbeiter, und wenn es ihm gelingt, durch Heranziehung geringerer Arbeitskräfte den Lohn um 20 Pf. pro Schicht niedriger zu halten, verdient er dadurch jährlich  $16 000 \times 60 \text{ Mk.} = 960 000 \text{ Mk.}$  Nehmen wir an, Thyssen läßt zu diesem Zweck durch Werbeagenten jährlich 2000 Arbeiter heranziehen und zahlt für jeden Arbeiter 60 Mk.;  $2000 \times 60 \text{ Mk.} = 120 000 \text{ Mk.}$ , so bleibt ihm noch ein Reingewinn von 720 000 Mk. Gelingt es, die Löhne der Bergarbeiter in ganz Preußen auf diese Weise um 20 Pf. pro Schicht und 60 Mk. pro Jahr niedriger zu halten, so entsteht dadurch den Grubenkapitalisten bei einer Belegschaft von 750 000 ein Gewinn von  $750 000 \times 60 \text{ Mk.} = 45 000 000 \text{ Mk.}$

Der Menschenhandel ist also für die Grubenkapitalisten ein glänzendes Geschäft und darum werden immer mehr Menschenhändler, d. h. gutbezahlte Werbeagenten losgelassen, um die Arbeiter aus aller Herren Länder unter glänzenden Versprechungen heranzulocken. Aus dieser Werberci ist bereits ein gutlohndes Gewerbe geworden und zahlreich sind die „Werbe-Agenturen“ und „Arbeitswilligenvermittlungen“ mit ihren Werbepersonen, die durch den Menschenhandel ein glänzendes Geschäft machen.

In welcher gewissenlosen Weise dabei verfahren wird, ergibt sich aus folgendem Schreiben einiger Arbeiter, welches unser österreichisches Bruderorgan „Glückauf“ schon am 16. April 1914 veröffentlichte:

„Wir sind seitens der Deutschen Zentralstellenvermittlung in Wien VI., Matrosengasse 9, für die Bergbaufirma R. F. Egger in Rybnik (Preussisch-Oberschlesien) mit sehr schönen Versprechungen angeworben worden. Als wir dort ankamen, erfuhren wir, daß es die versprochene Bezahlung nicht gibt, sie ist sehr schlecht und es sind außerdem dort, die jeder Beschäftigten spotteten. Die Verpflegung ist miserabel, so daß wir bitten, vor jedem weiteren Zugzug abzurufen. Uns bleibt nichts übrig, als schleunigst zu Fuß abzureisen. So werden heute Arbeiter auf das Schändlichste behandelt.“

Am 23. Juli 1914 brachte unser österreichisches Bruderorgan, der „Glückauf“, folgenden Warnungsartikel der in Graz erscheinenden „Montan-Zeitung“:

„Warnung! Unter obiger Aufschrift brachten wir in der Nr. 12 unseres Blattes vom 15. Juni eine Verichtigung vom Herrn Bergingenieur Franz Egger und erhielten wir hierauf von Herrn Eduard Battis aus Rybnik wieder folgende Verichtigung, welche wir loyalerweise auch wieder bringen. Diese Verichtigung lautet: „Durch das Amtsgericht in Rybnik wurde Egger verurteilt, mir die bereits gegebenen 50 Mark auszubehalten und nahm ich dieses Urteil nur durch die Not gezwungen an, da ich eine längere Verminenzzeit wegen Mittellosigkeit nicht abwarten konnte und hätte ich die Hauptverhandlung abwarten können, so wäre Egger bestimmt verurteilt worden, mir meine ganze Forderung von 280 Mark nebst der Rühnigungszeit zu bezahlen. Ich habe die 50 Mark darum angenommen, weil Egger nichts zu nehmen hatte und fluchtverdächtig war, welche auch erfolgte, da Egger momentan aus Rybnik verschwunden ist und seine hinterlassenen Möbel gepfändet wurden. Die von mir am 1. Juni in der „Montan-Zeitung“ veröffentlichte Warnung ist nichts als die pure Wahrheit und keine Verleumdung. Ich habe mich um die von Egger ausgeschriebene wunderbare Steigerung bei der Fürstengrube bemüht. Anfangs März kam ich zur Fürstengrube mit zwei Mann, weil ich die übrigen 30 Mann zu meinem größten Glück wegen Mangel an Reisegeld nicht mitnehmen konnte und mußte dieselben in Agram und in Agram warten lassen, bis sie abgeholt wurden. Egger versprach mir auch bei der Fürstengrube vor dem Sauer Gatti, daß ber-

selbe die Arbeiter aus Agram und Eisnern abholen wird und Freikarten sowie das Reisegeld hierzu erhalten wird. Ich hatte keine Arbeit zu übernehmen, wie Egger versprochen, sondern hatte nur einen Steigerdienst mit einem Gehalt von 255 Mark anzutreten. Egger war soviel und sagte zu mir und Gatti: „Warten wir noch mit dem Abholen der Arbeiter“ und gab mir dann, anstatt den Monatslohn einen Schichtlohn von 7 Mark, solange bis die Arbeiter hier sind. Ich habe sofort mit 29 Arbeitern den Dienst gemacht zu 12 bis 14 Stunden lang innerhalb 24 Stunden. Den Hauern wurde pro Schicht ein Grundlohn von 5 Mark und den Schleppern 4 Mark versprochen, bezahlt wurden aber den ersteren nur 3,50—4,50 Mk. und den letzteren 2,40 bis 3,00 Mk. Daß ich in Rybnik auf Kosten eines anderen Herrn lebe, ist richtig. Ich wurde aber von diesem Herrn selbst ersucht, auf dessen Kosten in Rybnik zu bleiben, da dieser gute Herr die besten Absichten hatte, mir eine Stelle zu verschaffen und bedauerte mich, daß ich in die Hände Eggers gefallen bin. Dies war eben zur Zeit, als ich die 50 Mark auf gerichtlichem Wege durch Egger erhielt und abriefen wollte. Egger hat auch Ende März die Sauer Kapper und Berthold nach Steiermark um Arbeiter geschickt, mit dem Versprechen, daß, sobald Kapper die Leute beisammen hat, er die Freikarten erhalten werde. Kapper hat Arbeiter zusammengezogen, aber Egger schickte keine Freikarten und wurde Kapper dann noch von der Polizei festgenommen und die Arbeiter standen ohne Arbeit da. Wie es heißt, soll Kapper sogar mit seinen eigenen Mitteln um die Arbeiter gefahren sein. Daß ich bereits Arbeiter für Egger angeworben habe, beweisen die Telegramme und Briefe. Leider warteten die Arbeiter vergebens, daß sie abgeholt werden. Egger sagte mir: „Telegraphieren Sie nach Agram, daß Gatti kommt, um sie abzuholen“, was ich auch getan habe, inzwischen kam aber auch schon der Krach der Eggerschen Unternehmung auf der Fürstengrube. Als am 14. April sämtliche Arbeiter bis auf einen Mann die Arbeit niederlegten, da Egger den versprochenen Grundlohn nicht ausbezahlte, mußte auch ich mit dem letzten Mann die Arbeit verlassen. Egger hat sich dann um nichts mehr gekümmert und mußten ich und die Arbeiter unseren verdienten Lohn einklagen lassen. Herr Bergverwalter Jungfer auf der Fürstengrube sagte mir, als ich den Streik der Arbeiter meldete: „Es ist doch schändlich von Egger, daß er den Grubenarbeitern einen solchen Schundlohn bezahlt“, als die Arbeiter die Lohnzettel zeigten. Herr Jungfer sagte mir auch, daß um solche Löhne niemand arbeiten wird und hat mir und den Arbeitern den Rat erteilt, den Egger zu verklagen, da er keine Unternehmung mehr auf der Fürstengrube hat. Herr Egger ist auch der Steiger, Herr Scherbaum in Wöllan, auf den Leim gegangen, indem er ihn animierte, Arbeiter zu schicken, dann bekommt er auch einen Dienst, und Herr Scherbaum hat tatsächlich 12 Mann zur Fürstengrube geschickt, welche aus Wöllan kamen. Als die Arbeiter eingetroffen sind, telegraphierte ich dem Egger, was mit den Leuten geschehen soll. Egger kam aber nicht, antwortete auch nicht und die armen, irreführten 12 Arbeiter mußten mit Weib und Kind wieder abziehen, mittellos, ohne Obdach und sollen dieselben dann nach Pfendorf abgereist sein. Ich bitte die geehrte Redaktion, nur bei Herrn Scherbaum anzufragen, welche Dickschreiben er von Egger erhalten hat und wie er geküßelt wurde. Nachfolgend führe ich noch sämtliche Namen der Arbeiter an, welche auf der Fürstengrube waren. Hoffentlich genügt meine wahrheitsgetreue Rechtfertigung gegen Herrn Egger. Schließlich bitte ich, sich auch bei Herrn Karl Kaluga zu erkundigen, und derselbe wird bereitwilligst einen schändlichen Bericht über Egger einreichen. Mit hochachtungsvollem Glückauf! Ihr ergebener Eduard Battis m. p.“

Was hier von Steiger Battis, der selbst Werber war, geschildert wird, ist geradezu ungeheuerlich, und wenn auch nur der kleinste Teil davon wahr wäre, hätte die Staatsanwaltschaft allen Anlaß, sich damit zu befassen. Längst hätte auch dem gewissenlosen Treiben der Werbeagenten und gewerbsmäßigen Menschenhändler gesteuert werden müssen. Das haben wir sehr oft gefordert. So schrieben wir aus Anlaß der Ausschreitungen in Hamm, Gamborn und Wanne durch hergelockte, betrogene Arbeiter in Nr. 41 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 8. Oktober 1910 u. a.:

„Der Bergherr hat bekanntlich Geld genug und wartet listern darauf, es dienstbar zu machen. Was ist ihm da lieber, als eine lebendige, stetig zunehmende Nachfrage nach Kohlen? Er weiß durch längst eingegangene Gutachten genau, daß da und dort noch Kohlen-schätze der Hebung warten.“

„Gern trifft er alle Vorkehrungen für seine Neugründung; gern läßt er abtauen und flack Millionen über Millionen herein, um möglichst schnell und reichlich zu ernten. Die Erde schreit rüstig fort und endlich ist das Kohlenflöz freigelegt: Telegramme an den Minister des Handels, an die Bergbehörde! Hurra! Hurra! Und damit ist alles vereinigt zur Produktion bis auf ihren wesentlichen Faktor: den Arbeiter. Aber warum sich lange darüber sorgen! Für Geld kann man alles haben! Leider! Zunächst wird nun versucht, trotz eines entgegenstehenden Vertrages, Arbeiter der benachbarten Bezüge heranzuziehen; dann folgt, was aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, aus Gründen, die die Betroffenen selbst angehen und nicht zuletzt aus Gründen, welche die Gesamtheit der Ruhrbergleute hinsichtlich ihres Lohnes und ihrer Gesundheit aus sicherheitsrechtlichen Gründen lebhaft interessieren, die Heranziehung fremder Arbeiter aus Oberschlesien, Galizien usw. durch gewisslose Agenten!“

„Wer kennt nicht die betrübenden Ereignisse, die sich in Gamborn, Hamm i. W. und Wanne anläßlich der durch Bergwerksagenten herangezogenen fremden Arbeiter zugetragen haben? Herr Minister, Sie vielleicht? Die Fälle liegen zwar vor Ihrer Amtszeit. Sie können sie durch Ihre Hönen untergebenen Behörden leicht erfahren; vor allem durch den Herrn Bürgermeister von Gamborn! Dort haben nämlich die hergelockten Arbeiter die Arbeit ausnahmslos weitergeführt, weil ihnen von den Agenten weiß Gott alles versprochen worden sei. Sie nahmen schließlich eine drohende Haltung an und wollten den Bahnhof stürmen! Die Abmachungen zwischen den Bergherren und deren Agenten bleiben im Dunkel. Tatsache bleibt, daß die hergelockten Leute die Arbeit weiterzogen aus vielen Gründen; Tatsache bleibt, daß sie, weil der Bergherr die Aufzungen des Agenten befreit und über ihren Vertrag nichts zu erfahren ist, als von den Agenten betrogen gelten müssen; Tatsache bleibt endlich, daß ihre Heranziehung eine erhebliche Gefahr der öffentlichen Ruhe und Sicherheit bedeutet.“

„Sieht man aber auch mal über das Leiborgan des Spekulantens hinweg in die Wirklichkeit, so weiß man, daß auf wirtschaftliche Fluten auch Ebden folgen. Was machen dann die Hergelockten? Dies soll wenigstens auch angebeutet werden. Es wäre gewiß gut, wenn sich die Bergherren die Ruhe gäben, neben der Leistungsfähigkeit auch

nach der moralischen Qualität des Agenten zu fragen. Aber mit der Moral ist es im Erwerbleben leider schlecht bestellt; eben darum dürfte es für die Allgemeinheit, die ein großes Interesse an der öffentlichen Ruhe und Sicherheit hat, beruhigender sein, wenn derartige Zustände durch Verordnung beseitigt werden. Das K. u. K. sagt doch (II, 17 und 18): „Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.“

Würde die Anwerbung von Leuten z. B. an einen schriftlichen Ausweis des Bergherren geknüpft, in welchem die Zahl der angeworbenen Leute sowie Arbeitsvertrag und Arbeitslohn angegeben wäre und die Befarntgabe dieses Ausweises in seinem ganzen Umfang den einzelnen Arbeitern gegenüber vorschreiben und ein Zumberehandeln mit empfindlicher Strafe belegt, so dürfte wohl eine Abhilfe zu erwarten sein.

Eine Polizeiverordnung, die sich mit dieser Materie befaßt, ist bisher nicht ergangen; darum dürfte für den Herrn Minister des Innern hierin ein vollkommener Anlaß liegen, sich nach treu preussischer Tradition der Verordnungsfreudigkeit zu betätigen. Können wir es zum Wohle der Arbeiter, zum Wohle der Allgemeinheit!

Der Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, hat schon 1910 den Kampf gegen die Arbeiterjugend aufgenommen, er hat auch angeordnet, daß die von den Ober-Präsidenten von Rheinland und Westfalen aus Anlaß des Märzstreiks 1912 erlassene Polizeiverordnung gegen das Streikpostentehen auf ganz Preußen ausgedehnt werden solle, aber gegen das gewissenlose Treiben der Werbeagenten und gewerbsmäßigen Menschenhändler geschah nichts.

Herr v. Dallwitz ist Statthalter von Elbisch-Lothringen geworden, an seine Stelle ist Herr v. Roedel gerückt. Aber es geht anscheinend im alten Kurs weiter. Und doch erfordert es nicht nur das Arbeiter-, sondern auch das Allgemeininteresse, daß dem gewissenlosen Treiben der Werbeagenten und gewerbsmäßigen Menschenhändler ein Ziel gesetzt wird. Wenn das Grubenkapital Arbeiter aus aller Herren Länder unter glänzenden Versprechungen heranzieht, läßt, müssen diese auch gehalten werden. Solange sich aber das Grubenkapital der Einhaltung dieser Versprechungen entziehen kann, wird das gewissenlose Treiben, wie bisher, seinen Fortgang nehmen.

### Das neue sächs. Knappschaftsgesetz.

Wie andere Bundesstaaten, so war auch Sachsen gezwungen, durch das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, die bestehende Knappschaftsgesetzgebung neu zu regeln und dort, wo es notwendig war, den reichsgesetzlichen Bestimmungen anzupassen. Es war die Frage zu prüfen, ob die neuen Bestimmungen in das bestehende Allgemeine Berggesetz eingefügt werden sollten, oder ob ein für sich abgegrenztes Knappschaftsgesetz für Sachsen zu schaffen sei. Die Regierung hat durch Dekret Nr. 19 den letzteren Weg eingeschlagen. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Solange wir noch kein Reichsberggesetz haben, ist es auch im Interesse der Bergarbeiter, ein Landesgesetz zu schaffen, in welchem die reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen des Knappschaftswesens zusammengefaßt werden. Das ist durch das neue sächsische Knappschaftsgesetz einigermaßen erreicht worden, so daß man nicht erst die Reichsversicherungsordnung mit ihrem außerordentlichen Umfange zu Hilfe nehmen muß, um sich Klarheit über die einzelnen Bestimmungen zu verschaffen.

Leider hat das Gesetz den Bergarbeitern nicht das gebracht, was diese zu fordern ein Recht hatten. Schon dadurch waltete über dem Gesetz ein unglücklicher Stern, weil die Regierung das Gesetz zur Vorberatung zunächst an die Erste Kammer gab. Dort wurde es innerhalb dreieinhalb Monaten so „gründlich“ durchberaten, daß es am 26. März 1914 einstimmig ohne Debatte, nach den Vorschlägen der Regierung angenommen wurde. Raum 15 Minuten brauchte das sächsische Herrenhaus, um dieses für die Bergarbeiter so wichtige Gesetz zu beraten. Berichterstatter war ein Herr Sahrer von Sahr auf Ehrenberg, außerdem gehörte unter anderen der Deputation noch der bekannte frühere sächsische Minister von Meißel an. Bei einer solchen Zusammenkunft war es ganz selbstverständlich, daß man den Forderungen der Bergarbeiter, welche in einer ausführlich begründeten Petition vorlagen, kein Entgegenkommen zeigte. Gefordert wurde von den Bergarbeitern, an Stelle der jetzt bestehenden Einzelkassen eine Zentralisierung der Knappschafts-Krankenkassen und Pensionskassen zu einer gemeinsamen Kasse nach Bochumer Muster. Im Falle der Ablehnung sollten Rekrut-Krankenkassen geschaffen werden. Krankengeld sollte in Höhe von dreiviertel des Grundlohnes für jeden Tag der Arbeitsunfähigkeit gezahlt werden. Weiter sollten im Gesetz Bestimmungen getroffen werden, die den Invaliden nach 30jähriger Dienstzeit mindestens die Hälfte des durchschnittlichen Sauerlohnes als Pension gewährt. Neben diesen Hauptforderungen waren noch eine Reihe weniger tief einschneidende Anträge gestellt.

Wie die Herren der Ersten Kammer über einzelne unserer Anträge urteilten, nur wenige Beispiele: Die Erhöhung der Pension wurde mit der Begründung abgelehnt, weil die Unternehmer doppelt in Mitleidenschaft gezogen würden, einmal durch erhöhte Löhne, dann auch noch durch erhöhten Anteil an den Beiträgen. Andere Anträge der Arbeiter lehnte man ab, weil dadurch der Freizügigkeit Vorhub geleistet werden könnte. Wiederholt wird bei der Ablehnung der Petition auf die Gegenpetition des Vereins für Bergbauliche Interessen aufmerksam gemacht, in welcher dringend nachgehrt wird, etwaige Anträge, die über die Reichsversicherungsordnung hinausgehen, nicht zu genehmigen. Diefen Unternehmerbefehl hat man getreulich erfüllt.

Mit kaum nennenswerter Veränderung herrschte auch derselbe Geist bei der Mehrheit der Volksvertretung in der Zweiten Kammer. Die Regierung stellte allen Hauptforderungen ein Nein entgegen und die bürgerlichen Parteien übten in der Deputation den großen Schmeißer. Alle Versuche der sozialdemokratischen Vertreter in der Deputation, das Gesetz, wie es die Erste Kammer verabschiedet hatte, etwas zu verbessern, scheiterten an der Mehrheit des bürgerlichen Blocks. Im allgemeinen stellte man sich, gemeinsam mit der Regierung, auf den Standpunkt, daß im Gesetz keine festen Normen geschaffen werden sollen, sondern es müsse dieses den Bestimmungen der ein-

selben Satzungen überlassen bleiben. Nicht nur Mitglieder der bürgerlichen Deputationsmehrheit, sondern auch die Regierung war der Meinung, daß die Erhöhungen des Krankengeldes in dem von der Sozialdemokratie beantragten Umfange, einen Anreiz in der Richtung hin enthielten, daß gewisse Erkrankte eher geneigt sein würden, sich für arbeitsunfähig zu halten, als wenn Krankengeld in der jetzt vorgesehenen Höhe gewährt würde. Also der Woywutz der Simulation, wie er in diesen Kreisen mit Wertsche und sehr oft gegen die Arbeiter angewendet wird! Die Mehrheit lehnte auch einen Antrag ab, die Mindestzahl von Mitgliedern einer Knappschafts-Krankenkasse auf 1000 zu erhöhen. Man ging von der falschen Auffassung aus, daß die Knappschafts-Krankenkassen mit den Betriebs-Krankenkassen zu vergleichen seien. Diese Ansicht wurde sich bei verschiedenen anderen Punkten, zum Schaden der Knappschaftsmitglieder, sehr oft geltend gemacht. Die Regierung erklärte, daß man mit den bestehenden Einrichtungen im sächsischen Bergbau, betr. der Mindestzahl von Mitgliedern bei den Knappschafts-Krankenkassen, bereits seit dem Inkrafttreten des sächsischen Knappschaftsgesetzes vom 2. April 1884 nur günstige Erfahrungen gemacht hätte. Die Bergarbeiter allerdings haben nichts davon gemerkt. Auch eine Statistik wurde vorgelegt, mit der man beweisen wollte, wie glänzend die sächsischen Knappschafts-Krankenkassen fundiert sind. Am Ende des Jahres 1912 hatten dieselben pro Kopf der Versicherten ein Vermögen von 68,68 Mk. angesammelt, während z. B. die Kranken-Versicherungsabteilung des Bochumer Knappschaftsvereins nur über eine Quote von 27,47 Mk. verfügte. Für den einzelnen Krankentag zahlten die sächsischen Knappschafts-Krankenkassen im Jahre 1912 ein durchschnittliches Krankengeld von 2,18 Mk., während die deutschen Ortskrankenkassen für den Krankentag nur 1,29 Mk. und die Betriebs-Krankenkassen 1,68 Mk. zahlten. Eine Zählung, die man am allerwenigsten von einer Regierung erwarten sollte. Bei der Berechnung über das Vermögen pro Kopf nimmt man den Bochumer Knappschaftsverein als Vergleich, bei den Leistungen betr. des Krankengeldes greift man zu den Orts- und Betriebs-Krankenkassen. Daß bei den Ortskrankenkassen das durchschnittliche Krankengeld pro Tag bedeutend niedriger sein muß, ist auch den Rechnern der sächsischen Regierung nicht unbekannt. Diese Kassen sind verpflichtet, eine große Anzahl weiblicher Mitglieder mit den niedrigsten Lohnklassen aufzunehmen und wird naturgemäß dadurch das Durchschnittsfrankengeld herabgedrückt. Wenn die sächsische Regierung zu solchen hinführenden Vergleichen ihre Zusucht nehmen mußte, so ist damit bewiesen, daß sie tatsächliche Gründe gegen die Berechtigung unserer Forderungen nicht anführen konnte. Es ist also nicht wahr, daß die sächsischen Knappschafts-Krankenkassen ihren Mitgliedern gegenüber sich als leistungsfähig erweisen hätten. Unzureichendes Krankengeld, niedriges Sterbegeld, vollständiges Fehlen einer Familienunterstützung, das ist die berühmte Leistungsfähigkeit der sächsischen Knappschafts-Krankenkassen!

- Nachfolgend führen wir alle diejenigen Wünsche aus der Petition der Knappschafts- und Krankenkassen-Vertreter auf, welche im Gesetz Aufnahme gefunden haben:
1. Gewährung von Hilfsmitteln gegen Verunstaltung und Verkrüppelung an solche Versicherte, denen ein anderweitiger Rechtsanspruch nicht zusteht.
  2. Die Zeit, für welche die Krankenhauspflege auf die Dauer des Krankengeldbezugs nicht angerechnet wird, erhöht sich von 18 auf 26 Wochen.
  3. Das Hausgeld der Angehörigen im Falle der Krankenhauspflege wird nicht in Höhe des halben Krankengeldes, sondern des halben Grundlohnes bezahlt.
  4. Hebammendienst und ärztliche Geburtshilfe wird allen weiblichen Mitgliedern zugänglich.
  5. Das Sterbegeld wird vom zwanzigfachen auf den vierzigfachen Betrag des Grundlohnes (mindestens 50 Mk.) erhöht.
  6. Wenn die Invalidenpension aus strafrechtlichen Gründen dem Bezugsberechtigten verweigert wird, so sollen seine im Inland wohnenden Angehörigen sie erhalten.
  7. Die Wartezeit für die Rentenbezugsberechtigung wird von 5 Jahren auf 200 Wochen verkürzt.
  8. Die Erhebung von Eintrittsgeldern wird fallen gelassen.
  9. Die Vertreterwahl hat als Anberuhtwahl in einem öffentlichen Lokal stattzufinden. Die Stimmzettel müssen die Größe

eines A4telbogens Rechtsformat (10,5 x 16,5 Zentimeter) haben und von weißem Papier sein. Gewiß sind diese kleinen Erfolge erfreulich, wenn man bedenkt, daß Regierung und Erste Kammer zunächst gar keine Zugeständnisse gemacht hatten, sie können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den einschneidendsten und wichtigsten Fragen Regierung und bürgerliche Mehrheit vollständig verfaßt haben. Die Herren von den Konteraktiven bis zu den Freimütigen haben es abgesehen, den Invaliden und arbeitsunfähigen Bergknappen, den Witwen und Waisen in der Zeit der größten Not etwas zu helfen, sie haben bewiesen, daß sie für die Leiden der Armen kein Verständnis haben. Den Bergarbeitern kam aber nicht oft und eindringlich genug vor Augen geführt werden, daß ihnen die bürgerlichen Parteien nicht einmal das geben was notwendig ist, um sie an ihrem Lebensabend vor der äußersten Not zu schützen. Goffen wir, daß die Bergarbeiter auch hieraus die notwendige Lehre ziehen, dann ist auch dieser neueste Knappschaftskampf nicht umsonst gewesen.

### Gegen das Streikpostenstehen.

Die Oberpräsidenten von Rheinland und Westfalen erließen aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks im März 1912 eine besondere Polizeiverordnung, wonach jeder der Strafe verfällt, der den mit Rücksicht auf den Verkehr und die öffentliche Ordnung gegebenen Anordnungen der Polizei nicht Folge leistet. Diese Polizeiverordnung kommt einem Verbot des Streikpostenstehens, d. h. eines gesetzlich gewährleisteten Rechtes, gleich. In einem Erlass des ehemaligen Ministers des Innern v. Dallwitz an die preussischen Regierungspräsidenten wurde angeordnet, diese Polizeiverordnung allgemein in ganz Preußen durchzuführen.

Schon am 3. Juni 1914 berichtete der „Vorwärts“ daß die sächsische Regierung, dem Beispiel des Herrn v. Dallwitz folgend, eine Verordnung gegen das Streikpostenstehen zur amtlichen Bekanntmachung bereit liegen habe. Wir haben diese Verordnung nach dem „Vorwärts“ in Nr. 25 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 20. Juni 1914 veröffentlicht. Inzwischen ist auch die amtliche Bekanntmachung erfolgt, wonach die Verordnung lautet:

- „Da Meinungsverschiedenheiten und Zweifel über die Befugnisse und Obliegenheiten der Polizeibehörden bei gewerblichen Streitigkeiten, insbesondere bei Streiks und Aussperrungen, entstanden sind, heißt sich das Ministerium des Innern veranlaßt, hierüber folgendes zu bestimmen:
- § 1. Die Polizeibehörden haben sich in solche Streitigkeiten selbst nicht einzumischen, sondern nur mit strengster Unparteilichkeit darauf zu sehen, daß die öffentliche Ordnung nicht gefährdet wird, insbesondere niemand an Leben und Gesundheit beeinträchtigt wird, Eigentumsbeschädigungen und andere strafbare Handlungen verhindert werden und die Freiheit und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs, insbesondere nach und von der Arbeitsstelle, in jeder Hinsicht geschützt wird.
  - § 2. Gegen Ausschreitungen, welche die öffentliche Ordnung stören oder gefährden, mögen sie im übrigen von Streikenden oder Aussperrten oder auch von Unternehmern oder Arbeitswilligen ausgehen, ist mit Ruhe und Zurückhaltung vorzugehen, aber auch mit derjenigen Energie und Nachdruck, die durch die Umstände geboten sind, um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß die Staatsgewalt den Willen und die Macht hat, die Ordnung aufrechtzuerhalten und Gesetzesverletzungen zu verhindern.
  - § 3. Die Ausstellungen von sogenannten Streikposten auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und Wasserstraßen ist damit nicht zu beanstanden, wenn sie den freien Verkehr nicht beeinträchtigen, insbesondere sich darauf beschränken, die Arbeitsverhältnisse zu beobachten, ohne hierbei Personen zu belästigen.
  - § 4. Sofern Streikposten oder andere Personen in Betätigung eines Interesses am Ausgange einer gewerblichen Streitigkeit die öffentliche Ordnung oder Sicherheit, die Bequemlichkeit oder Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen stören, insbesondere Arbeitswillige oder andere Personen belästigen oder in bedrohlicher Weise auftreten, sind sie von dieser Stelle des Verkehrsraumes einschließlich Einfahrten und Hauseingängen fortzuweisen und nötigenfalls zu entfernen. Als Belästigung ist auch anzusehen, wenn solche Personen in der ihren ausgesprochenen oder erkennbaren Willen

auf öffentlichen Straßen oder Plätzen angesprochen oder augenfällig begleitet werden.

§ 5. Müssen Streikposten wegen derartiger Belästigungen fortgelassen werden, oder ist durch Streikposten eine unmittelbare Störung der öffentlichen Ordnung zu erwarten, so kann die Polizeibehörde nach Lage des Falles die Ausstellung von Streikposten vorübergehend oder für die Dauer der betreffenden Streitigkeit ganz verbieten.

§ 6. In allen Fällen, in denen wegen Verletzung der öffentlichen Ordnung und damit zusammenhängender Zuwiderhandlungen mit Strafe einzuschreiten ist, hat die Polizeibehörde das nötige Beweismaterial auch dann, wenn es sich nicht um Haftfachen handelt, so rasch und gründlich als möglich zu sammeln und an die zuständige Behörde gelangen zu lassen.

Das ist Geist vom Geiste der großindustriellen und konterbaiten Scharfmacher. Die ganze Verordnung ist lediglich ein Ausnahmegesetz gegen streikende Arbeiter, daher mutet die Mahnung zur strengsten Unparteilichkeit sehr seltsam an. Nach § 1 und 2 hat die Polizei darauf zu sehen, daß die öffentliche Ordnung nicht gefährdet, Leben und Gesundheit nicht beeinträchtigt, Eigentumsbeschädigungen und andere strafbare Handlungen verhindert, die Freiheit und Sicherheit des Verkehrs besonders nach und von der Arbeitsstelle geschützt werden. Hier hat die Polizei mit derjenigen Energie und Nachdrucklichkeit vorzugehen, die durch die Umstände geboten sind. Ob ein solches Vorgehen notwendig ist, darüber entscheidet die Polizei. Und da die Polizei nach unseren bisherigen Erfahrungen in jedem Streikposten eine Verleumdung der in § 1 und 2 gegebenen Voraussetzungen erblickt, ist damit schon das Streikpostenstehen verboten.

Wie § 1 und 2 zu verstehen sind, sagt übrigens schon mit aller Deutlichkeit § 3, wonach das Ausstellen von sogenannten Streikposten nur dann nicht zu beanstanden ist, wenn sie den freien Verkehr usw. nicht beeinträchtigen und Personen nicht belästigen. Nach polizeilicher Auffassung beeinträchtigen Streikposten aber stets den Verkehr und das bloße Ansehen von Arbeitswilligen gilt schon als Belästigung.

Den letzten Zweifel über den Charakter dieser Verordnung beseitigen aber die §§ 4 und 5. Nach § 4 sind die Streikposten verboten, sofern sie die Arbeitswilligen „belästigen“ oder gegen sie „in bedrohlicher Weise auftreten“. Als Belästigung gilt schon, wenn Arbeitswillige „wider ihren ausgesprochenen oder erkennbaren Willen“ angesprochen oder augenfällig begleitet werden. Damit ist der Polizeibefugnis ungehindert Spielraum gegeben. Wir kennen die unendliche Fürsorge der meisten Polizeibeamten für die lieben Arbeitswilligen. Was alles werden sie als „belästigend“ und „bedrohlich“ auffassen? Wenn ein Streikposten einen Arbeitswilligen darauf aufmerksam macht, daß gestreift wird, braucht sich dieser nur als „belästigt“ oder „bedroht“ zu fühlen oder zu erklären, daß er wider seinen „ausgesprochenen oder erkennbaren Willen“ angesprochen wurde, dann muß die Polizei zu seinem Schutze eingreifen. Damit ist das Streikpostenstehen schon unmöglich gemacht.

Noch weiter geht § 5, der das Verbot des Streikpostenstehens zuläßt, wenn eine Störung der Ordnung zu erwarten ist. Ein eifriger Polizeibeamter wird diese „Erwartung“ immer haben.

Wir halten sowohl die Verordnung der sächsischen Regierung, wie auch die preussischen Verordnungen, die von gleichem Geiste getragen sind, für ungeschicklich. Das Koalitionsrecht und damit auch das Streikpostenstehen ist nicht nur durch das Reichsgericht, sondern auch durch Urteil des sächsischen Oberlandesgerichts anerkannt worden. In einer Urteilsbegründung des Oberlandesgerichts befindet sich eine Stelle, in der die Verordnungen, den Bezug von dem Gebiete des Lohnkampfes möglichst fernzuhalten, als durchaus berechtigt anerkannt werden. Die Stelle lautet nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“:

„Erfahrungsgemäß werden bei Lohnkämpfen auch die berechtigten Forderungen durch den Bezug fremder Arbeitskräfte leicht gefährdet und zum Scheitern gebracht. Wer daher die Befestigung der arbeitenden Berufe jeden Standes... anstrebt, wird darauf bedacht sein müssen, solchen Zugang von dem Gebiete des Lohnkampfes möglichst fernzuhalten und zu verhindern, daß der Bezug an Arbeitskräften von auswärts gedeckt wird. Deshalb muß der Klagenverband, der sich die Förderung der wirtschaftlichen Lage seiner Angehörigen zur Aufgabe macht, ... auch Vorzüge dahin treffen, daß die wirtschaftlich Bedrängtesten, insbesondere die mehr oder

### Vorwärts.

Ob du auch strauchelst, nur vorwärts immer, Jaghaftes Jaidern macht es nur schlimmer. Gab's Hindernisse, auch noch so viele, Nur Mut! So kommst du zuletzt zum Ziele. E. Hum.

### Wie macht man Wurst?

So heißelt sich das Bundeslied einer Schweinemehger-Farmung — modernes Rezept, wird nach der Melodie: „Du Schwert an meiner Seite“ gefungen, — das durch Zufall in den Besitz der „Volksstimme“ (Mannheim) geriet und wie folgt lautet:

Du Schwart vom alten Schinken... Die Gademesser blühen! Du schwab für Kap und Hund, Beg' du den ersten Grund Zur Wurst, zur Wurst, zur Wurst!

Dem Meinen ist auch Reines Der Fötus eines Schweines, Wenn er subtil zerhackt, Wird in den Darm gepackt Zur Wurst, zur Wurst, zur Wurst!

Siehe! Ihr grau' und braunen, Ihr Hehlicher Kalbawen, Auch laugt der Fettest hier, Mehr als zur Stiefelschmier Zur Wurst, zur Wurst, zur Wurst!

Nur Schweine können nach einem solchen Rezept verfahren und diesen „Bundeslied“ Gesang abgeben. Es reißt sich folgendem Festlich würdig an, das auf einem Fest des Landwirtschaftlichen Vereins in Waltersdorf zur Erhöhung der Festimmung gefungen wurde:

Wir können uns den schönen Tag Schon leisten ohne... Dorte um der Landwirte' hat zu nützen, Lat man sie „oben“ nachschach schüben, Damit reut' teuer das Brot.

Wir werden deshalb heute nur In Fleisch uns essen laßt. Wir wollen sicher nicht vergessen, Daß Brot nur von denen wird gegessen, Wer kein Vieh im Stalle hat.

Es soll die edle Landwirtschaft Etets blühen und gedeihen. Es muß ein jeder dazu streben, Den Preis der Produkte zu heben, Dann bringt sie auch etwas noch ein.

Wenn hundert Maß der Scheffel Korn, Die Pulver eine Kron, Wenn Gold man zahlt für Milch und Eier, Das Schlachtwiech dreißigmal so teuer, Dann sind wir erst richtig belohnt.

### Wachstum im Kindes- und Jünglingsalter.

Die oberflächliche Beobachtung läßt das Wachstum der Kinder und Jünglinge sehr verschieden erscheinen, und es bedarf jedenfalls genauer Messungen an einer großen Zahl von Individuen, um zur Kenntnis einer Gesetzmäßigkeit vorzudringen. Dies Ziel hat Herr Dr. Kimpflin verfolgt, der seine Ergebnisse der Pariser Akademie der Medizin vorgelegt hat. Er hat nicht weniger als zehn Jahre darauf verwandt. Kleine Kinder kamen dabei überhaupt nicht in Betracht, sondern nur die Jünglinge einer höheren Schule im Alter zwischen 11 und 16 Jahren. Im ganzen sind 200 Personen unter dauernder Beobachtung gewesen. Die Ergebnisse können insofern einen Anspruch auf eine gewisse normale Geltung erheben, als diese Kinder sich unter den besten gesundheitslichen Bedingungen der geistigen und körperlichen Entwicklung befanden. Der Forscher glaubt insoweit darüber auch Anhaltspunkte für eine Verbesserung der Masse erhalten zu haben, indem er nachweisen will, wie eine hygienische Lebensweise auf das Wachstum wirkt. Gemessen wurden an allen Kindern die Körpergröße, das Gewicht und Brustumfang in Ruhe und angestrengter Einatmung. Die Feststellungen geschahen an jedem Knaben sechsmal im Jahre. Für jede Jahresklasse wurde dann ein Durchschnittsmaß berechnet, wobei der Brustumfang als arithmetisches Mittel beider Messungen angegeben wurde. Es hat sich gezeigt, daß der Grad des Wachstums in zwei Stufen vor sich geht. Vom 11. bis zum 14. Jahr überwiegt die Zunahme der Körperlänge, vom 14. bis zum 16. Jahr die des Körpergewichts. Es ist jedenfalls kein Zufall, daß die Grenze zwischen diesen beiden Stufen gerade auf den Eintritt des ersten Mannbarkeitsalters fällt. Vom 11. bis zum 14. Jahr wuchsen die Knaben von 145 auf etwa 163 1/2 Zentimeter, wobei der größte Sprung um fast 10 Zentimeter zwischen dem 13. und 14. Jahr zu liegen kam. Vom 14. bis zum 16. Jahr betrug die Zunahme der Körperlänge nur noch 3 Zentimeter. Das Gewicht stieg vom 11. bis zum 14. Jahr von 36 auf 49 1/2 Kilogramm, dann bis zum 16. auf etwas über 57 Kilogramm. Immerhin ist die Gewichtszunahme danach gleichmäßiger, und es ist jedenfalls zu beachten, daß die stärkste Steigerung, nämlich um fast 7 Kilogramm, gleichfalls zwischen dem 13. und 14. Jahr fällt.

### Warum stellt man sich so oft vor?

An der Wirtschaftstafel. Bevor sie sich setzen, verbeugen sie sich und sprechen nach rechts und links und gegenüber mit mystischen Tönen: „Müller!“ „Meier!“ „Schulze!“ — Im Park des Badesortes kommen durch irgend einen Zufall ein paar ins Gespräch und unterhalten sich recht angenehm. Mit einem Male unterbricht der eine die Rede, läßt den Hut und sagt: „Mein Herr, gestatten Sie, daß ich mich vorstelle. Gehmann!“ Worauf dann der andere ein gleiches tut. Dann hebe, er heißt Krause. — Jemand wird für den Bruchteil einer Minute mit zwei Herren zusammengeführt, von denen er nur den einen persönlich kennt. Aber der greift der Göttin Gelegenheit an die Stirnlocke: „Darf ich die Herren bekannt machen? Herr Ginge — Herr Rinze.“ Das sind so die Hauptgelegenheiten, wo der „gebildete Mensch“ den heiligen Eifer entwickelt, sich vorzustellen. Aber warum denn? Jeder bestiebige Mensch, den kennen zu lernen ich ganz und gar keine Neigung habe, drängt mir seinen, mir durchaus gleichgültigen Namen auf und zwingt mich außerdem dadurch, ihm den meinen zu nennen, obgleich ich zu dieser Herausgabe meines ureigenen Besitzes nicht im geringsten gewillt bin. Die Rettung des höflichen Auftretens wird hier zum Unstun und Unfug der Zutrittskarte mit ein freundlicher

Zufall — selten genug — das angenehme Gefühl gewährt, mich rein als Mensch mit einem Menschen zu unterhalten, welcher zwingende Grund liegt damit vor, welchen Sinn hat es dann, mir dieses Gefühl zu rauben und die Freude darüber zu beeinträchtigen? Vorher stand ich dem andern völlig unbefangen gegenüber, nur als Mensch dem Menschen. Weiß ich aber erst, wie er heißt und was er ist, womöglich auch, wie gut oder schlecht es mit seinem Gebbeutel bestellt ist — denn Stand und Einkommen zu enthüllen, gehört für viele ebenfalls zum dringenden Bedürfnis — dann sieht er mir nicht mehr nur als Mensch, sondern als ein-jo und so beschaffener Mensch gegenüber, den ich gleich durch eine besonders gefärbte Brille betrachten muß. Gerade bei solchen Gelegenheiten wird die eilige Vorstellung sehr häufig mit dem Worte „übrigens“ eingeleitet. Was ihre Ueberflüssigkeit selber betont. Außerdem: man verheißt die Namen ja doch nicht. Oft, weil man sie mit Nichtachtung und Unachtsamkeit spricht. Also: wozu der Unsinn? Der sogenannte gute Ton ist ebenjowenig unüberwindlich, wie irgend etwas anderes in unserer, auf den Wechsel gestellten Welt. Heute erfordert er die eilige Vorstellung, morgen kann er sie verpönnen. Möge er das wenigstens übermorgen! (Aus dem zweiten Jahrgang des „Vorwärts“.)

### Die größten Tunnel der Erde.

Die Vollendung der Lötschbergbahn hat den drittgroßten Eisenbahntunnel der Welt dem Verkehr zugänglich gemacht. Da ferner durch die nahe bevorstehende Betriebsübergabe des Dittlrauentunnels bei Elm auf der Berlin-Frankfurter Strecke Deutsche Reichsbahnen seinen bisher weitaus längsten Eisenbahntunnel erhalten wird, so ist eine Zusammenstellung der zurzeit größten Tunneln, wie sie die Zeitschrift „Weltverkehr und Weltwirtschaft“ gibt, von Interesse:

Name	Land	Länge
Simplontunnel (Schweiz-Italien)		19 803 Meter
St. Gotthardtunnel (Schweiz)		14 998 "
Lötschbergtunnel (Schweiz)		14 586 "
Mont Cenisunnel (Frankreich-Italien)		12 293 "
Arlbergtunnel (Österreich)		10 270 "
Ridertunnel (Schweiz)		8 604 "
Tauernunnel (Österreich)		8 585 "
Münster-Grenchen (Schweiz)		8 560 "
Giovi-Gallerie (Italien)		8 260 "
Hauenstein-Bastunnel, im Bau (Schweiz)		8 148 "
Col di Lenda (Italien)		8 100 "
Karawankenunnel (Österreich)		8 016 "
Vorgellotunnel (Italien)		7 750 "
Goosactunnel (Vereinigte Staaten, Maß.)		7 640 "
Severtunnel (England)		7 260 "
Maritanopolitunnel (Italien-Sizilien)		6 480 "
Bochenerunnel (Österreich)		6 300 "
Dittlrauentunnel, im Bau (Deutschland)		6 300 "
Sutrounnel (Vereinigte Staaten, Nev.)		6 000 "
Abulattunnel (Schweiz)		5 964 "
Zotchtunnel (England)		5 893 "
Merhetunnel (Frankreich)		5 620 "
Gravelstunnel (Norwegen)		5 311 "
Uspallatunnel (Argentinien-Chile)		5 065 "

Der bisher längste deutsche Tunnel, der Kaiser-Wilhelm-Tunnel bei Cochem (Mosel), mit nur 4248 Meter Länge, wird durch den neuen Dittlrauentunnel um die Hälfte überboten.

minder arbeitslosen Berufsangehörigen im Ernstfalle nicht allzu leicht ins feindliche Lager übergehen und ihre Dienste dem anbieten, der im Lohnkampfe den Vereinsmitgliedern als Gegner gegenübersteht. Gerade die wirtschaftlich Schwächsten sind naturgemäß der Versuchung besonders ausgesetzt, mit einer geringen Verbesserung ihrer Lage sich abfinden zu lassen und nach Erreichung dieses oder eines anderen Vorteils die gemeinsame Sache zu verlassen und das von den übrigen Berufsangehörigen und anfänglich auch von ihnen selbst angestrebte Ziel aufzugeben."

In diesem Erkenntnis liegt die unbedingte Anerkennung der Berechtigung des Streikpostens, denn dieses hat eben die Aufgabe, solchen Zugzug von dem Gebiet des Lohnkampfes möglichst fernzuhalten". Das Urteil hat nur einen Mangel, es erkennt nicht den Arbeiterorganisationen das Recht zu, den Zugzug fernzuhalten, sondern den — Arbeitern.

## Die Bergarbeiterverhältnisse im mittel-deutschen Braunkohlenrevier vor fünfzig Jahren und heute.

Wohl keine Arbeiterkategorie ist so schwer bedrückt, als der Bergmann, niemand so in der öffentlichen Meinung gesunken, als die Schachtarbeiter. Wie ist das zugegangen? Weshalb wird der heutige Bergarbeiter so schwer bedrückt durch allzu hohe Arbeitsleistung, geringen Lohn und unwürdige Behandlung? Das System ist es, welches sich verändert hat. Diese Veränderung jedoch, die kapitalistische Entwicklung, die Einführung der Großbetriebe, die Herrschaft der Millionen-Aktien-Gesellschaften.

In den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren die Grubenbesitzer des mitteldeutschen Braunkohlenreviers in der Regel noch Leute, die aus den Kreisen der praktischen Bergarbeiter selbst hervorgegangen waren. Der Besitzer selbst leitete das Bergwerk, war selbst Betriebsführer. Nur vereinzelt traf man Bergwerksbesitzer, die den bürgerlichen Kreisen entstammten, ohne praktische und noch weniger ohne theoretische Vorkenntnisse, ihr Vermögen durch Förderung der schwarzen bzw. braunen Diamanten zu vergrößern suchten. In diesen Jahren, in denen das „Bergwerk“ nur aus einem Förderer und einem Schuppen, in dem der Torf gestrichen wurde, bestand, war das Verhältnis zwischen Arbeitern und Beamten, — wenn solche überhaupt vorhanden waren —, und den Bergwerksbesitzern ein patriarchalisches, ein familiäres. Noch heute erzählen die Bergarbeiter von den „alten schönen“ Zeiten, in denen sie zu Festzeiten von der „Mutter“ so und so ihren Teil Festkuchen mit nach Hause bekamen, wo sie auch an dem Schlachtfeste des Arbeitgebers interessiert waren. Daß unter solchen Umständen auch die Auseinandersetzungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in friedlicherer Art vor sich gingen, ist erklärlich, wenn auch damals schon manche Forderungen abgewiesen wurden.

Der Bergwerksleiter war auf Grund seiner praktischen Kenntnisse in der Lage, die Arbeitsleistung des Einzelnen richtig einzuschätzen. Nun stand zwar der richtigen Bezahlung der Arbeitskräfte sein Kapitalisteninteresse gegenüber. Jedenfalls war sich auch der damalige Grubenbesitzer bewußt, daß er sich durch größere Ausbeutung seiner Arbeiter mehr Vorteile verschaffen konnte, als evtl. durch geschickliche Manipulationen beim Verkauf seiner Produkte. Die Ausbeutung wurde deshalb nicht von ihnen betrieben. Das familiäre Verhältnis wird dazu beigetragen haben, die Ausbeutung nicht zu frißol zu betreiben, und die Arbeiter werden auf Grund desselben mehr Rücksicht geübt haben. Die Zweckmäßigkeit eines freundlichen und väterlichen Einflusses auf die Bergarbeiterschaft wird noch jetzt von einigen Bergwerksdirektoren geschätzt, demzufolge sie bei Zusammenkünften stets die freundlichsten Gesichter schneiden und ihr Mund immer von den süßesten Redensarten überfließt.

Die technische Entwicklung brachte in den 80er Jahren auch einen Umschwung in der Betriebsweise der Bergwerke. Waren bisher nur die höher gelegenen Kohlenadern abgebaut, so gestattete die Einführung der Fördermaschine auch den Abbau der tiefer gelegenen. Bei der früher benutzten, durch mehrere Männer in Bewegung gesetzten Seilpeilmaschine war es nicht gleichgültig, aus welcher Tiefe die Kohle gefördert wurde. Wenn mittels Seilpeil aus einer Tiefe von 25 Metern pro Stunde 25 Sektkolter Kohlen zutage gefördert wurden, so konnten bei 50 Meter Schachttiefe nur 15 Sektkolter gefördert werden. Die verminderte Förderung konnte schließlich die ganze Rentabilität der Anlage in Frage stellen, weshalb eben nur die oberen Kohlenadern abgebaut worden waren. Die in den 80er Jahren im hiesigen Revier eingeführten Fördermaschinen konnten pro Stunde aus 25 Meter Tiefe 350 Sektkolter und aus 50 Meter Tiefe 250—300 Sektkolter zutage fördern. Das Mehr der Förderung ist in den größeren Fördergeräten und in der schnelleren Förderung selbst begründet. Während beim Seilpeil die Kohle in Holzeimern, sogenannten Rübeln, welche ungefähr 2 Sektkolter faßten, geladen wurde, wurden später die im Schacht gebräuchlichen Wagen auf den Förderforb gestellt. Die Kohle brauchte nunmehr nicht im Füllort in die Fördergefäße geladen zu werden, sondern die Fördergefäße kamen vor Ort und wurden gefüllt nach dem Füllort transportiert. Hier wurden in der Regel zwei solcher fünf Sektkolter fassenden Wagen auf den Förderforb gestellt, so daß die Fördermaschine mit einem Zuge 10 Sektkolter Kohlen an die Oberfläche brachte. Doch auch die Schnelligkeit der Förderung wurde gehoben, wodurch es notwendig wurde, ob der Förderforb 25, 40 oder 50 Meter zurückzuliegen hatte. Die Verwendung einer Fördermaschine bedingte eine Anlage zur Erzeugung der Dampfkraft. Diese Anlage kostete viel Geld. Auch war die Ausnutzung der Kohle eine intensivere geworden. An Stelle der Streichhölzer zur Torfbereitung traten Torfpressen. Die Kohle mit großem Fettgehalt wanderte in großangelegte Schmelzeisen zur Braunkohlenteer- und Koksbereitung. Auf einzelnen Anlagen wurde der Teer gleich am Ort und Stelle zu Paraffin usw. bearbeitet. Neben dem Torf wurden Briketts hergestellt und diese bald mehr produziert als Torf. Dieser, von den alten Bergwerksbesitzern ungeachtet der Auffassung der Braunkohlenverwertung erforderliche Anlage um Anlage und noch mehr Kapital. Der Umschwung war es, der nur Einzelne, Kapitalkräfte in die Höhe kommen ließ, während die übrigen Arbeiter nach Ausbeute ihrer Gruben lieber ihr erworbenes Vermögen anderen kapitalkräftigeren Bergwerksbesitzern zur Erweiterung ihrer Anlage liehen, als selbst wieder eine Grube aufzumachen. Die kapitalistische Entwicklung blieb jedoch nicht stillstehen. Um die Rentabilität der einzelnen Bergwerke noch mehr zu steigern, wurden von den kapitalkräftigsten Besitzern die übrigen aufgekauft und die Werke zusammengelegt, bis es Riesenunternehmen mit Millionen-Umlagekapital wurden. Die Ablösung der Privatgrubenbesitzer durch Aktiengesellschaften ließ nicht lange auf sich warten. Die Aktiengesellschaften konnten ihr Betriebskapital den Erfordernissen entsprechend vermehren, und so konnte man bald nach dem Aufkommen der Aktiengesellschaften bemerken, wie fast überall das Erdinnere durch Tiefbohrungen erschloß und kohlenhaltige Landstrecken von den Gesellschaften angekauft bzw. das Abbaurecht käuflich erworben wurde. In den letzten Jahren ist nun die kapitalistische Entwicklung durch die Fusion einzelner Aktiengesellschaften wieder einen Schritt vorwärts gegangen. Mit verschwindend gerin-

ist die Zahl der Bergwerke, die heute noch einem Privat-eigentümer gehören. Noch einige Jahre und der Kapitalismus im mitteldeutschen Braunkohlenrevier ist auf der Höhe seiner Entwicklung angelangt.

Ob diese Veränderungen der Bergwerksbesitzer, vom Emporkömmling aus der Arbeiterklasse bis zum probigen Aktieninhaber, ohne Einfluß auf das Arbeitsverhältnis der Bergarbeiter, die Träger dieser ganzen Entwicklung, geblieben sind, wollen wir in einem weiteren Artikel untersuchen.

## Die deutschen Gewerkschaftsstatistik im Jahre 1913.

Der Mitgliederzuwachs der deutschen Gewerkschaften macht sich auch in der in Nr. 20 des „Correspondenzblattes“ veröffentlichten Jahresstatistik der Gewerkschaftsstatistik bemerkbar. Daß aber diese durch die Krise verursachte rückläufige Bewegung zu Verschiebungen keinen Anlaß gibt, beweist die von den Kartellen im Berichtsjahre ausgeübte rege Tätigkeit und die Erfahrungen früherer Jahre. Vor fünf Jahren lagen ähnliche Verhältnisse vor: Die Zahl der von den Kartellen angeschlossenen Mitglieder der Zentralverbände (also ausschließlich der sonstigen Gewerkschaften) ging 1908 um 84 982 zurück, diesmal um 20 001. Mit dem Sinken der Mitgliederzahlen war damals eine entsprechende Zunahme der Kartelle verbunden. Die sonstige Tätigkeit der Kartelle wurde durch den Mitgliederverlust in keiner Weise beeinträchtigt; es zeigte sich im Gegenteil eine gesunde Entwicklung. Schon 1908 war der Mitgliederverlust nicht nur weitgemacht, sondern die Zunahme war erheblich höher als der vorherige Verlust, wurden doch 67 348 Mitglieder in den Kartellen mehr gezählt. Die Jahre 1910 und 1911 brachten die schönen Steigerungen der Mitgliederzahlen um 272 825 und 268 247. In 1912 war der Gewinn geringer; er betrug bei den der Generalkommission angeschlossenen Verbänden 180 141 Mitglieder. Die Zunahme an berichtenden Kartellen ist seit 1907 im Berichtsjahre am höchsten gewesen. Diese Zahlen zeigen, daß das Auf- und Nieder der wirtschaftlichen Entwicklung auch den Gewerkschaften den Stempel aufdrückt, daß aber ein zeitweiliger Rückgang in ganz kurzer Zeit wieder ausgeglichen wird. So braucht die unerfreuliche Tatsache des Mitgliederabganges nicht zu entmutigen, sondern sie muß erst recht neue Kräfte zur Vorwärtsentwicklung wecken. Dafür ist auch die Kartellstatistik für das Jahr 1913 ein Beweis.

Die Zahl der Kartelle hat im Berichtsjahre um 58 zugenommen; sie stieg von 744 auf 800. Davon sind 771 (im Vorjahre 717) an der Statistik beteiligt. 20 von den schlesischen Kartellen hatten 1912: 12 607 Mitglieder. Den 771 berichtenden Kartellen gehörten 6882 Zweigvereine mit 2 811 887 Mitgliedern an. 1912 waren es 6418 Zweigvereine mit 2 889 671 Mitgliedern. Erstere nahmen somit um 264 zu; letztere dagegen gingen um 27 784 zurück. Die größten absoluten Mitgliederverluste hatten folgende Kartelle: Berlin 8871, Stuttgart 6604, München 5814, Bremerhaven 2629, Dresden 2484, Nürnberg 2877, Hannover 2200, Düsseldorf 1707, Frankfurt a. M. 1684, Flauen i. V. 1556, Breslau 1498, Leipzig 1498, Hof 1389, Wazem-Elberfeld 1378, Eberswalde 1135 und Steinfurt 1022. Das Kölner Kartell erfuhr zwar in der Statistik mit einem Gewinn von 759 Mitgliedern, da aber inzwischen das Kartell Wülheim a. Rhein mit 4808 Mitgliedern (1912) angeschloffen wurde, ist hier auch ein Verlust von 8649 zu buchen. Dagegen ist ein Rückgang der Mitglieder des Kartells Südbad um 2034 durch den Austritt der Metallarbeiter mit 3380 Mitgliedern erklärlich.

Erfreuliche Zunahmen an Mitgliedern hatten dagegen u. a. folgende Kartelle: Karlsruhe 1877, Straßburg 1902, Wurg bei Magdeburg 1669, Krefeld 1186, Mülheim bei Dresden 1067 und Reg 1017.

Die Kartelle mit mehr als 25 000 Mitgliedern sind um 1 (Stettin) zurückgegangen. Sie verteilen sich auf folgende 14 Orte: Berlin 302 052, Hamburg 148 338, Dresden 95 629, Leipzig 76 185, München 68 594, Nürnberg 55 728, Frankfurt a. M. 43 807, Stuttgart 43 483, Chemnitz 42 408, Bremen 87 971, Hannover 87 811, Breslau 81 782, Köln 81 176 und Magdeburg 80 788. Weitere drei Kartelle hatten mehr als 20 000 Mitglieder, nämlich: Stettin 24 578, Düsseldorf 23 218 und Reg 22 229.

Als nicht angeschloffen wurden in 202 Orten 327 Zweigvereine der Zentralverbände gezählt (1912 in 183 Orten 272). Hierunter sind aber viele mit so geringen Mitgliederzahlen, daß sie als Zweigvereine im eigentlichen Sinne nicht zu betrachten sind. Von diesen 327 nicht angeschlossenen Zweigvereinen bezw. Mitgliedschaften hatten 303 zusammen 19 429 Mitglieder; das sind im Durchschnitt für den Zweigverein 63, 91,5 Prozent der Mitglieder der Zentralverbände gehörten den Gewerkschaftskartellen an.

Die im Jahre 1913 entfaltete Tätigkeit der Gewerkschaftsstatistik erscheint nach der Statistik in einem günstigen Lichte. Es wurden von ihnen 2801 allgemeine und 1126 berufliche Versammlungen veranstaltet (1912: 2244 und 1044). Die Vernehmung ist auf die stattgefundenen Krankenkassenwahlen zurückzuführen, die eine rege Tätigkeit der Kartelle notwendig machten. Die Wirtschaftskrise veranlaßte eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosen-zählungen (von 27 auf 179). Diese Zählungen waren noch umfangreicher als im Vorjahre 1908, in dem 114 solche vorgenommen wurden. Auch die Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die sonstigen Erhebungen haben zugenommen, erstere von 4 auf 19, letztere von 88 auf 121.

Die Befragung erfordert nach wie vor viele Mühen und Opfer von den Gewerkschaftskartellen. Dies kommt vor allem zum Ausdruck in der fortgesetzten Zunahme der Gewerkschaftsberiberger. Es wurden gezählt 1912: 349 Gewerkschaftsberiberger in Gastwirtschaften, 1913: 378, 1912: 36 solche in eigener Regie, 1913: 41. Die Fürsorge für die durchreisenden Gewerkschaftsangehörigen ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftskartelle, die nicht vernachlässigt werden darf. Oft sind hierbei erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Mängel im Gesundheitswesen und an Versammlungsräumen führten zur Erbauung, Einrichtung oder Pachtung von Gewerkschaftshäusern, die im Berichtsjahre um 6 zugenommen haben, nämlich von 77 auf 83. Davon sind 47 im eigenen Besitz der Kartelle. Daß aber bei der Errichtung oder Pachtung von solchen Vorrichtungen notwendig ist, das leuchtet immer wieder die Erfahrung. Günstig sind die Gewerkschaften doch, wenn sie ihre diesbezüglichen Verpflichtungen los werden. Hierfür bietet Südbad ein Beispiel, das neben einem eigenen Gewerkschaftshause noch ein solches gepachtet hatte, das 1914 zu aller Freude wieder aufgegeben werden konnte.

Die Einrichtung von Bibliotheken und Lesezimmern hat weitere erfreuliche Fortschritte gemacht. Die gemeinsamen Bibliotheken wurden von 581 auf 659, die Lesezimmer von 98 auf 106 vermehrt. Auch die Referentennachweise weisen eine Zunahme auf. Die letztere Institution ist aber wohl größtenteils durch die Bildungsausschüsse, die ihre Aufgaben übernommen haben, überflüssig geworden. Diese haben sich in den letzten Jahren stark entwickelt und sind ein gutes Mittel, um Bildung und Wissen unter der Arbeiterschaft zu verbreiten. An Bildungsausschüssen waren 1912: 429, 1913: 501 Kartelle beteiligt, an Jugendkommissionen 1912: 415, 1913: 480 Kartelle. Diese beiden Einrichtungen führen die Vertreter der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung zu gemeinsamer erzieherischer Arbeit zusammen. Zur Förderung dieser werden von mehreren Kartellen Extrabeiträge erhoben, was beweist, daß die Arbeiter keine Opfer und Mühen scheuen, um ihr Wissen zu vertiefen und allgemeine Aufklärung zu verbreiten. Dies wird, allen Kleinlichen Schitanen zum Trotz, auch in Zukunft so bleiben.

Die von den Kartellen geschaffenen Einrichtungen für die Förderung der Arbeiterschaft werden zum Teil durch die Arbeitersekretariate oder durch angestellte Beamte abgeleitet. Das erklärt die geringe Zunahme der Kommissionen für Beschwerden an Gewerbeinspektionen, von 133 auf 137. Besondere Kommissionen für Bekämpfung des Kosit- und Logiszwanges beim Arbeitgeber bestanden 1913 weniger als 1912, nämlich 34 gegen 42. Dies ist dadurch zu erklären, daß diese Art der Einlösung immer mehr zurückgeht und daß die Gewerkschaften, für die solche Verhältnisse noch eine größere Rolle spielen, die Aufgaben dieser Kommissionen mehr und mehr selbst übernommen haben. Die Parazbeiterkommissionen nahmen von 257 auf 282 zu. Auch auf diesem Gebiete sind andere Korporationen gleichfalls tätig. Teilweise werden diese Kommissionen auch nicht von den Kartellen, sondern unabhängig von ihnen von den beteiligten Verbänden gebildet.

Die Mitwirkung der Kartelle bei Ausbringung von Mitteln für Streiks und Ausperrungen ist durch die Entwicklung der Verbände zurückgegangen. Sie ist noch mehr eingeschränkt worden durch die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses. Im Berichtsjahre war ohnehin auf diesem Gebiete keine größere Betätigung nötig, was sich auch im Statistenbericht zeigt.

Eines der wichtigsten Gebiete der Tätigkeit der Kartelle bildet die Gewährung von Rechtsbeihilfe und Rechtschutz. Hierfür wurden von ihnen 112 Arbeitersekretariate (1912: 106) und 232 (1912: 212) Rechtsauskunftsstellen unterhalten. Eigene Bureaus hatten außerdem noch 23 Kartelle, 1912: 20. Die Zahl der von den Kartellen angestellten Beamten wuchs von 188 auf 204. Ueber die segensreiche Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen sowie über die Arbeitervertreterwahlen werden später erscheinende besondere Statistiken eingehende Auskunft geben.

Die Höhe der Kartellbeiträge ist sehr verschieden. Sie schwänkte zwischen 5 Pf. und 6 Pf. Die Kartelle Rohlau und Glade mit den höchsten Beiträgen von 6 Pf. und 6 Pf. erhoben für Errichtung von Gewerkschaftshäusern allein 5,20 Pf. jährlich. Die Beiträge liegen allgemein. Der Durchschnittsbetrag betrug 1912: 84 Pf., 1913 dagegen 92,7 Pf. Die Kartelle mit Beiträgen bis zu 40 Pf. pro Mitglied werden weniger, ihre Zahl betrug 1910: 289, 1913 nur noch 234, 178 Kartelle gleich 22,8 Prozent aller mit 81,8 Prozent der den Kartellen angeschlossenen Mitglieder erhoben jährliche Beiträge von mehr als 1 Mark pro Mitglied. Man ersieht daraus, daß die Ausperrungen, die von den Kartellen in bezug auf Beitragsleistung gestellt werden müssen, nicht gering sind und daß diese Ansprüche fortgesetzt steigen.

Die Einnahmen der Kartelle beliefen sich 1913 auf 2 156 607 Mark; das sind 180 245 Pf. mehr als 1912. Die Ausgaben betrugen 2 168 580 Pf., gegen 1 787 088 Pf. im Jahre 1912. Hieron wurden allein 487 188 Pf. gleich 22,5 Prozent für Sekretariate und Auskunftsstellen ausgegeben (1912: 878 038 Pf., gleich 20,9 Prozent). Die Aufwendungen der Gewerkschaftsmitglieder hierfür sind in Wirklichkeit noch bedeutend höher; denn in diesen Summen sind die direkt an die Sekretariate gezahlten Beiträge nicht enthalten. Auch gehört ein Teil der Ausgaben für Verwaltungsstellen unter diesen Posten. Auch die Ausgaben für Bibliotheken und Lesezimmer sind absolut und prozentual gewachsen, nämlich von 111 667 gleich 6,2 Prozent in 1912 auf 108 880 gleich 7,8 Prozent in 1913. Würden die Ausgaben für sonstige Bildungszwecke, so wie an die Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen, nicht unter „Sonstige Ausgaben“ verschwinden, dann würde es sich zeigen, daß für Bibliotheken und sonstige Bildungsbereitungen zusammen ein wesentlich höherer Prozentfuß der Ausgaben der Kartelle verbandt wird. Für Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume wurden 15 491 Pf. mehr ausgegeben als 1912, nämlich 169 076 Pf. Das Verhältnis zur Gesamtausgabe ist aber prozentual niedriger, 7,9 zu 8,8 Prozent. Dagegen sind die Ausgaben für Agitation und Arbeitervertreterwahlen absolut und prozentual wesentlich gestiegen, nämlich für letztere. Das ist begreiflich bei dem Umfange dieser Wahlen im Jahre 1913. Für Agitation wurden ausgegeben 180 181 Pf., gleich 8,0 Prozent (1912: 107 740 Pf., gleich 5,8 Prozent), für Arbeitervertreterwahlen 174 918 Pf., gleich 8,1 Prozent (1912: 148 058 Pf., gleich 7,4 Prozent). Die sonstigen Verfassungen in den Ausgabearten sind, abgesehen von dem für Streiks und Ausperrungen, von geringer Bedeutung. Sie verteilen sich wie folgt: Statistische Erhebungen 6187 Pf., gleich 0,3 Prozent (1912: 6490 Pf., gleich 0,4 Prozent), Herbergen und Arbeitsnachweise, wozu auch teilweise Gelder an Durchreisende und Ausgaben für Schlafstätten, 64 071 Pf., gleich 3,0 Prozent (1912: 58 560 Pf., gleich 2,8 Prozent), Streiks und Ausperrungen 18 945 Pf., gleich 0,8 Prozent (1912: 151 870 Pf., gleich 8,5 Prozent), Verwaltungskosten 287 618 Pf., gleich 13,3 Prozent (1912: 285 538 Pf., gleich 13,2 Prozent) und Sonstige Ausgaben 656 437 Pf., gleich 30,8 Prozent (1912: 558 244 Pf., gleich 25,9 Prozent). Die Kassenbestände der berichtenden Kartelle sind infolge der außerordentlich hohen Ausgaben zurückgegangen von 1 098 790 Pf. im Jahre 1912 auf 1 026 687 Pf. im Jahre 1913.

Wesentliche Gebilde wie unsere Kartelle sind die Ortsverbände der Reichs- und Landesgewerkschaften. Solche sollen nach den Angaben des „Gewerkschafts“, des Organs dieser Gewerkschaften, 211 bestehen. Nach den Berichten der Kartellfunktionäre, ergab durch Verichte im „Gewerkschaft“, wird in dieser Kartellstatistik über 180 dieser Ortsverbände Auskunft gegeben; 122 von ihnen waren 617 Ortsvereine angeschloffen. Mangels genügender Angaben konnte über die Ortsverbände nur ein unvollständiges Bild gegeben werden.

Anders steht es mit den „Christlichen“ Gewerkschafts-Kartellen, über deren Tätigkeit zum erstenmal im vorigen Jahre eine Statistik veröffentlicht wurde. Sie enthält Angaben über 285 Kartelle, darunter 45 Unterkartelle. Diesen waren 1912: 238 700 Mitglieder der „christlichen“ Gewerkschaften angeschloffen, was bei 860 890 Gesamtmitgliedern dieser Verbände einer Prozentzahl von 66,8 entspricht gegen 80,6 bei uns (1913: 91,5 Prozent). Die meisten Mitglieder hatten die Kartelle Essen (17 611), Saarbrücken (14 722), Wachen (12 536), Velsenkirchen (12 211), Köln (11 356) und Dortmund (10 001). Die Beiträge zu den „christlichen“ Kartellen sind im allgemeinen niedriger; sie betragen im Durchschnitt 52,11 gegen 84,8 Pf. im gleichen Jahre bei unseren Kartellen. Die Einnahmen der „christlichen“ Kartelle betragen 1912: 104 485 Pf., die Ausgaben 94 630 Pf., mehr als ein Drittel der letzteren, nämlich 32 089 Pf., gleich 34,9 Prozent entfiel auf die Verwaltungskosten, 28 127 Pf., gleich 24,4 Prozent auf Agitation, 11 749 Pf., gleich 12,4 Prozent auf Arbeitervertreterwahlen, 5781 Pf., gleich 6,1 Prozent (1911: 12 070 Pf., gleich 15,3 Prozent) auf Rechtsauskunft, nur 8038 Pf., gleich 8,2 Prozent (1911: 8708 Pf.) auf Bibliotheken und der Rest auf Sonstige Ausgaben. Auffällig ist der Rückgang der Ausgaben für Rechtsauskunft und Bibliotheken, die bei unseren Kartellen fortgesetzt vermehrte Aufwendungen nötig machen.

Die Jahresstatistik der Gewerkschaftsstatistik läßt erkennen, daß ihre Aufwände und ihre Ausgaben gewachsen sind; hierin bringt auch sein zeitweiliger Mitgliederverlust eine Veränderung. Manches, so die Ausbringung von Mitteln für Streiks, hat nicht mehr die Bedeutung wie früher. Dafür sind andere Verpflichtungen hinzugekommen, wie die Arbeit für die „Volkswirtschaft“, die Mitarbeit in für die Arbeiterschaft wichtigen Körperschaften, wie Genossenschaften, bei staatlichen Einrichtungen usw. Die Jugendberührung und die Bildungsbereitungen machen immer höhere Aufwendungen nötig, und gern bringt die organisierte Arbeiterschaft immer mehr Opfer, weil sie weiß, daß dies zu ihrem Wohle und Vorwärtskommen dienlich ist.

So ist auch die diesjährige Statistik ein Beweis dafür, daß freischaffendes Leben in den deutschen Gewerkschaftskartellen herrscht. Viel bleibt aber noch zu tun übrig und nicht immer wird das geleistet, was bei geringer Mühe oftmals möglich wäre. Hier hat jeder die Verpflichtung zur Mitarbeit. Seine Gewerkschaft darf bei der Arbeit für die gemeinsamen Aufgaben beiseite stehen. Alle haben ihre Kräfte einzusetzen für die einträchtige erfolgreiche Arbeit zum Wohle der Arbeiterschaft.

## Volkswirtschaftliche Rundschau.

### Die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten.

Die beiden in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs veröffentlichten Uebersicht über die Finanzen des Reichs und der Bundesstaaten erstreckt sich hinsichtlich der Voranschläge auf das Jahr 1913, hinsichtlich der Rechnungen auf das Jahr 1911. Für die Vergleichbarkeit der Zahlenangaben ist zu beachten, daß die Finanzperioden in den einzelnen Bundesstaaten nicht durchweg gleich sind und auch die Staatsaufstellung eine verschiedene ist. Das Hauptergebnis des Jahres 1912 ist nach der Staatsaufstellung das folgende (in Millionen Mark):

	Gesamt- ausgaben	Gesamt- einnahmen	Gesamt- schulden
Reich	4 120	4 120	4 897
Bundesstaaten	6 743	6 718	16 197
Reich und Bundesstaaten	10 863	10 838	21 094

Gegenüber dem Jahre 1911 sind die Ausgaben des Reichs um 834, die Einnahmen um dasselbe, die Einnahmen der Bundesstaaten um 283, ihre Ausgaben um 241 Millionen Mark gestiegen, während die Schulden des Reichs um 95 Mill. Mark, die der Bundesstaaten aber um 500 Mill. Mark gestiegen sind. In diesen Einnahmen und Ausgaben sind auch die gegenseitigen Zahlungen vor allem also die Maßnahmsbeiträge der Bundesstaaten an das Reich und die Überweisungen des Reichs an die einzelnen Bundesstaaten im die also die

beiderseitigen Gesamteinnahmen und -Ausgaben gefürzt werden müßten, wenn man zu den für Zwecke der Staatsverwaltung tatsächlich erhobenen Einnahmen und geleisteten Ausgaben kommen will. Die Matrimonialbeiträge stellten sich im Jahre 1912 nach dem Vorausschlag auf 255,4 Mill. Mark, die Ueberweisungen auf 208,5 Mill. Mark, so daß also der Mehrbetrag der ersteren über die letzteren, d. h. die Mehrleistungen der Bundesstaaten 51,9 Mill. Mark betragen. Die Gesamteinnahmen des Reiches und der Bundesstaaten (einschließlich der Zusammenfassung der ordentlichen und der außerordentlichen Ausgaben folgendermaßen (in Millionen Mark):

	Für die Reichs-Verwaltung	Für die Bundes-Verwaltung	Für die Reichs-Verwaltung an die Bundesstaaten	Für die Bundes-Verwaltung an die Reichs-Verwaltung
Reich	915	244	204	2758
Bundesstaaten	8548	718	808	2175
Reich und Bundesstaaten	4468	957	807	4933

Im Reich spielen also die Ausgaben für die sonstige Staatsverwaltung die größte Rolle. Unter diesen Ausgaben stehen natürlich an erster Stelle die für Meer und Flotte. Die Ausgaben für das Meer betragen nach dem Vorausschlag 1913 1645 Mill. Mark, die für die Flotte 488 Mill. Mark, beide zusammen also über 2 Milliarden Mark. Für die innere Verwaltung gab das Reich 181 Mill. Mark, für die Finanzverwaltung 615 Mill. Mark, für äußere Angelegenheiten 44 Mill. Mark, für Kultus, Wissenschaft, Schule usw. ganze 8,9 Mill. Mark aus. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Post und Telegraphen in der schönen Kunst je auch in erster Linie den Bundesstaaten obliegt, die dafür im Jahre 1912 564 Mill. Mark aufwandten. Die Ausgaben der Bundesstaaten für innere Verwaltung betragen seiner 784 Mill. Mark, die für die Justizverwaltung 844 Mill. Mark, die für die Finanzverwaltung 420 Mill. Mark usw.

Die veranschlagten Einnahmen von Reich und Bundesstaaten stellen sich demgegenüber folgendermaßen zusammen (in Mill. Mark):

	Steuereinnahmen	Zinsen und Zölle	Schulden	Uebereinstimmende Beiträge	Sonstige Einnahmen	Ausgaben
Reich	1040	2928	20	255	883	115
Bundesstaaten	4462	1110	294	176	305	228
Reich und Bundesstaaten	5511	8438	814	421	888	244

Während das Reich in seinen Einnahmen vorwiegend auf Zöllen und Steuern Hauptreicht ist, bilden in den Bundesstaaten die Erwerbsanstalten die Haupteinnahmequelle. Unter diesen stehen die Staats-eisenbahnen, die 1912 den Bundesstaaten 782 Mill. Mark einbrachten, an erster Stelle, während für das Reich Post und Telegraph mit 182 Mill. Mark Einkünften die beste Erwerbsquelle bildeten. Insgesamt beliefen sich die Reineinnahmen (nach Abzug der Nebenausgaben von den Reineinnahmen) aus Erwerbsleistungen in Reich und Bundesstaaten zusammen auf 1267 Mill. Mark. Davon entfallen auf die Staats-eisenbahnen 819, auf Post und Telegraph 158, auf Forsten 150 und auf Domänen 83 Mill. Mark.

**Rhein-Herne-Kanal.**

Der Rhein-Herne-Kanal ist fertiggestellt, und nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 22. Juli vom ersten Kohlenstift passiert worden, welches mit 87 Doppelwaggons Ruhrkohlen der Vrenbergischen Bergwerks-Aktiengesellschaft beladen war. Der Kanal, der im Jahre 1906 beschlossen und 1908 in Angriff genommen wurde, verbindet den Rhein bei Duisburg-Ruhrort mit dem Dortmund-Ems-Kanal bei Herne, ist 38 Kilometer lang, hat 3 1/2 Meter Wassertiefe und 34 1/2 Meter Wasserpegelbreite. Die Wassertiefe gestattet den Verkehr von Fahrzeugen bis zu 2 1/2 Meter Einlenkung. Hiernach gelten als größte auf dem Kanal verkehrende Fahrzeuge Schiffe von 80 Meter Länge und 1/2 Meter Breite, die etwa 2500 Tonnen (d. h. 125 Eisenbahndoppellader oder 25 000 Zentner) Ladekapazität besitzen. Die Schiffsverleihen, die sich dem Bau dieses an Länge nicht so bedeutenden Verkehrsweges entgegenstellten, waren gegeben einerseits in der vorliegenden Richtung der Bauung der Gegend, durch die der Kanal führt, und andererseits in den Störungen, die auf der ganzen Linie seines Weges der Bergbau mit sich bringt. Von der erstgenannten Behinderung bekommt man schon einen Begriff, wenn man sich vergegenwärtigt, daß 31 Straßenbahn- und 19 Eisenbahnbrücken mit 42 Pfeilern den neuen Kanal überqueren. Die Pfeiler, die auf den Bergbau zu nehmen waren, werden am besten dadurch illustriert, daß die neuen Brücken über Kanal und Emscher im Zuge der Essen-Forster Straße vor Fertigstellung des Kanalbaues im August 1912 schon wegen der Boden-setzung um 2,40 Meter gehoben werden mußten. Solchen unüberwindlichen Einwirkungen des Bergbaues mußte Rechnung getragen werden insbesondere auch bei der Anlage der 7 Schleusen (einer von 6 Meter und sechs von je 5 Meter Hebung). Die Stigung vom Rhein aus nach Herne beträgt nämlich 36 Meter. Um vor einer der Schiffahrt lahmlegenden Störungen des Betriebes gefürzt zu sein, mußte man daher ganz besonders konstruierte Doppelschleusen errichten. Alle Schleusen können einen Zug von zwei Schleppschiffen, je 80 Meter lang, aufnehmen. Die letzte Weite der Schleusen beträgt 10,80 Meter und ihre nutzbare Länge 165 Meter. — Nicht minder schwierig waren infolge der Gefahren des Bergbaues die Düderbauten. Diese Dämme dienen dazu, das Wasser der Wähe, die den Kanal kreuzen, unter dem Kanal her wegzuleiten und auf seiner anderen Seite in das alte Bett der Wasserläufe wieder hineinzuführen. Denn man sich die erforderlich gewesenen 42 Düderbauten, gußeiserne Mähren bis zu 2 Meter lichter Weite, aneinander gereiht, so würde das eine Gesamtlänge von circa 3700 Metern ergeben. Es leuchtet ein, daß auch beim Regen und Schneeschmelze dieser Eingriffe auf die Gefahren des Bergbaues zur Vermeidung unliebsamer Störungen Rücksicht zu nehmen war.

Nun sind in den letzten Jahren nicht nur diese Kanalarbeiten gefördert worden, sondern darüber hinaus ist eine ganze Reihe von industriellen und privaten Hafenanbauten am Kanal entstanden. Führt man von Ruhrort nach Herne, so erhält man von diesen großen Bauten folgendes Bild: Der Ruhrorter fiskalische Hafenteil ist ausgegabt, aber noch nicht voll im Betrieb; hier soll noch manches Gelände an die Industrie verkauft werden. Dann kommen die fertigen Häfen der Aktien-Gesellschaft für Leer-Verwertung in Meiderich und der Concordia-Bergbau-A.-G. Zerling auf Vorbeeder Gebiet bis auf die Gleisanlagen der Hafen der Vrenbergischen Bergbau-A.-G. Es kamen dann die noch zu bauenden Häfen von Krupp und der Stadt Essen, deren Bau sofort nach der Eingemeindung Vorbeeds nach Essen in Angriff genommen werden soll. Weiter erscheinen der fertige Hafen des Bergwerks, derjenige der Köln-Neusser Bergwerks-A.-G. und der Stinnes'sche Hafen auf Vorbeeder Gebiet. Nach Gelsenkirchen zu folgen dann der Hafen der Zeche Nordbier (des Rhönig) und gegenüberliegend derjenige der Gesellschaft Ibernia. Es erscheinen dort weiter der, große Hafen der Stadt Gelsenkirchen, derjenige der Gewerkschaft Graf Bismarck, ferner der Hafen der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. und endlich derjenige der Zeche Unser Fritz. Dann kommt der fertige Hafen der Zeche Betriebs-Gesellschaft Wanne-Grerne, deren Gesellschafter der Landes-Fiskus Gelsenkirchen, die Gemeinde Wanne und die Stadt Gerne sind. Die drei letzten Häfen sind der Hafen der Stadt Wellinghausen, derjenige der Zeche König Ludwig bei Wellinghausen und endlich der auf Herne Gebiet liegende fiskalische Hafenteil und Bauhafen. Entspricht mit diesen Angaben die projektierten und fertigen Kanalarbeiten noch keineswegs. Der Kanal-Hafen der Hafenbetriebs-Gesellschaft Wanne-Grerne soll z. B. auf eigener Hafenanlage der Gesellschaft den Verkehr vermitteln, von den Ufer- und Lagerplätzen der Hafen nach dem Staatsbahnhof Wanne, den Becken der Gewerkschaft Einwald in Herne, der Bergwerks-Gesellschaft Ibernia in Gerne, der Gewerkschaft Verein Constantin der Grube in Bochum, der Gewerkschaft Bochumer Verein für Bergbau und Gießfabrikation in Bochum. Im ganzen werden durch die Hafenanbauten außer verschiedenen kleinen Becken die Hochhäfen, die Gießfabrik des Bochumer Vereins und 16 Schachtanlagen mit dem Hafen Wanne direkt verbunden. Die Kosten des Kanals waren auf 53 1/2 Millionen Mark veranschlagt. Sie werden indessen mit etwa 10 Millionen Mark überschritten werden, da man sich während des Baues technische Neuerungen, insbesondere um den Einwirkungen des Bergbaues zu

entgehen, zünke machen mußte. Berechnet man indessen dazu die eben erwähnten Anlagen, die neben der eigentlichen Kanalarbeit geschaffen wurden, so läßt das gewaltige Bauwerk, das nun vollendet ist, greiflos die 100-Millionen-Mark-Grenze schon heute weit hinter sich. Erwähnt werden muß, daß die Kanalbau-Aktion dazu überging, zu beiden Seiten des Kanals bis etwa einen Kilometer in das Land hinaus sogenannte Spekulations-Terrains zu erwerben; wobei indessen das Wort Spekulation nicht dahin zu verstehen ist, daß dieser Geländeankauf an den Seiten des Kanals der Bereicherung des Staatsfiskus dienen sollte, sondern diese Gelände sind bestimmt, zu Selbstkosten plus Kosten und Zinsen an Interessenten abgegeben zu werden; zum größten Teil sind sie in diesem Sinne auch bereits wieder verkauft.

**Nachrichten aus der Montanindustrie.**  
**Braunkohlenbergbau im Handelskammerbezirk Zittau.**

Wenig den anderen Braunkohlenbezirken, vollzieht sich auch in der Braunkohlenindustrie der Oberlausitz die Entwicklung zum Großbetrieb. Die kleineren Werke werden verdrängt und verschwinden. Die anderen entwickeln sich zu modernen, kapitalistischen Betrieben. Seit dem Jahre 1880 hat sich die Zahl der betriebenen Werke um 86 gleich 69 Prozent verringert. Die Förderung an Kohlen dagegen ist um 1 248 807 T. gleich 583 Prozent gestiegen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter vermehrte sich aber nur um 166 gleich 12 Prozent. Nachstehende Aufstellung zeigt den Gang der Entwicklung und läßt die große Ausbeutung des einzelnen Arbeiters erkennen. Es betrug:

Zahl der Beschäftigten Arbeiter einschl. Frauen und Jugendliche

Jahr	Förderung in Tonnen	Zahresleistung auf 1 Arbeiter in Tonnen
1880	61	1189
1890	58	872
1900	40	705
1910	33	1128
1911	38	1084
1912	81	1184
1913	25	1205

In demselben Maße ist auch der Gesamtwert der geförderten Kohlen gestiegen. Er betrug 1912: 8 812 449 Mill. gegenüber 728 538 Mill. im Jahre 1880; das ist ein Mehr von 8 088 916, Mill. und eine Steigerung von 428,9 Prozent. Die Wertsteigerung ist aber noch höher als diese Zahlen zum Ausdruck bringen. Ein Teil der geförderten Kohlen (1912: 460 837 T.) wird zur Herstellung von Steinkohlenscheiteln und Bricketts weiter verarbeitet. Dadurch werden höhere Preise erzielt. Während der Preis für die Tonne Steinkohlenscheiteln von 6,58 auf 7,08 Mill. für die Tonne Bricketts von 8,30 auf 9,01 Mill. gestiegen. Durch die Veredelung hat die Tonne Kohlen einen Preis von 3,69 Mill. gebracht. Der Wert der gesamten im Jahre 1912 von den Arbeitern geleisteten Arbeit beträgt 4 304 489 Mill. Mit einer derartigen Entwicklung können die Grubenbesitzer zufrieden sein. Die Befriedigung kommt auch im Jahresbericht der Handelskammer zum Ausdruck. Voller Freude wird konstatiert, daß man den großen Aufschwung im Jahre 1912 nicht nur gehalten, sondern die Förderziffer noch gesteigert hat.

Die Arbeiter als Erzeuger des Wertes sind leer ausgegangen. Wenn auch ihr Jahreslohn um einen geringen Betrag sich erhöht hat, so eben nur durch unehörtliche Ausbeutung der Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters mittels Antreiberel und Ueberarbeit. Die Tabelle über die Entwicklung zeigt, welche Melodiegitter die Jahresleistung eines Arbeiters erreicht hat. Dabei muß man berücksichtigen, daß heute weit mehr Arbeiter bei der Veredelung der Kohlen beschäftigt sind, die aber bei der Berechnung mitgezählt wurden. Durchschnittlich auf alle Arbeiter berechnet, wurden 1911: 107,8 T., 1912 aber 189,9 T. Kohlen Bricketts pro Arbeiter produziert. Daraus ergibt sich, daß in Wirklichkeit die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters noch höher ist, als in den Zahlen zum Ausdruck kommen kann. Der Wert der Arbeitsleistung eines Arbeiters stieg von 2450 Mill. im Jahre 1911 auf 3823 Mill. im Jahre 1912; der Lohn aber nur von 1070 auf 1187 Mill. Während also der Leistungswert um 873 Mill. gleich 95,6 Prozent sich vermehrte, erhielt der Arbeiter nur 97 Mill. gleich 9 Proz. an Lohn mehr, so daß keine Lohnhöhung, sondern eine Lohnkürzung bei gesteigerter Arbeitsleistung erfolgt ist. Das ist auch der Fall. Es werden trotz dieser Melodiegitter in der Oberlausitz noch Schichtlöhne von 3 Mill. und darunter gezahlt. Auf vielen Gruben ist das Gebinde reduziert worden. Waren die Leute mit der Kürzung nicht zufrieden und wehrten sich, hieß es: „Das Geschäft geht schlecht, wir haben keinen Absatz; es gibt nicht mehr.“ Auf anderen Stellen wieder sagte man: „Schuftet mehr, dann verdient Ihr den alten Lohn.“ Dieses Vorgehen der Grubenbesitzer in der Oberlausitz findet in den obigen Zahlen keine Verrechnung. Der Geschäftsgang war ein guter. Er war noch besser als im Rekordjahr 1912. Ohne die eigene Eignung zu gefährden, konnte man den Arbeitern höhere Löhne zahlen und brauchte ihnen die Gebinde nicht zu kürzen. Die Arbeiter mögen aus diesen Tatsachen lernen, daß sie die Pflicht haben, den Wert ihrer Arbeit zu erkennen und dafür zu sorgen, daß sie die Macht bekommen, um ihren Anteil an Arbeits-erträgen fordern zu können. Die Macht aber erringen sie nicht durch Klimbim- und Hurravereine, sondern durch Anschluß an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

**Einschneidende Bergwerksindustrie.**

Zur Entwicklung der einschneidenden Bergwerksindustrie schreibt die Handelskammer Krefeld:

„Es ist von entscheidender Wichtigkeit, daß der Bergbau am linken Rheinufer sich jetzt mehr landeinwärts, im Norden des Kreises Mors und im Kreise Geldern, auszubreiten beginnt. Rechts und links von der Linie, welche man sich von Wüderich bei Wesel über Wlugh-Vintfort bis nach Krefeld gezogen denken kann, ist heute ein zweites Bergbaugelände im Entstehen begriffen. Bei Wirth und Wallach liegen die Deutschen Solbawerke, bei Vintfort die im Jahre 1913 zu voller Förderung gekommenen Schachtanlagen des Steinoblenbergwerkes Friedrich Heinrich; bei Wlugh in der Niederschneidung bringt die Niederrheinische Bergwerks-Gesellschaft, zu der sich die Gewerkschaft Ernst Moritz Arndt, Großherzog von Baden und Süddeutschland zusammengeschlossen haben, augenblicklich zwei Schächte nieder. In Vorbereitung befindet sich die Gewerkschaft Norddeutschland in Wüderich und Schaepphusen hat ihr Gebiet in die Felder Humboldt I und Humboldt II geteilt und ebenso ist die Teilung des konföderierten Steinoblen- und Salzbergwerks Niederrhein in die drei Eder Niederrhein, Bönnighardt und Veer im letzten Jahre vollzogen worden. Bei beiden Gewerkschaften dürfte die Errichtung von Doppelschachtanlagen bevorstehen. Auch Friedrich Heinrich hat mit den Vorarbeiten für ein neues Bergwerk in der Nähe des Kamper Bergs begonnen. Von den 28 Schachtanlagen, die am linken Niederrhein zurzeit im Betrieb bzw. in Vorbereitung sind, gehören 9 zu die übrigen 14 verteilen sich auf das eben beschriebene, mehr landeinwärts gelegene Randgebirge.“

Mit Rücksicht auf die schnell vorwärtschreitende bergbauliche und industrielle Erschließung dieser Gegend betonen namentlich die Vertreter des Bergbaues die Notwendigkeit weiterer Staatsbahnanbauten. Es liegt ja zweifellos im Interesse des Staates selbst, daß die Staatsbahnen den Frachverkehr für sich gewinnt und sich nicht durch Klein- und Nebenbahnen ausfällen läßt, andererseits erfordert das Interesse des Bergbaues, der Industrie, wie überhaupt der ganzen Bevölkerung, daß der leistungsfähigste aller Verkehrswege ihnen zur Verfügung gestellt wird. Die Handelskammer ist deshalb im verflochtenen Interesse gemeinam mit den Interessenten, namentlich den Verwaltungen sämtlicher Bergwerke, in eine sehr genaue Prüfung der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung des linken Niederrheins, soweit sich dieselbe voraussichtlich ereignen wird. Dabei wurde festgesetzt, daß die oben

genannten Schachtpunkte im Laufe der nächsten 6-8 Jahre mit Sicherheit zur Ausführung kommen werden. Man darf in dieser Zeit mit einer Fördermenge von jährlich 11-12 Millionen Tonnen Kohlen allein durch die landeinwärts gelegenen Becken rechnen. Die Bevölkerung des Kreises Mors ist bereits von 73 000 Menschen im Jahre 1898 auf 144 000 Menschen im Jahre 1912 angewachsen. Wenn man bedenkt, daß jede neue Bechenanlage einen Zuwachs von mehreren Tausend Personen zu bringen pflegt, so muß für die nächsten Jahre mit einer weiteren starken Bevölkerungszunahme des zwischen Wesel und Krefeld gelegenen Gebietes gerechnet werden.

In einer Denkschrift über die Entwicklung des Bergbaues am linken Niederrhein und die Erschließung dieses Gebietes durch neue Staatsbahnen hat die Handelskammer der Königlich Eisenbahndirektion Köln im Juni 1912 ihre programmatischen Vorschläge unterbreitet. Gleichsam als Hauptammelkanal für den Güterverkehr des linken Niederrheins wurde ein Großgleisweg Niederrhein-Lothringen bzw. Wlugh-Vintfort in Vorschlag gebracht, welcher von Wellinghausen über Gladbeck-Dinslaken-Vintfort-Wlugh-Zülich-Düren-Elmhach-Kalterherberg und Nord-Luzern bzw. über Elhring-Elter nach Süd-Luzern, dem Saarbezirk und Lothringen verlaufen soll. Als Zubringer für diese Hauptverkehrsader und zwecks Schaffung eines gut verteilten Personenverkehrs dürften einige Kleinbahnen, wie die Wörfer Kleinbahn und die Krefelder Eisenbahn, zu verstaatlichen bzw. neue Linien, wie z. B. Hoerftgen-Consbed-Wach, Geldern-Consbed-Kanten, Wlugh-Silberberg-Kempen usw. nach und nach dem Bedürfnis entsprechend herzustellen sein. Wie die Linie Niederrhein von Ost nach West durchschneidet, so ist auch von Nord nach Süd eine neue Hauptbahn Wesel-Alpen-Vintfort-Wlugh-Krefeld-West (neue Haltestelle und Kreuzpunkt mit der Krefelder Straße) -Krefeld Hof, mit Abzweigung über Stahlwerk nach Osterath baldmöglichst zu schaffen. Die Fortführung dieser Linie von Krefeld Hof über Oppum-Kaiserswerth nach Düsseldorf wurde entsprechend den Vorschlägen der Düsseldorf Handelskammer und der Stadtverwaltung ebenfalls als erwägenswert bezeichnet. Die Kammer ist sich bei diesen Vorschlägen wohl bewußt gewesen, daß die Erfüllung aller dieser Projekte von heute auf morgen nicht möglich ist. Sie glaubte aber als wirtschaftliche Interessentenvertretung ihres Bezirkes rechtzeitig in eine Prüfung dieser Fragen eintreten und der Königlich Staatsregierung das vorschlagen zu sollen, was nach ihrer Kenntnis der Dinge zwecks Erschließung des aufblühenden Bezirkes seitens der Staatsbahn in Aussicht genommen werden muß.“

**Kohlenausfuhr des Kohlenyndikats.**

Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hat seine Kohlenausfuhr von Jahr zu Jahr immer mehr gesteigert. Nähere Angaben über die Ausfuhr des Syndikats stehen nur vom Jahre 1908 ab zur Verfügung; sie lassen die folgende Verteilung der Ausfuhr (in 1000 T.) auf Kohle, Roß und Bricketts erkennen:

Jahr	Kohlen	Roß	Bricketts	Zusammen in Kohlen umgerechnet
1908	9 018	2 746	726	13 207
1909	10 766	2 009	808	15 284
1910	11 928	8 493	1 210	17 518
1911	13 038	9 877	1 579	19 255
1912	14 004	4 520	1 688	21 860
1913	15 603	4 401	1 843	22 767

Es sei bemerkt, daß bei der Umrechnung auf Kohle für Roß ein Ausbringen von 78 Prozent, für Bricketts ein Kohlengehalt von 92 Prozent angenommen ist. Verhältnismäßig ist die Ausfuhr von Bricketts bei weitem am stärksten gewachsen, und zwar um 917 000 T., gleich 126,3 Prozent, von Roß um 1 655 000 T., gleich 60,3 Prozent, von Kohle um 8 585 000 T., gleich 78 Prozent, die Gesamtausfuhr in Kohle umgerechnet um 9 560 000 T., gleich 72,3 Prozent. Innerhalb sechs Jahren hat sich also die Ausfuhr um 72,3 Prozent gesteigert. Diese Mengen werden auf Kosten der deutschen Verbraucher zu billigen Preisen ins Ausland geworfen.

**Auf Reichen baut der Kapitalismus sein Glück auf.**

In der Monatszeitschrift „Le Travailleur et le Soldat“, Organ der französischen Bergarbeiterorganisation, veröffentlicht M e r z h e i m einen Artikel unter obiger Ueberschrift, der auch für die deutsche Arbeiterchaft von Interesse ist, da er zeigt, daß der Kapitalismus überall gleich ist und es versucht, seine Profite zu verschleiern. Merzheim erzählt uns von der Gruben-Gesellschaft Courrières, der Unglücksgrube für die Bergarbeiter, der Glucksgrube der Aktionäre, folgendes:

Im Jahre 1906 betrug die Dividende in Courrières bei einer Aktie im durchschnittlichen Kurs von 3145 Franks durchschnittlich 85 Prog. Die Katastrophe, das fürchterliche Unglück, das über 1200 Menschenleben vernichtete, fand am 10. März 1906 statt vor der Generalversammlung der Gesellschaft. Die Dividende fiel auf 50 Fr. pro Aktie. Doch nur ein Jahr bezogen die Aktionäre diesen „Entbehrungslohn“, das zeigen uns folgende Zahlen:

Jahr	Produktion in Tonnen	Gesamtdividende	Dividende pro Hundert
1906	1 509 000	3 000 000	50
1907	1 972 000	4 800 000	80
1908	2 188 000	4 800 000	80
1909	2 484 000	4 800 000	80
1910	2 605 000	4 800 000	80
1911	2 855 000	6 000 000	100

Der Preis der Aktie, die im Jahre 1906 auf dem durchschnittlichen Kurs von 2777 Fr. stand, betrug am 10. März 1913 6000 Fr. und wurde an der Börse von Lille im März 1914 mit 5500 Fr. gehandelt. Aus dem Kapital von 166 Mill. Fr. der Gesellschaft Courrières sind 330 Millionen gewonnen. Es wird Zeit für die Herren Aktionäre, dieselbe Operation vorzunehmen wie im Jahre 1886, d. h. neue Aktien herauszugeben, damit die Dividende nicht zu groß erscheint. Die Aktionäre werden deshalb am 22. April 1915 in Douai zusammenzutreten. Es ist beschlossen, daß 120 000 neue Aktien herausgegeben werden, d. h. für eine alte Aktie werden zwei neue verabsolgt. Die Dividende wird natürlich dann pro Aktie die Hälfte betragen wie bisher und vor der Oeffentlichkeit soll durch solche Operationen der ungeheure Profit der Gesellschaft verheimlicht werden. Im Jahre 1882 wurde die Gesellschaft Courrières gegründet, 500 Anteilshaber wurden damals ausgegeben, wovon jeder heute 600 000 Fr. z. z. z. Aus den 600 000 Fr. Einlagekapital vom Jahre 1882 sind heute 350 Mill. Franks geworden. Von 1887 bis 1912 wurden an die Aktionäre 156 Millionen Franks an Dividenden verteilt. Das ist das Produkt der Arbeit verschiedener Generationen, welche sich abschlüßten in den Schächten von Courrières und von denen im Jahre 1906 mehr wie 1200 auf einen Schlag ihr Leben in der Tiefe gelassen haben.

**Aus der deutschen Arbeiterbewegung.**  
**Verbandstage der freien Gewerkschaften.**

Der Steinarbeiterverband hielt seinen sechsten Verbandstag vom 18. bis 22. Mai in Dresden ab. Der Verband wies Ende 1912: 30 516 Mitglieder auf. Eine breite Debatte entspann sich beim Geschäftsbericht über die Frage der Verflechtung mit einer anderen Organisation. In der Hauptfrage kommen dabei die Verbände der Bauarbeiter und Steinseifer in Frage. Zu einem Beschlusse ist es leider nicht gekommen, weil, wie „Der Steinarbeiter“ meint, die Frage vorher nicht genügend geklärt wurde. Da in den letzten Jahren der Naturstein auf Bauten immer mehr dem Kunststein hat weichen müssen und die Natursteinindustrie stark darniederliegt, wurde der Verbandsvorstand beauftragt, bei den Behörden dahin zu wirken, daß bei öffentlichen Bauten wieder mehr Naturstein verwendet wird. Neu geschaffen hat der Verbandstag die Erwerbslosenunterstützung. Dafür wurden die Beiträge allgemein um 10 Pf. erhöht. Sie betragen nunmehr für weibliche und jugendliche Mitglieder 30 Pf., bei einem Wochenverdienst bis 18 Mt. 40 Pf., bis 21 Mt. 50 Pf., bis 27 Mt. 60 Pf. und über 27 Mt. 70 Pf. Die Unterstützung beträgt für weibliche und jugendliche Mitglieder 50 Pf. pro Tag bis zum Höchstjahre 18-36 Mt. In den übrigen Klassen 1 Mark pro Tag bis zum Höchstjahre von 36-72 Mt. Befreite wurden gehalten über „Tarifwesen“ und „Arbeiterchus in der Steinindustrie“. Eine Resolution wendet sich gegen den starken Alkoholgenuss in manchen

Betrieben und gegen das sich in den Händen der Firmen oder Bruchmeister und Poliere befindliche Kantinenwesen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband

hielt vom 18. bis 28. Mai seine 12. Generalversammlung in Dresden ab. Der Geschäftsbericht weist einen Zuwachs von 10688 Mitgliedern auf. Erzielt wurden für 12465 Personen 58128 Stunden Arbeitszeitverfügung pro Woche und für 88354 Personen 1041000 Mk. Lohn-erhöhungen. Das Vermögen des Verbandes beträgt 1884048 Mk. In das Statut wurde eine Bestimmung aufgenommen, wonach Gemein- arbeiter zu ermäßigter Beitrag Verbandsmitglieder werden können.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen

hielt seine 9. Generalversammlung vom 19. bis 21. Mai in Hannover ab. Die Mitgliederzahl stieg seit Ende 1911 auf 24800 mit einem Zuwachs von 9807. Darin sind die Mitglieder des Lager-, Kleriker-, und des Handlungsgehilfenverbandes enthalten, der sich Anfang 1913 mit dem Verband der Handlungsgehilfen verschmolz. Das Vermögen betrug Ende 1913: 217401000 Mk. Nach Referat von H. v. Werlin über 'Arbeitslosenversicherung und Stellenvermittlung' und V. v. Werlin über 'Vertretung des Arbeitsrechts' wurden Resolutionen beschlossen. Darin wird verlangt: Reichsgesetzliche Arbeitslosenfürsorge, öffentlich-rechtliche Stellenvermittlung auf paritätischer Grundlage und einheitliches Arbeitsrecht für alle Angestellten, die kaufmännische Dienste leisten.

Der Verbandstag der Holzarbeiter

tagte vom 25. bis 30. Mai in Dresden. Beim Geschäftsbericht gab der Verbandsvorsitzende Leipzig unter anderem auch Aufklärung über den Rückgang der Mitgliederzahl. Dabei ist interessant, daß im Jahre 1913 infolge der Verstärkung des Militarismus 8000 organisierte Holzarbeiter zum Konflikt eingezogen wurden, gegenüber 2000 im Jahre vorher. Von den Verlinern, darunter auch Robert Schmidt, wurde die Bauart des Verbandshauses kritisiert. Der Grund sei zu teuer gekauft worden. Der Konflikt zwischen Vorder- und Hinterhaus sei zu groß und es sei bedenklich, daß das Geld des Verbandes zu einem Haus verwendet werde, dessen Wohnungen für Arbeiter nicht in Frage kommen. Leipzig wies diese Kritiken zurück. Die Lage des Baues sei mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Berliner Ortsverwaltung ausgewählt worden. Ein Konflikt zwischen Vorder- und Hinterhaus bestehe nicht. Bei der Statutenberatung wurde ein Antrag angenommen, nach dem Mitglieder, die wöchentlich nur drei Tage und weniger arbeiten, nur jede zweite Woche einen Beitrag zu entrichten brauchen. Sängere Debatten lieferten die Referate über 'Lohnbewegung' und den 'Werksarbeiterstreik' hervor. Das Verhalten des Vorstandes, besonders in letzterer Frage, wurde gutgeheißen. In einer Resolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Unternehmer zur Einhaltung der tarifvertraglichen Bedingungen unter allen Umständen gezwungen werden müssen. Das vom Vorstand vorgelegte Statut einer Unfall-Unterstützungskasse für Verbandsfunktionäre wurde genehmigt. Um eine Unfallstatistik durchzuführen, sind die Verbandsmitglieder in Zukunft verpflichtet, bei Abhebung des vom Verband gewährten Krankengeldes einen Fragebogen auszufüllen. Die besoldeten Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer

hielt vom 31. Mai bis 6. Juni in Leipzig seinen 12. Verbandstag ab. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß der Verband auf 28267 Mitglieder gestiegen ist. Außerordentlich waren die Ausgaben für Lohnbewegungen. Nicht weniger als 805275,50 Mk. kosteten drei Streiks um die Eringung der Nachruhe. In der Verschmelzungsfrage wurde im Prinzip eine Vereinigung mit dem Metallarbeiterverband beschlossen und der Verbandsvorstand beauftragt, die nötigen Verhandlungen einzuleiten. Anträge auf Gehaltserhöhung der Verbandsbeamten wurden abgelehnt, dagegen beschlossen, ihnen einen Wohnungsgeldzuschuß von 15 Prozent zu gewähren. Der Verbandsvorstand soll dem nächsten Verbandstag eine Vorlage auf Neuregelung der Gehälter machen. Dem Kassierer wurde ein Mandatgeb von 150 Mark bewilligt. Die Anträge zum Statut wurden en bloc einstimmig angenommen. Darunter sind Beitragserhöhungen von 10 Pf. in allen Klassen. Die Beiträge betragen nunmehr 50, 60 und 70 Pf. In einer Resolution protestierte der Verbandstag gegen die Koalitionshege.

Der Deutsche Transportarbeiterverband

hielt vom 7. bis 13. Juni seinen 9. Verbandstag in Köln ab. Einen breiten Raum nahmen die Grenzstreitigkeiten mit dem Brauereiarbeiterverband ein. Beide Verbände erheben Anspruch auf die Bier- arbeiter. Ein Schiedsgericht hat entschieden, daß die Richter, die das Bier direkt aus der Brauerei verfahren, dem Brauereiarbeiter- verbande zugehören, während die Richter der Brauereifabriken, Mineralwasser- fabriken usw. sich im Transportarbeiterverband organisieren müssen. Mit diesem Schiedspruch war der Verbandstag nicht zufrieden. Auf dem Gewerkschaftskongreß in München wurde aber nicht die Aufhebung dieses Schiedspruchs verlangt, sondern nur die Berufungsmöglichkeit an die Vorländerkonferenz gegen alle Schiedsprüche. Das hat der Gewerkschaftskongreß in namentlicher Abstimmung mit 370 Stimmen abgelehnt, dagegen einen Antrag Schlicht angenommen, daß Beschwerde gegen Entscheidungen von Schiedsgerichten zulässig sein soll, wenn sie durch Verstöße gegen bestehende Gewerkschaftsgesetze oder ein Ver- fahren begründet ist. Weiter wandte sich der Verbandstag in einer Resolution gegen die Unzulänglichkeit des durch Reichstagsbeschlüsse in den Papierkorb gewanderten Geschenkturns zur Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und verlangte volle Sonntagsruhe für alle Handelsarbeiter. Die Beiträge wurden wie folgt festgesetzt: Bei einem Wochenverdienst von über 30 Mk. 75 Pf., von 24-30 Mk. 60 Pf., von 18-24 Mk. 50 Pf. und unter 18 Mk. 40 Pf. Die bis- herigen Beiträge betragen 50, 45, 40 und 25 Pf. Eine Anzahl Anträge, die eine Verschmelzung mit den Verbänden der Fabrikarbeiter, Maschinisten und Heizer, Brauerei- und Gemeindegewerkschaften verlangten, wurden dem Vorstand zur weiteren Behandlung überwiesen. Be- schlossen wurde, auf fakultativer Grundlage Reichsschutz auch in pri- vaten Fällen zu gewähren und dafür einen Beitrag von 10 Pf. pro Woche zu erheben. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt.

Der Schuhmacherverband

hielt vom 7. bis 13. Juni in Hamburg seinen Verbandstag ab. In der Schuhindustrie sind ungefähr 11000 Personen beschäftigt (45000 männliche und 35000 weibliche). Das männliche Personal ist verhält- nismäßig gut organisiert. Dem Verbande gehören 35221 gleich 77,4 Prozent an, während die Organisation nur 8615 gleich 24,28 Prozent weibliche Mitglieder aufweist. Das Verbandsvermögen beträgt 900000 Mark oder 22,50 Mk. pro Kopf. Nach Erledigung des Geschäftsberichts folgten Referate über Lohnbewegungen, die 'Volksfürsorge' und Be- drohung des Koalitionsrechts. Zum Schluß wurden noch einige Resolu- tionen am Statut vorgenommen.

Der Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter

tagte vom 15. bis 19. Juni in Hamburg. Die Verbandsbeiträge, die bisher 30 und 50 Pf. betragen, erfahren eine Neuregelung. Sie betragen nunmehr bis zu einem Wochenverdienst bis 18 Mk. 40 Pf., bis 24 Mk. 50 Pf., über 24 Mk. 60 Pf. Außerdem wurde noch eine freiwillige Beitragsklasse von 70 Pf. bei einem Wochenverdienst von 27 Mk. und darüber geschaffen. Die Krankenunterstützung beträgt in den vier Klassen 0,70-1,20 Mk., die Arbeitslosenunterstützung 1,00 bis

1,75 Mk. pro Tag. Die Umzugsunterstützung beträgt je nach der Entfernung 15-40 Mk., bei Gemeindefällen bis 50 Mk. Das Steuer- geld stiftet sich ab von 88-128 Mk. In einer Resolution brachte der Verbandstag seine Zustimmung zu dem Schiedspruch in den Grenz- streitigkeiten mit den Transportarbeitern zum Ausdruck. Außerdem nahm er ein Referat des Reichstagsabgeordneten Heine über: 'Der Kampf um das Koalitionsrecht' entgegen.

Ein lehrreicher Vergleich.

Eine auch weitere Kreise interessierende Gegenüberstellung der Finanzlage in den freien und den 'christlichen' Gewerkschaften veröffentlicht der 'Proletarier', das Organ des Verbandes der Fabrik- arbeiter. Er stellt zunächst fest, daß die 'christlichen' Gewerkschaften im Jahre 1913 insgesamt nur 2498 088 Mk. Unterhaltungen an ihre Mitglieder gezahlt haben, während der Fabrikarbeiterverband allein noch etwas mehr, nämlich 2515 012 Mk. dafür aufwendete, obwohl er nur rund 210 000 Mitglieder hat gegen 340 000 in den 'christlichen' Gewerkschaften. Dann stellt der 'Proletarier' die Einnahmen und Ausgaben, darunter gesondert die Ausgaben für Unterhaltungen und das Vermögen im Fabrikarbeiterverband, den gleichen Posten in zwei 'christlichen' Verbänden gegenüber, die für ihn als sogenannte Kon- kurrenzverbände in Frage kommen. Es sind dies der 'christliche' Fabrik- und Hilfsarbeiterverband und der 'christliche' Keramarbeiter- verband. Die absoluten Zahlen dieser Gegenüberstellung interessieren hier nicht, um so mehr die Verhältniszahlen. Der durchschnittliche Beitrag ist danach im Fabrikarbeiterverband nicht höher als bei den 'Christen'; die Ausgabe pro Mitglied ist aber nicht unwesentlich niedriger. Das heißt, der Fabrikarbeiterverband hat einen größeren Bruchteil der Einnahmen seinem Vermögen zuführen können. Be- trachten wir aber nicht die Gesamtausgabe, sondern nur einen Teil davon, der für Unterhaltungen ausgegeben wurde, so zeigt der Fabrik- arbeiterverband die weitaus höchste Ziffer. Von seinen Ausgaben fließt also ein weitaus größerer Bruchteil den Mitgliedern in Form von Unterhaltungen aller Art direkt wieder zu. Man kann das noch schärfer herausheben durch Feststellung der Tatsache, daß im 'christlichen' Hilfsarbeiterverband von jeder Mark Ausgabe nur 88 Pf. in Form von Unterhaltungen an die Mitglieder zurückfließen, im 'christlichen' Keramarbeiterverband 40 Pf., im Fabrikarbeiterverband aber 66 Pf. Diese Gegenüberstellung zeigt, daß der Fabrikarbeiterverband den beiden 'christlichen' Verbänden nicht nur als Kampforganisation, sondern auch im Unterhaltungsweesen weit überlegen ist. Der 'Proletarier' verweist noch darauf, daß die den Mitgliedern so ungünstige Verteilung der Ausgaben in den beiden 'christlichen' Verbänden nicht ein Beweis schlechter Finanzwirtschaft sein müsse, sondern sich aus der geringen Mitgliederzahl in den beiden Verbänden mit erklären lasse. Daraus knüpft er die sehr richtige Folgerung: 'Aber gerade deshalb sollten die christlichen Arbeiter um so eher zu der Ueberzeugung kommen, daß es nicht nur Kräftezerpflünder, sondern auch Geldverschwendung ist, wenn abseits von dem großen Heer der freien Gewerkschaften Sondergruppen gebildet werden, denen das Leben ebenso schwer fällt, wie das Sterben, und deren Nutzen für die Arbeiter geringer ist als der Schaden, den sie direkt und indirekt der großen Sache des proletarischen Befreiungskampfes zufügen.'

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Borgunwesen in amtlicher Beleuchtung.

Die Fabrikinspektoren des Trierer Regierungsbezirks schreiben: 'Das Borgunwesen steht in mehreren Orten in voller Blüte und beeinträchtigt die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung höchst ungünstig. Arbeiter, die den Kredit der Bäcker, der Metzger und der Kaufleute in Anspruch nehmen, laufen im allgemeinen zu hohen Preisen. Diesen Arbeitern ist aber mit dem Bezuge von Lebensmitteln im großen Maße geholfen, auch nicht mit Konsumvereinen, da beide Einrichtungen mit Barzahlung arbeiten. Die Grundfrage der Lebensmittelversorgung ist die, wie zu erreichen ist, daß der Arbeiter seinen Lebensmittelbedarf bar bezahlt. Daß durch Lösung dieser Frage die Lebenshaltung bedeutend verbilligt werden könnte, unterliegt keinem Zweifel. Die Befreiung eines großen Teiles der Arbeiterbevölkerung aus dem Zustande des ständigen Schuldenmachens ist leider bis jetzt eine ungelöste Aufgabe geblieben.'

Wenn der berichtende Gewerberat bemerkt, daß den Arbeitern mit den Konsumvereinen nicht gedient ist, weil diese nur gegen bar verkaufte und die Befreiung des noch durch das Pumpsystem ge- fesselten Teiles der Arbeiterklasse als eine ungelöste Aufgabe ge- zeichnen, so fehlt dem Herrn wahrscheinlich im Bezirk Trier die Ge- legenheit, die Wirksamkeit der Konsumvereine auf dem Gebiete der Erziehung zur Barzahlung kennen zu lernen, sonst sollte er wissen, daß es jedem Arbeiter, der den Willen hat, sich vom Pumpsystem zu befreien, das mit Hilfe seines Konsumvereins sehr wohl möglich ist. Ein solcher Arbeiter braucht nur am Sonntag dem kreditierenden Kaufmann zu erklären, daß er nicht mehr borgen und mit Hilfe des Konsumvereins seine Schulden bezahlen will. Wenn der Arbeiter jeden Sonntag 3 bis 5 Mark von seinen Schulden abträgt und für das übrige bar einkauf, so wird er nicht nur allein durch die Bar- zahlung um den Betrag von 3-5 Mark billiger als vorher seinen Bedarf decken können, sondern am Jahresabschluss auch noch eine Rü- ckerstattung erpart haben, die er gleichfalls zur Schuldentilgung ver- wenden kann. Aber die Fabrikinspektoren können auch dahin wirken, daß die langen Lohnzahlungsfristen im Interesse der Arbeiterklasse möglichst verkürzt werden. Namentlich in unseren Bergwerksbezirken haben die Arbeiter unter diesen übermäßig langen Lohnzahlungsfristen furchtbar zu leiden. Wer auf einer Zeche anfängt, muß 6 Wochen lang warten, bis er das erste Geld in die Hände bekommt, und diese Leute müssen dann jahrelang in Schuldnottschaft leben, und die meisten geben die Hoffnung auf, sich überhaupt niemals wieder daraus befreien zu können. Nach den Ergebnissen des Bergbauvereins kamen 1910 im Ruhrkohlengebiet auf 1000 Mann Besatzung 1400 Lohnpfändungen für vorgeschuldene bei Kaufleuten, Wädem und Metzger. Im Regierungsbezirk Trier dürften die Dinge noch viel trauriger liegen. Also, man empfehle den Konsumverein.

Internationale Rundschau.

Die Lage in Großbritannien.

London, den 23. Juli 1914. Die Dinge scheinen jetzt schnell einer Krise entgegenzugehen. Dem Beschluß der schottischen Bergarbeiter, vom 27. Juli ab nur noch an vier Tagen in der Woche zu arbeiten, um so die Produktion ein- zuzuprüfen und dem Sinken der Löhne Einhalt zu gebieten, folgte vorgestern und gestern die Reichskonferenz der Bergarbeiter zu South- port. Die Konferenz beschäftigte sich sehr eingehend mit der ganzen schottischen Frage. Es war keine leichte Aufgabe, die sie zu lösen hatte. Aller Augen sind auf das kommende Jahr gerichtet, in dem die Verträge fast überall erneuert werden müssen und das Minimal- lohngesetz abläuft. Seit langem rüstet man sich für das kommende Kampfsjahr. Und nun kommt diese schottische Angelegenheit dazwischen und droht den Kampf herauszufordern, ehe man daran gedacht hat. Der Sache läßt sich nicht aus dem Wege gehen; man kann sie auch nicht gut durch einen Kompromiß beilegen. Man wird sich erinnern, daß der Beschluß der Schotten, die viertägige Arbeitswoche einzuführen, die Antwort auf das unerfüllte Verlangen der Unternehmer nach Lohnreduktionen war. Zurzeit verlangen die Unternehmer wieder eine Lohnreduktion, und zwar in der Höhe von 25 Prozent vom Grund- lohne oder 1 Mark den Tag. Vielleicht hegen sie gar nicht die Hoff- nung, daß ihnen das Einigungsamt oder der unparteiische Vorsitzende diese große Summe geben wird; denn die schottischen Arbeitgeber nehmen den Mund gewöhnlich sehr voll, um sich nachher mit wenigem zufrieden zu geben. Aber die geringste Lohnkürzung wird heute den Lohn unter 7 Mark den Tag herabsenken, und hierauf als 7 Mark- den Tag darf nach dem Beschluß der letzten Jahreskonferenz der Föderation, die in Scarborough abgehalten wurde, der Lohn in keinem Bezirk sinken. Die Föderation ist mithin verpflichtet, den Schotten beizustehen, selbst wenn das Interesse aller ihrer Mitglieder für die diesem Handeln nicht zwänge; denn gehen die Löhne in Schottland beständig herab, dann werden die niedrigeren schottischen Kohlenpreise sehr bald auch die Löhne in den anderen Bezirken mit hinabziehen. In Anbetracht dieser Umstände kam die Konferenz zu Southport auf dem Beschluß, daß eine Lohnreduktion, die die Löhne in Schottland auf weniger als 7 Mark bringe (also im vorliegenden Falle jede Lohn-

reduktion), die schottischen Bergarbeiter berechtigt, gleich in den Streik zu treten und von der Föderation finanziell unterstützt zu werden. Inwieweit soll unverzüglich eine Urabstimmung der Mitglieder der ganzen Föderation vorgenommen werden, die über die gemeinschaftliche Aktion, den Generalstreik, entscheiden soll. Diese Urabstimmung dürfte wohl, nach der allgemeinen Stimmung in den Bezirken zu urteilen, zugunsten der gemeinschaftlichen Aktion mit den Schotten ausfallen. Wird der Generalstreik notwendig, so soll eine Reichskonferenz ein- berufen werden, die allgemeine, von allen Bezirken erprobene Forde- rungen zu formulieren hätte. Was diese Forderungen sein werden, läßt sich noch nicht angeben. Jedemfalls werden sie auf den letzten Konferenzen der Föderation besprochene Fragen, wie die der Ueber- tagsarbeiter, enthalten. Die Konferenzen der Föderation tagen ge- wöhnlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, so daß sich über die Ver- handlungen wenig berichten läßt. Man muß die Debatten aus den Resolutionslesen. Danach scheint es, daß der Beschluß der Schotten, dem bevorstehenden Angriff der Arbeitgeber mit der Einführung der viertägigen Arbeitswoche zu begegnen, auf der Konferenz keinen An- häng fand. Die schottischen Vertreter verammelten sich nach der Konferenz und beschlossen, den Beschluß in bezug auf die viertägige Arbeitswoche nicht durchzuführen.

Am 27. Juli wird es demnach wohl nicht zu der Aussperrung kommen, die die schottischen Arbeitgeber den Arbeitern androht haben, falls sie sich weigern sollten, an mehr als an vier Tagen in der Woche zu arbeiten. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Gefahr des Kampfes vorüber ist. Den Anstoß zu dem Konflikt gab die an- gekündigte Lohnreduktion, über die heute in Glasgow im Einigungs- amt verhandelt werden soll. Nach dem Sinken der Kohlenpreise zu urteilen, das von den Arbeitgebern selbst durch ihre wüste Konkurrenz hervorgerufen wird, kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß den Arbeitgebern von dem unparteiischen Vorsitzenden eine Lohnreduktion anerkannt wird. Ob sie Einigkeit genug besitzen, diesmal auf ihr Pfund Fleisch, das ihnen, streng genommen, gehört, zu verzichten, muß die Zukunft lehren. Das Exekutivkomitee hat laut Beschluß der Konferenz eine Deputation ernannt, die sich zu den schottischen Arbeitgebern be- geben soll, um ihnen Vorstellungen zu machen. Man kennt den Cha- rakter der schottischen Werkbesitzer von dem großen Streik her. Und wer sich durch ihre Haltung damals nicht überzeugen läßt, der lese einmal die Berichte des schottischen Einigungsamts. Sie spiegeln die schottischen Unternehmer als die wahren Schylocks wider, die, wie der englische Volksmund sagt, einem Rieselstein die Haut abziehen, um einen Pfennig zu verdienen. Wenn man alle Faktoren berück- sichtigt, scheinen die Aussichten auf Erhaltung des Friedens nicht groß. Es können natürlich unerwartete Entwicklungen eintreten — so könnte z. B. die Regierung schlagartig eingreifen. Aber zurzeit muß man schon mit dem Kampfe in Schottland und seiner späteren Ausdehnung auf das ganze Land rechnen. J. K.

Bergarbeiterbewegung in Schottland.

Hamilton, den 28. Juli 1914.

Nunmehr hat auch die britische Miners-Föderation zur Lohnfrage in Schottland Stellung genommen. Zu Southport tagte am 21. und 22. Juli eine Konferenz, die sich nur mit diesem Thema beschäftigte und beschloß: Die Schotten sind berechtigt, die Arbeit sofort nieder- zulegen, wenn der 7-Schilling-Minimallohn gebrochen wird. Seitens der Föderation sollen dann die §§ 20 und 21 in Kraft gesetzt werden. § 20 regelt die Unterhaltungsfrage und § 21 die Urabstimmung zum Generalstreik über ganz Großbritannien. Daraufhin haben die an- wesenden 82 schottischen Delegierten in einer Urabstimmung beschlossen: Der Beschluß, der viertägigen Woche am 27. Juli zu beginnen, wird fallen gelassen. Der Kampf wird dadurch vielleicht nur um vier Wochen hinausgeschoben. Die letzte Forderung der Werkbesitzer, 25 Prozent Lohnreduktion, ist bereits am 15. Juli vor dem Einigungs- amt behandelt worden. Die zweite Sitzung findet am 30. Juli statt, da werden die Arbeitervertreter nicht zulassen, daß die Sache einem neutralen Schiedsrichter unterbreitet wird. Die Werkbesitzer müssen dann, wenn sie die Forderung durchsetzen wollen, den Belegschaften durch Anschlag bekannt machen, von welchem Tage an die Lohnabzüge erfolgen sollen. In dem Tage werden die Bergarbeiter nur in die Grube fahren, um ihr Gezüge zu holen. Ehe das geschieht, wird noch vorher eine Deputation der Föderation mit den Werkbesitzern ver- handeln.

In Schottland ist eine Urabstimmung unter den organisierten Bergarbeitern vorgenommen worden bezugs Verschmelzung der ver- schiedenen County-Unions zu einer schottischen. Das Resultat ist folgendes: 64 876 Stimmen für eine National-Union und 8614 Stimmen dagegen; das bedeutet einheitliche Statuten und einheitliche Kasse von ganz Schottland. A. S.

Der englische Gewerkschaftsbund.

In den ersten Julitagen fand in Liverpool die Jahreskonferenz des englischen Gewerkschaftsbundes statt, an der rund 120 Delegierte, ferner für den Internationalen Gewerkschaftsbund Raumeister, Berlin, für die Arbeiterpartei Anderson und für das parlamen- tarische Komitee des Gewerkschaftskongresses Sedon teilnahmen. Der erste Verhandlungstag war ausschließlich den Ansprüchen der Gäste gewidmet, wobei der Vertreter der Internationale auf besonderen Wunsch längere Ausführungen über eine Reihe gemeinschaftlicher Ein- richtungen und Erfahrungen auf dem Kontinente machte. Wie nützlich dieser Vortrag gewesen war, zeigten die späteren Debatten, bei denen andauernd auf die erwähnten Beispiele des Auslandes Bezug ge- nommen wurde.

Dem Jahresbericht des Sekretärs Appleton zufolge sind dem Bund zurzeit 156 Gewerkschaften mit 967 257 Mitgliedern, also etwa ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Großbritanniens, angeschlossen. Der Bund stellt in der Hauptsache eine Art Streikrück- versicherungsgesellschaft dar, hat aber in den letzten Jahren seine Tätigkeit auf weitere Gebiete ausgedehnt. So hat er auf Grund der staatlichen Arbeiterversicherung eine besondere Versicherungssektion ge- schaffen, der schon 135 000 Mitglieder angehören. Im vorigen Jahre wurde eine eigene Lebensversicherungsabteilung begründet, die in vier Monaten über 2000 Policen ausstellen konnte. Seit Beginn dieses Jahres gibt der Bund ein einflussreiches monatlich erscheinendes Blatt heraus, das schon jetzt ein ausgezeichnetes Informationsorgan über die in- und ausländische Gewerkschaftsbewegung ist.

Der Kassierenbericht zeigt eine merklige Besserung, wenngleich statt des Bestandes von 9,2 Millionen Mark, der 1908 vorhanden war, jetzt nur 400 000 Mk. in der Kasse sich befinden. In den letzten Jahren nämlich war das Vermögen infolge vieler Streiks fast vollständig auf- gebraucht. Der Konsolidierung der Finanzen galt denn auch in der Hauptsache die ganze Tagung. Es wurde von der Leitung vorge- schlagen, den Streikzuschuß in Zukunft erst vom dritten Tage ab und nur auf die Dauer von acht Wochen zu leisten, ferner aber mit aller Energie auf den engeren Zusammenschluß der vielen zerstück- lerten Gewerkschaften hinzuwirken. Der Vertreter der Maschinenbauer wandte sich besonders gegen das ungelungene Finanzsystem und die unautonomen Konkurrenzmanöver mancher Gewerkschaften. Es müsse dahin gestrebt werden, große und leistungsfähige Gewerkschaften zu schaffen, damit der ewigen Verteilung bei jedem kleinen Kampf ein Ende bereitet werden könne. Die endgültige Beschlußfassung über die vorgeschlagene Finanzreform wurde vertagt.

Dieser Konferenz war eine zweitägige Generalversammlung der Versicherungsabteilung des Bundes vorausgegangen. Derselben sind rund 135 000 auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes versicherte Arbeiter angeschlossen. Sie allein beschäftigt zurzeit ein Personal von 131 Personen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die jegige Verwaltung dieser Abteilung, die sich auf die einzelnen Gewerkschaften aufbaut, besser durch eine geographische Einteilung des Mitglieder- bestandes ersetzt werden sollte, und in diesem Sinne wurden auch Beschlüsse gefaßt, trotz entschiedener Opposition einer Gruppe von Delegierten, welche dabei blieben, daß ihnen als den Funktionären unter dem neuen System zu wenig Materialisierung für ihre Arbeit gebührt werde. Ueberhaupt war der Materialismus mancher Teil- nehmer ein leider sehr hervorsteckendes Merkmal dieser Konferenz. Wer solche Konferenzen öfter mitmacht, der kann nur dringend wünschen, daß auch die englischen Gewerkschaftler recht viel ihre Bruderorganisationen des Auslandes aufsuchen und deren Arbeit gründlich kennen lernen. Der insulare Charakter mancher Engländer hat sich ansehnend gar zu sehr auch eines großen Teils der eng-

Die Arbeiterbewegung bemächtigt und es ist die höchste Zeit, daß sie das Beispiel der europäischen und amerikanischen Gewerkschaften — an den Erfahrungen des Auslandes zu lernen — nachahmen, damit sie in dem Weltlauf und die erste Stelle in der internationalen Arbeiterbewegung, die das Mutterland der Gewerkschaften schon heute nicht mehr einnimmt, nicht noch weiter zurückgebrängt werden. Dazu kommt, daß die heutigen Organisationsverhältnisse in England geradezu beunruhigend auf das Ausland wirken, das noch vor zwei Jahrzehnten mit Stolz und Bewunderung zu dem englischen Vorbilde aufblickte.

Die erfreulichste Erscheinung in der englischen Bewegung ist die wachsende Erkenntnis von der Notwendigkeit gründlicher Reformen und dieser Erkenntnis dürfte auch die gute Aufnahme einer Einleitung zur Entsendung von Gewerkschaftsfunktionären zu Studienreisen nach Berlin zu danken sein, welche die deutsche Generalkommission an den englischen Gewerkschaftsbund gerichtet hat. Die erste Gruppe soll Mitte September in Hamburg und Berlin eine Woche zubringen, um die Einrichtungen der deutschen Gewerkschaften kennen zu lernen.

Denselben Zweck der gegenseitigen Verständigung verfolgt eine Abmachung, die das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin mit der Arbeiterhochschule Ruskin College in Oxford getroffen hat. Das letztere wird alle drei Monate einen anderen Schüler senden, der im Internationalen Bureau beschäftigt und dem zugleich Gelegenheit geboten werden soll, die deutsche und internationale Bewegung gründlich zu studieren.

**Arbeitsvertrag der Bergarbeiter in der italienischen Kammer.**

Die Halbmonatsschrift der italienischen Gewerkschaften, „La Confederazione del Lavoro“, bringt in ihrer Nummer vom 18. Juli einen Bericht über die Rede des Abgeordneten Cavallera über den Arbeitsvertrag der Bergarbeiter, gehalten in der italienischen Kammer. Ihm entnehmen wir folgendes:

„Ein Entwurf zum Arbeitsvertrag wurde von Mitti unter dem Kabinett Giolitti eingebracht und sah dieser Entwurf den Schutz der Bergarbeiter in der Grube vor, fernere ein Gebot, den Lohn in bar auszuschütten.

Dies wäre ja schon etwas, wenn auch noch viel zu wünschen übrig bleibt. Doch noch gibt es in Italien kein einheitliches Bergarbeitergesetz; ein Gesetzchen handelt von den Bergarbeitern der Schwefelgruben Siziliens, ein anderes von den Karnerbrüchigen von Anagnano, aber ein Gesetz, die 120 000 Bergarbeiter Italiens umfassend, fehlt noch. Keine Arbeiterkategorie ist nicht so schlecht wie die Bergarbeiter.

Die verschiedensten amtlichen Untersuchungen in den Jahren 1904, 1905 und 1906 haben ergeben, daß das Leben der Bergarbeiter nicht glücklich ist, daß für sie keine soziale Fürsorge besteht, daß ihre Wohnungen schrecklich zu nennen sind. Die Sterblichkeitsziffer ist ungeheuer groß, noch größer sind die Unfallzahlen. Das Alter der Bergarbeiter übersteigt nicht das 50. Jahr. Für sie gibt es keine geregelte Lohnzahlung, kein sicheres Morgen.

In einigen Bergarbeiterrevieren ist die indirekte Auszahlung durch den Handel ohne Strupel, und ohne jede Kontrolle erreicht. Die Gipfel des Unglücklichen. Ich erinnere mich, sagte der Deputierte Cavallera, daß ich die Finanzwächter warnen mußte, verkaufen sie doch in den Bergarbeiterkantinchen die Freimarken im Werte von 12 Centesimi für 17 Cent., Zigaretten statt für 10, für 12 Centesimi. (In Italien ist Tabakmonopol.) So ist jeder bestrebt, den armen Bergmann zu betrügen und auszubeuten.

In den Kantinchen hat er Kredit; man trägt es im Wuche ein, an welchem Datum und was er für Ware geholt hat, doch nicht viel. Für kleine Geldsummen, geliehen vom Kantinchenwirt, muß der Bergmann monatlich 10 Prozent und mehr bezahlen, so daß es keine Seltenheit ist, daß jährlich 240 Prozent Zinsen gezahlt werden.“

Am Schluß seiner Rede verlangte Cavallera wenigstens ein Berggesetz, wie es heute in anderen Ländern, in Frankreich, Holland — selbst Spanien nicht ausgeschlossen — besteht, da es endlich Zeit sei, von den Erwägungen und Untersuchungen zur Tat überzugehen. Und mündert, wo doch die italienischen Bergarbeiter so gedrückt werden, daß sie sich noch nicht der internationalen Organisation angeschlossen haben. Es wäre wirklich Zeit für sie, das zu tun.

**Italienische Auswanderung.**

Das italienische Ministerium für Ackerbau, Industrie und Handel gibt halbmonatlich eine Zeitschrift heraus „Bollettino dell Ufficio del Lavoro“ („Nachrichten des Arbeitsamts“). Das letzte Heft enthält interessante Ziffern über die italienische Auswanderung. Die abgeschickte Bevölkerung der 16 Provinzen Italiens betrug am 1. Jan. 1913: 95 238 997 Einwohner. Die am stärksten bevölkerte Provinz war die Lombardie mit 4 886 059 Einwohnern, während Basilicata mit 480 571 an letzter Stelle stand. Von der italienischen Bevölkerung wanderten im Jahre 1913 aus: 313 092 nach Europa und 550 566 nach überseeischen Ländern, so daß die Gesamtsumme der Auswanderer 872 508 betrug gegen 711 446 im Jahre 1912. Nach den Ländern Europas stellte die Provinz Venedig den größten Teil der Auswanderer, und zwar 98 455, während Sizilien mit 141 880 Auswanderern nach überseeischen Ländern den ersten Platz einnimmt.

Nachfolgende Aufstellung von 5 zu 5 Jahren mag zeigen, wie stark die Auswanderung in Italien gewachsen ist. Sie betrug

im Jahre	Auswanderer	im Jahre	Auswanderer
1878	96 268	1898	283 715
1883	169 101	1903	507 976
1888	290 736	1908	446 674
1893	246 751	1913	872 589

Im „Bollettino“ geht der Berichterstatter über die Auswanderung auch auf die Ausführungen der Bauarbeiterdelegierten von Karlsruhe auf dem Gewerkschaftskongreß zu München ein. Derselbe hatte darauf hingewiesen, daß es den ausländischen Arbeitern begründlich gemacht werden muß, daß sie sich zu organisieren haben. Das Königlich Italienische Auswandereramt zu Berlin habe von diesen Ausführungen Notiz genommen und dazu bemerkt:

„Man kann die vorgebrachten Klagen wegen mangelnder Solidarität italienischer Arbeiter nur gerecht finden, da sie sich nicht in die Organisation aufnehmen lassen, aber die Unterstützungen bei Streiks usw. genießen möchten. Wenn unsere Arbeiter organisiert wären, würden sie die Achtung der deutschen Kollegen genießen und würde ihnen dies bei der Arbeit von Nutzen sein, auch würden sie bei Arbeitslosigkeit und Streiks unterstützt werden und würde sich so die Zahl derjenigen verringern, die beinahe bettelnd bei den Konsuln um Unterstützung vorprechen.“

Man sollte doch glauben, wenn schon so in ministeriellen Zeitschriften geschrieben wird, müßten doch endlich die Arbeiter einsehen, daß es unbedingt nötig ist, sich zu organisieren.

**Zentralisation der spanischen Gewerkschaftsbewegung.**

Schon seit dem Jahre 1888 erzieht die spanische Landeszentrale „Union General de Trabajadores“. Schon vom ersten Ansatze an legte man Gewicht darauf, den unpolitischen Charakter dieser Organisation herbeizuführen, um so die Zusammenfassung der mannigfaltigen anarchischen Gruppierungen mit den auf sozialdemokratischen Boden stehenden Sozialgewerkschaften zu ermöglichen. Bis heute ist dies leider nur in beschränktem Maße gelungen, wenn man auch andererseits jetzt schon sagen kann, daß die Anzahl der wirklich gesetigten und leistungsfähigen Gewerkschaften sich der Landeszentrale angeschlossen haben.

Wie überall in Südeuropa — und vielleicht in höherem Grade als anderswo — hat sich im Laufe der Zeit der zunehmende Einfluß der sich vor 20 Jahren Anarchisten, vor 10 Jahren Liberalen und jetzt Sozialisten nennen, fortwährend geltend gemacht. Zeitweise haben sich von dieser Seite „Zentralorganisationen“ gebildet, deren einzige Aufgabe es war, die „Union General“ in der schärfsten Weise zu bekämpfen. Diese „Union General“ in der schärfsten Weise bekämpfen. Diese „Union General“ in der schärfsten Weise bekämpfen. Diese „Union General“ in der schärfsten Weise bekämpfen.

Vom Gründungsjahre 1888 an bis zum Jahre 1899 war der Sitz der Landeszentrale in Barcelona; bis dahin war es noch nicht gelungen, die Mitgliederzahl von 10 000 zu überschreiten. Im genannten Jahre wurde der Sitz nach dem mehr zentral gelegenen Madrid verlegt und von nun an nahm die Mitgliederzahl mit einigen Unterbrechungen stark zu. Heute zählt die „Union General“ 127 804 Mitglieder, die sich — wenn man die zahlreichen Sektionen des Eisen-

bahnerverbandes außer Betracht läßt — auf 808 Sektionen verteilen. Es ist dies wohl nur ein geringer Teil der Millionen spanischer Arbeiter, die noch die Organisation zu gewinnen sind, auch nur ein Teil der überhaupt organisierten Arbeiter. Denn es darf nicht vergessen werden, daß in den letzten Jahren ein frischer Wind über das Land dahingeweht, die jahrunderlang friedlich dahindulbenden Profetarier der Dörfer und Kleinstädte wachend und aufklärend. Ueberall entziehen kleine und kleine Lokalvereine, zunächst von anarchischen Gewerkschaften, die von keiner Statistik zu erfassen sind. An eine Zentralisierung dieser Lokalvereine ist einstweilen kaum zu denken, schon aus finanziellen Gründen nicht; man arbeitet mit kleinen wöchentlichen Beiträgen von 15—20 Cent (10—15 Pf.), und dieser Umstand verbietet natürlich die Abführung von Teilbeträgen an irgend eine Zentralorganisation. Auch Beitragsverhöhungen wären noch unbedenklich, denn ein spanischer Arbeiter, besonders außerhalb der Industriezentren, muß sich schon den jetzigen niedrigen Beitrag vom Wunde abschlagen.

Aber eine wichtige Mission haben diese Lokalvereine trotzdem zu erfüllen. In einem Lande, wo circa durchschnittlich 50 Prozent säkularer Erwachsenden, ja stellenweise bis 80 Prozent, weder lesen noch schreiben können, ist noch mehr wie anderswo vor allem Aufklärung nötig. Gewiß, die öffentliche Aufklärung kann in solch unorbereiteten Köpfen zu egoistischen Ausbrüchen führen, wird aber die entsprechende Begeisterung in richtige Bahnen gelenkt, so ist der Boden für die moderne Organisationsform und damit für die Zentralisation geebnet.

Während in Katalonien, wo die Wiege der spanischen Arbeiterbewegung stand, immer noch eine ganze Reihe einander bekämpfende syndikalistische und anarchische Lokalvereine den zentralistischen Organisationsform das Wasser abzugangen versuchen, scheint am entgegen-gesetzten Ende Spaniens, in der Provinz Guelsa, die Entwicklung in der letzten angezeigten Richtung weitergeschritten. In dieser Provinz liegen die bekannten Kupferbergwerke von Mio Tinto, die einer der kapitalstärksten europäischen Minergesellschaften gehören. Gegen diese Gesellschaft hat in den letzten Jahren der Bergarbeiterverband von Mio Tinto, der der Landeszentrale angehört, eine Reihe erbitterter Kämpfe geführt. Trotz aller Polizeigriffe, trotz Erklärung des Bergarbeiterverbandes, trotz allerhand Schikanen von Seiten der Zivil- und Militärbehörden wurde jedesmal, wenn auch nur wenig, so doch immer etwas erreicht. Ebenso oft gingen jedoch diese Vorteile nach kurzer Zeit wieder verloren, eben weil die Organisation noch zu schwach war. Dies hat den Bergarbeiterverband von Mio Tinto veranlaßt, eine großartige Agitation ins Werk zu setzen. Das Endziel ist ein Provinzialbergarbeiterverband, der außer den zahlreichen Bergarbeitern dieser Provinz, wo sehr viele Bergwerke vorhanden sind, auch das Personal der Bergwerksgesellschaften gehörenden Eisenbahnen und die Hafenarbeiter der Hafenanlage, wo die Erze verfrachtet werden, umfassen soll. Der Verband soll aus Gauartellen zusammengesetzt sein und die Gauartellen werden durch Eingelassene nach Gemeinden oder nach Beruf gebildet. Wenn auch die Bergarbeiter, weil die zahlreichsten in der Provinz, den Hauptstamm bilden und auch dem Verband den Namen geben sollen, so soll die Organisation doch alle Arbeiter der Provinz umfassen. Andere Berufe werden als Eingelassene den Gauartellen oder den Gemeindefektionen zugewiesen. Auch die Landarbeiter sollen organisiert und durch ein die ganze Provinz umfassendes Kartell, aus besonderen Gemeindefektionen bestehend, mit der Gesamtorganisation verbunden werden. Vorkünftig übernimmt der Bergarbeiterverband von Mio Tinto die Administration und die agitatorische Arbeit und es besteht kein Zweifel, daß dieser Verband, der durch so viele Kämpfe seine Kräfte gestärkt hat und seine Widerstandsfähigkeit zeigen konnte, die so kühn entworfenen Pläne auch durchführen wird. Die Agitation wird schon jetzt mit voller Kraft betrieben und die bisherigen Ergebnisse versprechen einen vollen Erfolg. Steht diese selbstgegründete Organisation, wie aus einem Stück gewachsen, erst da, so werden auch bald die Vorteile, die zu erreichen sind und erreicht werden, die vielen Gegner der Zentralisationsbestrebungen in Spanien zum Schweigen bringen.

**Knappschäftliches.**

**Wahltag des Verbandes.**

Am Samstag, den 25. Juli, fand im Sprengel 273a, Duisburg-Süd am Reich, die Wahl eines Kestlers statt, die mit einem schönen Sieg der Verbandskandidaten endete, trotzdem Velle und „Christen“ zusammenmarschierten, um den organisierten Bergarbeitern das Mandat zu entreißen und einem Jedemrecht zuguspielen. Diese schwarz-gelben Pläne haben die Kameraden gründlich zunichte gemacht, indem sie mit großer Mehrheit für die Verbandskandidaten stimmten, die 97 Stimmen erhielten, während die vereinigten Schwarzgelben nur 31 aufbrachten. Leider hatten sich einige Verbandskameraden in recht unsolidarischer Weise abgefordert und den offiziellen Verbandskandidaten Gegenkandidaten entgegengestellt. Unsere Mitglieder gaben diesen Querulanten die richtige Antwort, denn 4 Stimmen erhielten diese Schläuberger. Das wird ihnen und auch anderen hoffentlich gezeigt haben, daß die Verbandskameraden die eigenmächtigen Seitenprünge einiger Querulanten nicht mitmachen. Des weitern beweist auch diese Wahl wieder, daß die Bergarbeiter in ihrer Mehrheit hinter dem Verbands stehen und nichts wissen wollen von der schwarzgelben Streifbruchkoalition.

**Wahlen zu den Oberversicherungsämtern.**

Die Wahlen der Weisiger zu den königlichen Knappschäfts-Oberversicherungsämtern stehen bevor und es gilt für die Bergarbeiter, besonders für unsere Mitglieder, auf dem Posten zu sein. Sollen doch die zu wählenden Weisiger auf viele Jahre als Richter berufen werden über Unfall-, Knappschäfts-, Invaliden- und Krankentafel-sachen. Es kann somit keinem Bergarbeiter gleichgültig sein, wer durch Wahl in dieses wichtige Richteramt berufen wird. Immer schlechter wird die Rechtsprechung der Arbeiterversicherung, und bittere Klagen kann man täglich darüber von den armen Invaliden und Bergarbeitern hören. Diese Verschlechterung der Rechtsprechung ist auch zu einem wesentlichen Teile auf die geringe Initiative der bisherigen Weisiger zurückzuführen.

Uns liegt die Wahlordnung für die Wahl der Weisiger zum königlichen Knappschäfts-Oberversicherungsamt zu Clausthal vor und bringen wir daraus die wichtigsten Bestimmungen für die Wahl zur allgemeinen Kenntnis.

Wahlberechtigt sind die bei Festsetzung der Stimmzahl im Amt befindlichen Knappschäftsältesten der beim königlichen Knappschäfts-Oberversicherungsamt beteiligten Knappschäftsvereine. Die beim Knappschäfts-Oberversicherungsamt Clausthal beteiligten Knappschäftsvereine sind:

1. Haupt-Knappschäftsverein zu Clausthal,
2. Thieher Knappschäftsverein in Wolfenbüttel,
3. Helmstedter Knappschäftsverein in Helmstedt,
4. Unterharzer Knappschäftsverein,
5. Hübeler Knappschäftsverein.

Die Knappschäftsvereine genannter Vereine haben also die Weisiger zum königlichen Knappschäfts-Oberversicherungsamt zu Clausthal zu wählen.

Wählbar als Weisiger ist jeder Krankentafelberechtigte, sofern er die Voraussetzungen zur Wählbarkeit als Knappschäftsältester besitzt. Zu wählen sind 20 Weisiger und 40 Stellvertreter.

Der Bezirk des Oberversicherungsamts Clausthal ist in fünf Wahlbezirke eingeteilt und zwar wie folgt:

- I. Wahlbezirk Hannover. Er umfaßt die Bergreviere Schleswig-Holstein, Nord-Hannover, Süd-Hannover ausschließlich der Kreise Einbeck und Northem, Bergrevier Celle ausschließlich der Kreise Gifhorn und Gardelegen, Schaumburg-Pöppe und vom Bergrevier Goslar die Werke im Stadt- und Landkreis Hildesheim.
- II. Wahlbezirk Braunschweig. Er umfaßt die Betriebe des Hübeler Knappschäftsvereins, des Thieher, Helmstedter und Hübeler Knappschäftsvereins und vom Haupt-Knappschäftsverein die Betriebe, welche in den Kreisen Heine, Gifhorn und Gardelegen liegen.

III. Wahlbezirk Clausthal. Er umfaßt die Betriebe des Haupt-Knappschäftsvereins in den Kreisen Goslar und Zellfeld und die Betriebe des Unterharzer Knappschäftsvereins.

IV. Wahlbezirk Nordheim. Er umfaßt die Betriebe des Haupt-Knappschäftsvereins in den Kreisen Duderstadt, Göttingen Stadt und Land, Einbeck, Zfeld, Marienburg, Münden, Northem, Osterode und Hilar.

V. Wahlbezirk Kassel. Er umfaßt die Bergreviere Schmalkalden und Kassel, ausschließlich der Betriebe in den Kreisen Göttingen Stadt und Land, Münden, Northem und Hilar.

Die Zahl der zu wählenden Weisiger und Stellvertreter ist auf die einzelnen Wahlbezirke wie folgt verteilt:

Wahlbezirk:	Weisiger	14 Stellvertreter
1.	7	10
2.	5	10
3.	8	8
4.	2	4
5.	8	8

Für jeden Wahlbezirk ist nach der Zahl der festgesetzten Weisiger eine besondere Liste anzufertigen, die doppelt soviel Namen enthalten muß als Weisiger festgesetzt sind.

Es findet die Verhältniswahl Anwendung und Listenwahl statt. Jeder Wähler ist an die eingereichten Listen gebunden, die Wahl einzelner besonderer Personen ist unzulässig. Die Wahl ist geheim mittelst Kuvertwahl.

Spätestens sechs Wochen vor Stattfinden der Wahl hat der Wahlleiter den Knappschäftsältesten die auf sie entfallende Stimmzahl sowie Ort, Tag und Stunde der Wahl mitzuteilen.

Frühestens 14 Tage, aber spätestens 5 Tage vor der Wahl hat der Wahlleiter den Knappschäftsältesten die eingereichten und als gültig befundenen Vorschlagslisten mitzuteilen.

Das sind die wichtigsten Bestimmungen, die sich jeder Bergarbeiter genau einprägen sollte, um anderen Kameraden gegebenenfalls Aufklärung geben zu können.

Knappschäftsälteste, wir werden Euch über das Weitere auf dem Laufenenden halten durch entsprechende Mitteilungen. Ortsverwaltungen, arbeitet schon mit den Knappschäftsältesten Hand in Hand, um die Wahl aller Orten vorzubereiten und ist die unterzeichnete Bezirksleitung zu jeder Auskunft gern bereit. Verband der Bergarbeiter Deutschlands, (Bezirk: Hildesheim), J. A.: Max Gärtner.

**Mikskände auf den Gruben.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

Bege Auguste Victoria (Gülz). Die Folgen des wirtschaftlichen Niederganges kommen hier in Form von Strafen und Lohnkürzungen sowohl für die schwarz-gelben „Billigen“ von 1912, als auch für die ehrlichen und aufrechten Kameraden recht drastisch zum Ausdruck, und es erweckt den Anschein, als wenn die Behördeverwaltung alles aufbiete, um auf diesem Gebiete den Notstand zu schärfen. Dauerlöhne von 3,50—5,00 Mk. gehören nicht zu Seltenheiten. Auch die Schichtführer wurden von der Reduzierung recht sehr mitgenommen. Die Verwaltung legt großen Wert auf die Werkwohnungen, die großzügig angelegt sind, aber sie versteht es auch, die Miete immer mehr in die Höhe zu schrauben, so daß sie aus ihrer Wohnungsverhältnisse politisch ein ganz einträgliches Geschäft macht, sich von Privatleuten kaum noch überbieten läßt. Für 4—5 Zimmer werden 22—30 Mk. vom Lohne abgehalten, und da in letzter Zeit die Wohnungsnachfrage etwas steil war, wurde die Miete um 2—4 Mk. gesteigert, wodurch die „Wohlfahrtsrichtung“ bei den jetzigen armseligen Löhnen um so — wohlwollender empfunden wird. Zieht ein Arbeiter aus der Wohnung aus, so werden ihm nicht selten noch 15—30 Mk. für Wohnungsreparatur abgehalten. Als Folgen der Bedingungsreduzierung, Wirtreibern und Behandlung zeigt sich eine stete Zunahme der Unfälle. Es sollen bis jetzt im Juli allein schon 28 Unfälle vorgekommen sein. Am 26. Juli passierten allein vier Unfälle, davon zwei tödlich. Reviersteiger Knapper wurde im Schacht II buchstäblich in Stücke gerissen, und im Revier XI, Flöz Comenichsch, ist noch heute ein Kumpel tot im Pfeiler, dessen Bergung wohl acht Tage oder noch mehr in Anspruch nehmen dürfte. Man ist der Ansicht, daß die Bege zur Unterbringung der Opfer ein eigenes Krankenhaus in Anspruch nehmen könnte. Der Materialmangel ist geradezu chronisch. Zweimal in der Woche ist für jedes Revier Holztag. Fällt nun der Holztag auf einen Feiertag, dann fällt er gewöhnlich ganz aus und die Kumpels mögen sehen wie sie fertig werden. Wendet man sich an den Steiger, wird man im Revier herumgejagt, da und dort wäre Holz. Kommt man an die bezeichnete Stelle, erfährt man meistens, daß nichts da ist und daß der Steiger auch diese Leute auf die Suche nach Holz geschickt hat. Statt nach dem Rechte zu sehen, werden die Arbeiter aufgejagt und mit allerhand Strafen bedacht. Es ist dann verwunderlich, wenn bei solchen Zuständen die Unzufriedenheit unter den Bergleuten immer mehr steigt? Mühsam und Gering greifen immer mehr um sich. Gar mancher, der 1912 sich von den schwarz-gelben Demagogen und Arbeiterherrern hat täuschen lassen, baßt die Fäuste oder macht seinem Herzen durch lautes Fluchen Luft, denn noch was das Herz voll ist, sprubelt der Mund über. Aber, Kameraden, auf solche Art und Weise wird uns nicht gedient. Wollen wir uns helfen und unsere Lage verbessern, dann können wir es nur auf dem Wege der Organisation. Macht kann nur durch Macht gebrochen werden, und dazu bedarf es der Hilfe eines jeden Arbeiters. Gerade die jetzige Zeit ist dazu angetan und müßte jedem die Augen öffnen. Merkt ihr denn nicht, wohin der Weg geht? Seht ihr nicht, warum man alles aufwendet, um die gelbe Sumpfschlurme zu stärken? Kameraden, laßt den Sader und haltet die Augen offen! Ernste Zeiten stehen bevor und mögen Jedem zu denken geben.

Bege Auguste Victoria. Zu der Berichtigung dieser Bege in Nr. 30 der „Bergarbeiter-Zeitung“ teilt unser Gewährsmann mit, daß er seine Angaben aufrecht erhält. Was ist danach, daß der Fahrhauer aus Revier 13 dem Verbaner G. St. den Auftrag gegeben hat, den Aufseher S. zu wecken und die Arbeiter M., St., E., R., S. haben ihn schlafend gefunden. Diese Arbeiter sind nicht gebürt worden. Wäre ein Arbeiter so gefunden worden, so hätte man jedenfalls andere Saiten aufgejagt. Es ist uns unverständlich, wie die Bege uns unter diesen Umständen mit einer Berichtigung beschlügen kann.

Bege Bergmannsglück (fiskalische Bege). Wiederholt sind uns Klagen von Kameraden über die Verhältnisse auf diesem Schacht zugegangen. Die Herren Beamten halten es mit der Zeit nicht so genau, die Kumpels müssen oft stundenlang warten, bis sie ihre Lohnbücher in Empfang nehmen können; hauptsächlich sind es die Steiger von den Revieren 16 und 18. Auch das Fubeln ist hier zur Gewohnheit geworden, besonders bei den Kameraden, welche zur Wettersohle anfahren müssen. Es kommt vor, daß ein Arbeiter zwei bis drei Lampen für seine Mitarbeiter nimmt, und so können die betreffenden Kameraden vorgehen. Es wäre doch ratsam, daß die Zungen in der Lampenbude nur eine Lampe für eine Person ausstünden, mit Ausnahme derjenigen, welche Reserbelampen erhalten. Es ist festgestellt, daß 100 Kameraden von der Mittagschicht durch das Fubeln ihre Mitarbeiter schädigen. Der Aufsichtsbemte steht am Schacht und sieht es nicht, oder will es nicht sehen, daß Kameraden direkt bis zum Markententnehmer gehen und dort werden ihre Nummern auch angenommen. Wir sind doch der Ansicht, daß jeder Bergmann soviel Einsehen haben muß und sich der Neige anschließt. Das Nachsehen der Nummer bei der Ausfahrt nützt nichts, der Beamte könnte mittags die Reihe der anfahren den Mannschaften nachsehen, damit den Kameraden Einhalt geboten wird, denn jeder Kumpel, Bruder oder Schwager, geht vor den Nachbekennten und gewinnt ein bis zwei Körbe dadurch. Die Wettersohle ist in einem schlechten Zustand, stellenweise steht das Wasser über den Schienen, und man muß balancieren, damit man keine nassen Füße bekommt. Mit etlichen Wagen würde der Mißstand beseitigt. Auch das Strafen steht hier in hoher Blüte, besonders beim Steiger. Sp. dem das Wort „Heiraten“ zur zweiten Natur geworden ist. Wir meinen, allzu scharf macht scharf. Bege Gasenwinkel. Strafe ist auf dieser Bege das Lohnschwundwort. Es wird bestraft wegen willkürlichen Feierns mit 2,250 Mk., ja sogar mit dem ganzen Schichtlohn. Ferner wird gestraft wegen nicht ge-

nügender Leistung, Schlafen in der Grube, wegen Förderns unreiner Kohlen und Mindermaß und was der Kohle noch mehr sind, welche sich der Kumpel zuschulden kommen läßt. Wir wollen nun zugeben, daß auch seitens verschiedener Arbeiter nicht immer ganz einwandfrei gehandelt wird. Bei unreinen Fördererhältnissen stehen aber in vielen Fällen derartige Gebilde, daß es dem Arbeiter bei der größten Anstrengung nicht möglich ist, einen auch nur einigermaßen auskömmlichen Lohn zu verdienen, und es ist deshalb auch nicht möglich, hier die nötige Sorgfalt zu verwenden, die Kohlen rein zu halten. Da wird dann nicht berücksichtigt, ob der Mann oder die ganze Kameradschaft das Bestreben gehabt hat, möglichst reine Kohlen zu liefern, sondern es wird ihnen noch mangelhafte Leistung vorgeworfen und die bekommen sie dann bei ihrem guten Willen am Lohn zu spüren. Noch ungerechter sind die Bestrafungen wegen Mindermaß. Vielfach sind die Abbaufreien in einem derartig schlechten Zustande — Kappen und Hängenhölzer gebrochen —, daß man schon sagt hat, die großen Stimmeschen sollen leer durch die Straße zu bringen. Hat man sich mit einem vollen Wagen durch eine solche Straße gequält, so ist vielleicht, an der Bremse angekommen, eben noch gestrichen voll. Dann geht das Fahren in verhältnismäßig weichen Bergwerken los. Bremsbergwerke und Reparaturdauer müssen oft des Nachts vollziehen, oder sie müssen andere Arbeiter berichten, weil eben die Stimmeschen des Abends wieder zu einer Ueberfracht angefahren sind, um voll zu sehen, damit der Steiger des Morgens einen guten Anfang hat. Das Ueberfrachten-unwesen steht in Blüte. Gibt es doch Kohlenhauer, welche wüßentlich zwei, ja sogar noch mehr Ueberfrachten machen. Bei einer solchen ununterbrochenen Willkür müßte oft sehr notwendige Reparaturarbeiten zurückbleiben und die besafenden Förderwagen kommen dann schon ziemlich befeigelt in der Förderstraße an. Aber man weiß sich zu helfen: Schon in der Grube an den Bremsbergen werden volle Wagen zum Nachfüllen ausgeföhrt. Aber es nützt alles nichts, denn auf dem Transport werden die Kohlen wieder zusammengequält. Und so kommt ein solcher Wagen, trotzdem er vor Ort schon vorfrischmäßig geladen und an der Bremse noch nachgefüllt worden war, demnach ungenügend beladen am Tage an und dann steht es Strafe wegen Mindermaß. Nach dem Gesetz darf man den Einzelnen nicht höher als mit 5 Mark im Monat wegen Förderns unreiner Kohlen oder ungenügend beladener Wagen bestrafen. Ist diese Summe erreicht, wird der Arbeiter nicht mehr wegen unrein oder nicht genügend beladener Wagen bestraft, sondern wegen Nichtbefolgen eines gegebenen Befehls bestraft. So wird das Gesetz umgangen. Und da sage noch einer, daß das Vergesetz nicht in jeder Beziehung zum „Segen“ der Arbeiter feil. Liebigens werfe man einmal einen Wagen um, welcher am Bremsberg nachgefüllt worden war und dann auf der Fahrt zum Schachte so zusammengequält wurde. Man wird Mitleid haben, das übertriebene Quantum wieder in den Wagen zu bekommen. Dieses weiß jeder halbwegs erfahrene Bergmann, nur die Betriebsleitung scheint es nicht zu wissen. Gezügeln, Stiele, werden zu teuren Preisen an die Arbeiter abgegeben. Sogar Schließdraht muß der Arbeiter selbst bezahlen, welches wir bisher noch von keinem anderen Besche gehört haben. In den letzten Monaten sind von der hiesigen Besche eine Anzahl Arbeiter und auch Beamte, circa 30 Mann, als wurmfrauk befunden und ins Elisabeth-Hospital nach Bochum geschickt worden. Einige davon waren bereits schon zweimal dort, und was das für einen Familienverderber bedeutet, wenn er wiederholt aus seiner Tätigkeit herausgerissen wird, mit einem Lohnausfall für eine Woche, läßt sich leicht denken. Verschiedene Gewerkschaften sollen in solchen Fällen ihren Arbeitern den vollen Lohn während der Krankheitsab- behandlung zahlen, aber die Deutsch-Burgener Bergwerks- und Gütten-Vereins-Gesellschaft kann das aufschreiben nicht. Jedenfalls ist sie nicht ganz unschuldig daran, wenn ein Werk derartig stark ver- seucht ist, und sie sollte ihre Schuld auch zum Teil wieder gut zu machen suchen. Denn was für dauernde Folgen ein von der Wurm- krankheit Betroffener durch die Abtreibungskur haben kann, haben wir an dem Fall Brautmann von hier erlebt, welcher nahezu gänzlich erblindet war und wohl nie wieder vollständig hergestellt wird.

**Besche Hugo.** Das Blutmeer steigt! Es vergeht beinahe kein Tag, an welchem der Krankenwagen nicht in Tätigkeit tritt. In 14 Tagen drei Tote, das ist doch erschreckend! Der Belegschaft drängt sich unbedingt das Gefühl auf, daß irgend etwas nicht in Ordnung sein muß. Besonders eigenartig berührt es, daß ein Tagesarbeiter beim Schuttern in den Gruben der Wäsche fallen konnte, ohne daß das Festhalten dieses Arbeiters sofort bemerkt worden wäre. Erst beim Ausladen des Korbes fand man den Unglücklichen als Leiche vor. Wir sind der Ansicht, daß entweder der Turm nicht genügend ab- gesperrt war, oder die Aufsicht gefehlt hat. Wäre das Festhalten des Arbeiters sofort bemerkt worden, so wäre vielleicht ein Menschenleben zu retten gewesen. Wir sind der Ansicht, daß die vielen Unfälle nur als Folgen des Antreibensystems zu betrachten sind. Die Devise auf diesem Punkt lautet: Möglichst niedrige Gebilde und viel Arbeits- leistung, dabei aber Sparen an Arbeitern. Die Steiger wissen nichts anderes, als: „Kerl, Kohlen, Kohlen!“ Betrachtet man aber am Lohn- tage das Lohnbuch, steht der verdiente Lohn in gar keinem Verhältnis zu der enormen Arbeitsleistung. Der Belegschaft hat sich eine Reibargie bemächtigt, die stumpf gegen alles ist. Die Arbeiter verfahren Schichten auf Schichten, ohne sich der Tragweite ihres Tuns bewußt zu sein.

**Besche König Ludwig.** Hier häufen sich die Unglücksfälle, viele Beamte aber stehen auf dem Standpunkt, die Arbeiter seien daran selbst schuld. Das soll man wirklich kaum für möglich halten. Die Zimmerhauer sind teilweise allein beschäftigt, jedenfalls aus Sparan- leitungsgründen. Daburh soll eine höhere Leistung erzielt werden, einige Beamte sagen, wenn zwei Mann zusammen sind, wird zweifach erzielt. Daß aber dadurch die Gefahr erhöht wird, scheint man nicht zu be- denken. Die Antreiberei ist sehr groß, immer heißt es: Kohlen, Kohlen, Kohlen! Die Arbeiter werden bald hierhin, bald dort hin verlegt, da- mit sie untereinander nicht bekannt werden und Reibung unter den Kameradschaften bleibt. Selbstverständlich geschieht das nur, um die Leistung zu erhöhen. Der Steiger S. (Revier 7) dürfte den Arbeitern etwas höflicher begegnen. Die Strecken vom Stapel zum Betrieb dürften besser trocken gehalten, auch könnte mehr für Holz gesorgt werden.

**Besche Ludwig (Bergershausen).** Nicht wundern braucht man sich, wenn hier Wurmkranke vorhanden sind, schon daß z. B. im Revier III die Abortkübel manchmal 14 Tage voll, ehe sie gewechselt werden; daß da die Strecken berunreinigt werden, läßt sich denken. Wird der Steiger auf diesen Zustand aufmerksam gemacht, sagt er: „Hier kommen Überflutungen keine hin.“ Die Arbeiter haben sich schon selbst die Abortkübel über Tage aufgetragen, weil ihnen dieser Zustand zu unhaltbar wurde. Oft herrscht im Revier III auch Holzangel; Lang- holz soll während der Förderung in den Bremsbergen nur dann trans- portiert werden, wenn es der Steiger befiehlt, nicht, wenn es die Arbeiter brauchen. Die Lampen sind oft auch schlecht in Ordnung, aber die Arbeiter beschweren sich nicht, weil sie sonst auch noch Strafe befürchten müssen. Obendrein werden für die Lampen auch noch hohe Abzüge gemacht.

**Hannover, Braunschweig, Hessen-Lippe.**

**Garkler Braunkohlenwerke.** Auf diesem Werke sind die Abbaum- arbeiten einer Privatfirma übertragen, welche durchweg in der Mehr- heit ausländische Arbeiter beschäftigt. Wie uns mitgeteilt wird, ist dies die Firma Döhrring & Lehmann. Man muß diese Arbeiter, vor allem aber ihre Wohnungen, gesehen haben, um sich ein Bild hier- von machen zu können; sie ausföhrlieh zu beschreiben, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn man diesen Arbeitern bei ihrer Beschäftigung zuhört, glaubt man sich in eine Taubstummenanstalt versetzt; alle Arbeiten werden mit Winken oder anderen Gesten angegebeu und von den Arbeitern mit unverständlichen Lauten beantwortet, oder sie stehen wie ein hilfloses Kind und schauen ihren Vorgesetzten an, bis dieser zu Huden anfängt und Miene zum Schlagen macht; dieser Weinen sie schon zu verstehen. Nicht wie Menschen arbeiten diese Leute, sondern wie automatische Geschöpfe. Man kann den Ausdruck eines vorbeigehenden Mannes verstehen, der da meint, hier wolle er nicht tot, viel weniger lebendig dazuwischen sein. Wer aber erst das ganze Elend dieser Menschen sehen will, muß in die Baracken hinein- gehen. Schreiber dieses hat es unternommen, in diese hineinzu- gehen und die „Wohnungen“ dieser Menschen anzusehen; es ist ihm dabei die Luft vergangen, sie ein zweites Mal zu sehen. Wohnungen kann man diese unter keinen Umständen nennen. Ein Bauer, der nur einigermaßen auf sein Vieh achtet, würde diese hier nicht so hinstellen. Wir betreten den ersten Raum; vor der Tür ist der

Rubrikhalt des Raumes angegeben, es sind dies 18,1 Kubikmeter; hier schlafen 30 Mann! Wenn Doffnen der Tür tritt uns eine über- riechende, stinkende Luft entgegen, so daß wir einige Zeit stehen bleiben müssen, um uns an die Luft etwas zu gewöhnen. Nicht wie Menschen haufen hier diese Leute. Ueberall stehen zwei Betten übereinander. Die Menschen stieren uns teilnahmslos an, auf unsere Fragen ant- worten sie nicht, weil sie uns nicht verstehen, oder weil sie schon zu abgestumpft sind. Die Fensteröffnungen sind mit Papier verklebt, der Wind kann durch alle Fugen. Schränke sind nicht vorhanden, die Lebensmittel stehen und liegen auf den Duerbänken über den Betten, den Matten, Mäusen sowie anderen Ungeleser zugänglich, und dann diese drückende Luft, noch dazu am Tage, wo die meisten Arbeiter abwesend sind! Und so geht es von einem Raum in den anderen, in keinem ist es besser. Wie uns mitgeteilt wurde, hat man in letzter Zeit einen Mann zum Meinen angefeilt. Früher hat man in einem halben Jahre die Räume nicht gereinigt, so daß dieser Mann bei seinem Antritt den Dreck mit der Karre hat herausfahren müssen. Wir wollen nicht alle Einzelheiten schildern, glauben, daß dies schon genügt, um zu zeigen, wie unvollständig die Arbeiter behandelt werden. Die Firma Döhrring & Lehmann zahlte im letzten Jahre 10 Prozent Dividende. Wenn die Herren Aktionäre ihren großen Gewinn in diesen Baracken vergehren müßten, würde es bald anders.

**Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.**

**Kastwerk Herzog Wilhelm Ernst.** Von hier kommen immer mehr Beschwerden. Mit der elektrischen Anlage ist es so schlecht bestellt, daß jeder mit der größten Vorsicht von und zur Arbeit gehen muß. Am 21. Juli geriet ein völlig durchdränkter Kessel in Brand und konnten die Leute nicht an ihre Arbeit gehen, da sie sonst erstickten. Wenn sich die Leute beschweren, sagt Steiger Rogge: „Sollen die Kessel getrocknet werden, müssen sie zutage gebracht werden“ und dieses bedeutet jedoch, als wir legen Feierschichten ein. Es ist schon vorgekommen, daß 10-15 Mann nicht anfuhrten, weshalb am anderen Tage eine Feierschicht für die ganze Belegschaft eingelegt wurde. Es ist auch vorgekommen, daß jemand unmittelbar mit dem Kessel in Verberührung kam und einen Schlag erlitt, daß er sofort auf den Boden geworfen wurde. Wenn nun Verletzungen vorkommen, so können die Leute nicht einmal verbunden werden, da überhaupt kein Verband- zeug in der Grube vorhanden ist. Ebenfalls fehlt es an Geräten zum Transport schwer Verunglückter. Da die Sicherheit in der Grube so wie so schon viel zu wünschen übrig läßt, wäre es doch ratsam, wenn ordentlich beraubt würde, nicht, wie sich Steiger Aldermann ausdrückt, als einem Mann zwei Finger abgeschlagen wurden, ob das auch wohl reich wäre? Die Hauer werden ebenfalls schwer zu leiden unter dem Antreibersystem. Gebirge wird nicht eher gemacht, bis vor der be- treffenden Arbeit die ganze Monatsleistung vorliegt. Der Verdienst ist auch nicht besonders; der Hauerlohn steht auf 4,50-4,72 Mk. Die Werkwohnungen sind nach Wunsch des Herrn Reichstanzlers eingerichtet. Es ist etwas Gartenland dabei, damit die Arbeiter nach der Schicht nicht in Verberührung kommen, über ihre traurige Lage nach- zudenken. Wenn ein gewisses Quantum Salz bis 1 Uhr noch nicht heraus ist, wird einfach eine Stunde länger gearbeitet. Heraus- fahren darf niemand, auch wenn bringende Fälle vorliegen. Aus- gerechnet wird die Stunde mit einem Gehalt; danach werden die Ueber- stunden noch schlechter bezahlt wie die laufende Schicht, da zehn Stunden für eine Schicht verrechnet werden. Am elektrischen Haspel besteht die Bremsvorrichtung aus Hartholz, wo doch sonst bei diesen Anlagen Weichholz Verwendung findet. Da ist es natürlich nicht möglich, eine Last zu halten, und es ist nicht zu verwundern, daß die Lastwagen wieder in die Tiefe saufen. Daß noch kein schweres Unglück passiert ist, muß man wirklich dem Zufall zuschreiben. Daß solche Sachen immer wieder vorkommen, ist nur schuld, daß keine Organisation vor- handen ist.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**Carmerschacht.** Trübe Aussichten offenbarten sich bei der letzten Lohnzahlung für manchen Hauer im Revier des Steigers Waliczek. Wurden doch Löhne ausgezahlt von 2,78-3,50 Mk. Auch ein anderer Steiger, der während der jetzigen Ferien Vertretungen ausübte, versucht alle Mittel, um die Arbeiter zu keinem halbwegs anständigen Lohn kommen zu lassen. Bei der Abnahme haben die Arbeiter das Nach- brechen von Stroffe mit an, aber es wurde ihnen gesagt, daß für diese Arbeit die Grube nichts zahle. Nur Tage nach der Lohnzahlung gingen die Hauer haufenweise nach Worschuh. Damit ist schließlich dem Arbeiter im Moment geholfen, aber im nächsten Monat kehren die alten Schmerzen in verberärtem Maße wieder. Wie lange wollen die Bergarbeiter diese Zustände dulden? Ueber den Fahrsteiger Rüdner und Steiger Jakob E. führen die Arbeiter bitter Klage. Diese sollten sich den Arbeitern gegenüber Ausbünde erlauben, wie: „Bande“, „Lumpen“, „Schweinehund“ usw. Wir vermögen das fast nicht zu glauben, aber die Arbeiter versichern es so bestimmt, daß fast jeder Zweifel ausgeschlossen erscheint. Mag doch die höhere Verwaltung dafür sorgen, daß sich die Herren in ihren Ausbünden mäßigen. Das erhöht keinesfalls das gegenseitige Vertrauen.

**Saargebiet und Reichslande.**

**Grube St. Ingbert.** Am Samstag, den 18. Juli, wurde hier das Bergfest gefeiert. An diesem Feste nimmt die ganze Belegschaft unter und über Tage teil. Auf dem Festplatze wird an jeden Bergmann Essen und Trinken verabreicht. Es erhält jeder Reisstuppe soviel er essen mag, ein Pfund Rindfleisch, ein Pfund Schweinefleisch, Wons für 16 Glas Bier und Wons für 6 Zigaretten. Auf diesem Feste wird auch von einem Verwaltungsbeamten eine Rede gehalten. Diese Auf- gabe ist dem Herrn Bergart Feuchter zugewallen. In seiner Rede ist er auch auf die Entwidlung der Grube, Förderung und Löhne zu sprechen gekommen. Er betonte, daß auch die Krise an der St. In- gberter Grube nicht spurlos vorbeigegangen sei. Trotzdem sei es ihm bis jetzt noch gelungen, die Löhne auf der Höhe zu halten. Die Berg- leute sollten aber nicht murren, sollten zufrieden sein, wenn jetzt das Gebirge, die Löhne reduziert würden. Sie sollten nach dem Auf- weider, nach dem nahe gelegenen Krämerscher Eisenwerk und den Nachbargruben des Saarreviers schauen, wo doch die Löhne im ersten halben Jahre gesunken und sogar Feierschichten eingelegt worden seien. Ihre Kameraden hätten schon Schanden gelitten, wovon sie bis jetzt noch verschont geblieben wären. Auch betonte er, es wäre verkehrt von dem Unternehmerium, nicht mit den Arbeitern zu verhandeln, denn jetzt wäre eine Zeit, wo das Unternehmerium, die Verwaltungen und die Arbeiter Hand in Hand arbeiten müßten, wenn es auch manchmal nicht nach Wunsch der Arbeiter ginge. Also nicht murren, schön zufrieden sein, mit der Verwaltung Hand in Hand gehen, das sind die Aufgaben der Arbeiter, wenn es auch nicht nach ihrem Wunsch geht. Wegen das Zusammenarbeiten haben die Vergleute nichts ein- zuwenden, wenn es nicht zu ihrem Schaden ist. Die Vergleute be- langen nur anständige Löhne, Schutz vor Unglücksfällen und eine bessere humanere Behandlung seitens einiger Beamten. Es muß befestigt werden, daß ältere Vergleute wie Schulungen behandelt werden, wie es bei dem Steiger Baumann öfters vorkommt. Wird diesem Wunsch Rechnung getragen, dann steht dem Zusammenarbeiten zwischen Arbeiter und Verwaltung nichts mehr im Wege.

**Gewerkschaft Jakobus bei Roncourt.** Die Verwaltungen des Herrn Thissen haben 1913 auf den Schächten dieser Gewerkschaft die Preise für Sprengstoffe ganz willkürlich erhöht und dadurch die Kameraden erheblich überfordert. Durch den energischen Protest unserer Organisation ist die Verwaltung gezwungen worden, die über den Selbstkostenpreis erhobenen Beträge an die Arbeiter zurückzugeben, und zwar beträgt diese Summe über 80 000 Mk. Alle Kameraden, welche im Jahre 1913 und bis zum 31. März 1914 auf einem Schacht obiger Gesellschaft gearbeitet, Sprengstoffe bezogen und dadurch ein Anrecht auf einen Teil dieser Summe haben, wollen sofort ihre För- derung auf Jakobus geltend machen, damit bei der Verberrechnung ihr Anteil festgesetzt werden kann. Wer sich nicht meldet, erhält selbst- verständlich nichts und wird sein Anteil der Unterstützungsliste über- wiesen. An diesem Beispiel können die Kameraden wiederum den Nutzen der Organisation sehen, denn ohne den Verband wären die 80 000 Mark der Kameradschaft verloren gewesen. Und wie mancher andere und weitere Erfolg könnte noch erzielt werden, wenn die Kam- eraden nur wollten. Erfolgreiche Kameraden erhielten 80-90 Mark zurück- gezahlt, mehr als je vielleicht jemals für die Organisation ausgegeben haben.

**Aus dem Kreise der Kameraden.**

**Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

**Skandal in den Zechentolonien.**

Die Zechentolonien werden von der staatsverhaltenden Presse als Wohlfahrtsrichtungen für die Arbeiter gepriesen. In Wirklichkeit sollen sie dazu dienen, die Arbeiter in ein noch größeres Abhängigkeits- verhältnis zu bringen zum Wohle der Grubenkapitalisten. Das be- weist folgendes Dokument:

„An die Rheinischen Stahlwerke, Abteilung Besche Zentrum zu Wattenfeld.“  
Die mir offerierte Wohnung... Straße... Nr... bestehend aus... Zimmer, Stall und Keller (usw.), miete ich hiermit zu einem Mietzins von... Mark pro Monat, vom... beginnend, auf un- bestimmte Zeit, und verpflichte mich, den Mietzins monatlich zu zahlen.  
Ferner verpflichte ich mich, die mir bekannten und in einem Exemplar behändigten Mietbestimmungen und Hausordnung für die Wohnungen der Gesellschaft (Besche Zentrum) genau zu beachten und zu befolgen.  
Auch erkläre ich mich damit einverstanden, daß der Mietzins und Vorlagen von meinem Guthaben bei der Gesellschaft (Besche Zen- trum) einbehalten werden können.  
Die Bedingung, diese Wohnung mit dem Tage zu räumen, an welchem ich aus der Arbeit oder dem Dienst der Gesellschaft (Besche Zentrum) ausscheide, akzeptiere ich ebenfalls, behalte mir aber für andere Fälle eine 14tägige Kündigungsfrist vor, welche ebenso der Zechenverwaltung zu jeder Zeit mir gegenüber zustehen soll. Ferner verpflichte ich mich, weder eine sozialdemokratische Zeitung zu halten, noch in meiner Wohnung zu dulden.  
Wattenfeld, den... 1914.“

Mit dem Einzug in die Zechentolonie müssen sich die Arbeiter damit ihres Persönlichkeitsrechts und ihrer bürgerlichen Freiheit begeben. Sie müssen sich verpflichten, keine sozialdemokratische Zeitung zu halten, noch in der Wohnung zu dulden, d. h. wenn ein anderer eine sozialdemokratische Zeitung hält, müssen sie ihn damit hinaus- werfen. Die Koloniebewohner müssen sich also nicht nur selbst ihres Persönlichkeitsrechts und ihrer bürgerlichen Freiheit begeben, sondern sich auch verpflichten, die anderen eventuell zu verewaltigen. Dafür haben sie die angenehme Aussicht, sobald sie aus der Arbeit geworfen werden, auch aus der Wohnung zu fliegen. Direktor der Besche Zentrum ist der nationalliberale Abgeordnete Althoff.

**Steiger van Dyt noch nicht gefunden.**

Wir berichteten schon in voriger Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ daß der Reviersteiger Johann van Dyt auf Besche Helene in Alteneisen, am Mittwoch, den 15. Juli, nach verfahrenen Schicht vom Fahrsteiger Stein wegen nicht genügender Leistung abgerufen, außerdem zur Strafe wieder in die Grube gelangt wurde. Zuletzt wurde er um 9 Uhr abends von Arbeitern gesehen, seitdem ist er spurlos verschwunden. Alles Suchen, auch mit Hülfsgehunden, war vergeblich. In dem Bericht der Essener Polizei wird nun gesagt: „Nachdem der ganze Betrieb von Besche Helene auf das genaueste unter Hülfsnahme von Hundten abgeprüft war, ohne daß auch nur das geringste gefunden wurde, war es klar, daß der Steiger nicht im Betriebe zu Tode gekommen sein kann.“ Das ist eine gewagte Schluss- folgerung, aber kein Beweis, daß der Steiger nicht mehr in der Grube ist. Denn die alten, verlassenen Bane konnte man und hat man nicht alle befahren. Weiter heißt es in dem Bericht: „Heute morgen wurden nun von einem Beamten der Besche an der Schladenhöhe vier Teile einer Grubenhohe gefunden, die absichtlich zerrissen war; die einzelnen Teile waren an verschiedenen Stellen verberstet. Bei den darauf von der Kriminalpolizei mit drei Hundten angestellten Nachforschungen wurden drei Teile von Grubenstiefeln gefunden, die ebenfalls an verschiedenen Stellen verberstet waren. Die Stiefel, die mit einem scharfen Messer geschnitten waren, sind als Eigentum des van Dyt anerkannt. Demnach erscheint ein Unglücksfall aus- geschlossen.“

Also, weil man auf der Schladenhöhe ein paar zerrissene Gruben- hosen und ein paar alte Vergunnsstiefel gefunden hat, von denen man glaubt, daß sie dem Steiger van Dyt gehören, schlägt man, er habe keinen Unfall erlitten und sei nicht mehr in der Grube. Auch das ist eine gewagte Annahme, aus der folgt, daß der Steiger nach 16tägiger Arbeitszeit, die den Menschen mißde macht, noch 500 Meter die fast senkrecht stehenden Leitern im Schacht benutzt, trotzdem direkt daneben der ihm jederzeit zur Verfügung stehende Förderkorb, von Maschinentrakt bewegt, den Weg zurücklegt. Am Tage wird der Steiger, trotzdem am Schachte Personal ist, trotzdem auf der Besche Leute arbeiten, nicht gesehen. Er geht in Hofe, Gemb und Stiefeln — die Jade hat man in der Erde gefunden — nicht etwa zur Waf- tau oder in seine Wohnung, — sondern auf die Zechenhöhe, zieht seine Hosen aus, zerreißt sie in vier Stücke, verberstet sie an ver- schiedenen Stellen, zerschneidet dann seine Stiefeln und dann, dann muß er nackt und bloß, ohne Geld und Kleidung, in finsterner Nacht ein Mittel entdeckt haben, um spurlos zu verschwinden. Dieses alles folgert die Essener Polizei aus den zerrissenen Arbeitshosen und den zerschneiteten Bergmannstiefeln.

Sie berücksichtigt nicht das gute Familienleben, welches der Steiger führte. Der Fund genügt, um zu sagen: „Es ist mit Sicherheit an- zunehmen, daß der Steiger aus irgend einem Grunde seine Familie verlassen hat.“ Durch die Behauptung, das Verschwinden des Steigers van Dyt sei aufgeklärt, die von den meisten bürgerlichen Mägtern ohne jeglichen Kommentar gebracht wird, wird die Öffentlichkeit irre- geführt und der Zechenverwaltung alle Schuld abgenommen.

Für die Witwe mit ihren sechs Kindern, zu denen bald das siebente kommt, beginnt jetzt der Kampf um die Rente. Und es muß der Essener Polizei und der Zechenverwaltung von Helene als ganz besondere Folge ihrer Klüßchen über das Verschwinden des Steigers dies angemeldet werden, daß es der Frau jetzt viel schwerer wird, die Rente zu erlangen.

**Kohlenforschungsinstitut in Mülheim (Ruhr).**

Nach der „Frankfurter Ztg.“ wurde das Kaiser-Wilhelm- Institut für Kohlenforschung in Mülheim (Ruhr) am 27. Juli seiner Bestimmung übergeben. Das Arbeitsziel des Instituts ist die Verberedelung der Kohle. Es handelt sich also bei der Forschungsarbeit nicht um die Frage der Entdeckung der Kohle, sondern um ihre Verberwendung. Man will durch Laborationsversuche untersuchen, was zu gefahren hat, um ihren inneren Wert zu erhöhen, wie Professor Emil Fischer, der Direktor des chemischen Instituts der Universität Berlin, bei der Gründungsitzung sagte. Bekanntlich werden heute viele chemische Produkte aus dem Steinkohlenteer gewonnen. Dabei gehen aber manche Substanzen verloren. Nun soll durch neue Methoden verberucht werden, die einzelnen chemischen Verbindungen zu isolieren, um auf diese Weise einen Weg zu finden, aus der Steinkohle selbst die gerade notwendigen Substanzen zu gewinnen. Es würde dann z. B. vielleicht möglich sein, das jetzt aus dem Steinkohlenteer gewonnene Benzol in größeren Mengen der Kohle selbst zu entlocken. Ebenso denkt man weiter daran, den zu Düngungsmitteln so wertvollen Stickstoff mit weniger Verlust der Kohle zu entziehen. Heute gehen bei der Gewinnung des Stickstoffes in Form von Am- moniak aus dem Steinkohlenteer dreiviertel des in der Kohle ent- haltenen Stickstoffes verloren. Außer diesen chemischen Problemen sollen auch Fragen gelöst werden, wie das Gebiet der Elektrotechnik berühren. So z. B. die Frage der Umwandlung der chemischen Energie der Kohle direkt in elektrische Energie. Bei dem jetzigen Umwege über Dampffessel, Dampf- und Dynamomaschine ist ein Verlust von etwa dreiviertel der chemischen Energie der Kohle zu verberzeichnen. Die Forschungen werden sich aber nicht auf die Steinkohle beschränken, sondern auch auf andere fossile Brennstoffe erstrecken.

Das Institut steht unter der Leitung seines Direktors Professor Dr. Franz Fischer. Vorsitzender des Kuratoriums ist Regierungsrat Dr. Kruse; vertreten sind darin die Kaiser-Wilhelm- Gesellschaft, die Stadt und ein Ausschuß von Industriellen, u. a. Kir- chhoff, Thissen und Stinnes. Außerdem steht dem Institut ein wissen- schaftlicher Beirat zur Seite.

Der Hofbau hat 400 000 Mark gekostet. So ließen die innere Ausattung und Ausrüstung des Instituts noch 300 000 Mark von der durch die Stadt aus der Leonhard-Stiftung bewilligten Summe von

700 000 Mark. Für die Unterhaltung des Instituts, deren Kosten auf rund 150 000 Mark jährlich veranschlagt sind, haben sich eine Reihe reichlichvermögender Industriemagnaten verpflichtet.

**Frang Behrens mit Verteuerung von Obst und Gemüse.**

Der Rheinische Provinzialverband des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands hat am 20. Juli in Köln seine Sommerversammlung abgehalten und hat dabei zu den neuen Handelsverträgen Stellung genommen. Wie nicht weiter verwunderlich ist, haben die dort vertretenen Gärtnerverbände für erhöhte Preise auf Gemüse, Obst und die anderen Gemüseprodukte Propaganda gemacht. Darüber hinaus ist auch das Verlangen nach einem Doppeltarif gestellt worden. Das heißt, im Reichstage sollen nicht nur die Preise erhöht werden, nein, die Regierung soll von der agrarisch-kreislaufwirtschaftlichen Mehrheit gefordert werden, unter das, was agrarische Profitsucht festgesetzt hat, in den Verhandlungen mit dem Ausland usw. auf keinen Fall herabzugehen.

Wir nehmen diesen Herren ein solches Mißtrauen weiter nicht ab. Wenn für das Portemonnaie ein lingenber Vorteil herauszufinden ist, hebt eben jede Rücksicht auf das Gemeinwohl und die Volksgesundheit auf. Mit solchen Leuten rechnet man nicht. Anders, wenn ein Mann sich mit der Gemüse- und Obstverteuerung einverstanden erklärt, der stolz darauf ist, daß er auf Kongressen von Arbeitern deren Vertreter und Vorsitzenden sein darf. Ueber einen solchen Mann kann überhaupt kein Wort der Empörung gesagt werden. Hat denn der „Arbeiterführer“ Behrens noch niemals in diesen heißen Sommertagen gesehen, mit welchem Meiß die Proletarierkinder auf der Straße den Reuten nachsehen, die eine Rute mit Obst im Arm haben? Der unerschrockene Jubel, der entsteht, wenn man unter einer Horde kleiner Straßensungen ein paar Ähren Stachelbeeren oder Kirchen verteilt, zeigt doch jedem denkenden Menschen, wie selten unsere armen Großstadtkinder zu solchen kleinen Genüssen kommen.

Von einer schlechten Marktlage für die Gemüse- und Obstgärtner kann bei den heutigen Zuständen keine Rede sein. Die Großstädte entwickeln sich so rasch, daß für Ware von einigermaßen guter Beschaffenheit und erträglichen Preis ein Markt von geradezu unbegrenzter Aufnahmefähigkeit besteht. Und wie kein anderer Stand sind die Gärtner wegen der begrenzten Transportfähigkeit ihrer Produkte gegen die Konkurrenz von außen geschützt. Wenn man aus Gegenden, die viel Obst produzieren oder sich solches leicht beschaffen können, wie etwa München oder Freiburg, in einem Tag ins rheinische Industriegebiet kommt, kann man a. Preisunterschiede von 100 bis 150 Prozent leicht feststellen. Der Zug zur Verteuerung des Obstes und des Gemüses ist bei der Zusammenballung der Großstädte mit ihrer konzentrierten Nachfrage heute schon ungemein schwierig aufzuhalten. Die bewußt und künstlich herbeigeführte Verteuerung durch Hörsperren gegen die Obst und Gemüse liefernden Länder wie Holland, Italien usw. ist deshalb geradezu ein Verbrechen an der Gesundheit der großstädtischen Arbeiterbevölkerung. Sie liegt aber auch nicht im Interesse der Gärtnergehilfen, die sich selbständig machen wollen. Denn sie brauchen vor allem dazu Land, das leider durch die Hauptpekulationen in der Nähe der Städte schon hoch genug im Preise getrieben ist. Jede augenblickliche Preissteigerung durch Verteuerung des Gemüses bringt aber neue Preissteigerungen des Gartenlandes oder der Pacht dafür mit sich. Jede Verteuerung, die heute eingeführt wird, ist morgen eine schwere Last für die, welche als Gärtner anfangen wollen.

Die Zustimmung des Reichstagesabgeordneten Behrens zu den Forderungen der Gärtnerverbände ist ein Verrat an den Arbeiterinteressen: Was man Herrn Behrens auffassen als zweiten Vorsitzenden des Gesamtverbandes der „christlichen“ Gewerkschaften, also als Vertreter konsumierender großstädtischer Arbeiter, oder als ersten Vorsitzenden der „christlichen“ Gärtnergehilfen. In jeder Hinsicht schädigt er die Leute, die ihn zu ihrem Vertreter gemacht haben.

Was sagt eigentlich Herr Stegmann zu dem Auftreten seines Freundes Behrens? War nicht Behrens Vorsitzender auf dem Dritten deutschen Arbeiterkongress im November 1913, als nach dem Verrat von Stegmann u. a. folgendes beschlossen wurde:

„Bei der bevorstehenden Neuauflage unserer Handelspolitik sind Erleichterungen zu schaffen: Eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle und eine Ausdehnung derselben auf bisher zollfreie Artikel, soweit sie als Nahrungsbedarf in Frage kommen, ist abzulehnen.“

Weshalb schlägt Herr Behrens den unter seinem eigenen Vorbehalt gefassten Beschlüssen so offensichtlich ins Gesicht? Hält er die Arbeiter für so dumm, daß er bald so, bald anders reden kann?

**Stegmann gegen Lange.**

Am 24. Juli wurde vom Schöffengericht in Langendree der „christliche“ Vertrauensmann Lange wegen Verleumdung des Reichstagesabgeordneten Stegmann zu 20 Mark Geldstrafe evtl. 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Sachverhalt ist folgender: Am 14. März hatte Lange in einer Wirtschaft zu Langendree mit Verbandskameraden eine Debatte über knappschaftliche Angelegenheiten, wobei Lange das Verhalten der Verbandskameraden bei der jüngsten Knappschaftsreform kritisierte und zum Beweise für ihre angeblich gefahrengefährliche Haltung auf den Kameraden Stegmann hinwies und erklärte, was dieser z. B. für eine Waise, könnte man daraus ersehen, daß z. B. kürzlich bei dem Betriebsführer Lapp von der Sache Mansfeld um Arbeit angefragt und hierbei gesagt hätte, wenn ihn der Betriebsführer annähme, würde er (Stegmann) in Zukunft ebenso und noch mehr für den national-liberalen Volksverein arbeiten als wie bisher für den Bergarbeiterverband und die Sozialdemokratie. Dem Kameraden Stegmann wurde also Gefinnungslumperei und Verrat seiner Gefinnungsgenossen um materieller Vorteile willen unterstellt. Die Kameraden setzten selbstverständlich z. hieron in Kenntnis und dieser strengte gegen Lange Klage an. In der Verhandlung vor dem Schiedsrichter am 27. April

konnte sich z. zur Zurücknahme der Verleumdung nicht entschließen, da ihm die Sache von einer angeblich glaubwürdigen Person, dem Gemeindevorsteher und Leiter am hiesigen Schöffengericht, Jakob Dippel, ebenfalls Mitglied des „christlichen“ Gewerkschafts, erzählt worden sei. Auf Anraten des Schiedsrichters gab S. Lange 8 Tage Wehenszeit. Lange ließ jedoch die Sache freien Lauf. Am 30. Juni fand die erste Verhandlung vor dem Schöffengericht statt. Sie wurde jedoch auf den 24. Juli vertagt, und sollten hierzu die Herren Dippel und Betriebsführer Lapp als Zeugen geladen werden. In der Verhandlung am 24. Juli erklärte der Angeklagte Lange auf einmal, daß eine Namensverwechslung vorliege. Wöglich, aber Herr Lange hat u. S. sehr viel Zeit gebraucht, um zu dieser Erkenntnis zu kommen. Das hätte sich doch viel eher feststellen lassen. Uns erschießt diese Verleumdung für so ungläublich, daß wir es für notwendig und richtig gehalten hätten, wenn der Kläger oder sein Vertreter die Frage an z. gerichtet hätte, wer denn eigentlich den Namen Lange, die Person verwechselte hat und wer denn wirklich gemeint ist. Leider wurde die Stellung der Frage unterlassen. Herr Dippel erklärte als Zeuge, daß ihm die Angelegenheit von einem Bekannten mitgeteilt worden wäre. Auf die Frage, wer ihm dies mitgeteilt, erwiderte z., den Namen des betreffenden Herrn nicht nennen zu können, da er von diesem hierzu keine Erlaubnis habe. Muß man denn hierzu erst Erlaubnis haben, Herr Dippel? Warum denn die ganze Mißhandlung? Herr Dippel hat sich durch die Weitergabe an Lange an der Verbreitung der unwahren Behauptungen beteiligt. Ehe man ein solches Verbrechen weitergibt, muß man doch vorher feststellen, ob es auf Wahrheit beruht. Betriebsführer Lapp erklärte, daß ihm von der ganzen Sache nichts bekannt sei. Ein dritter, ebenfalls für den Angeklagten erschienener Zeuge, konnte ebenfalls nichts zu seinen Gunsten ausbringen. Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht das eingangs erwähnte Urteil. Auch wurde dem Kläger die Publikationsbefugnis in der „Langendreeer Zeitung“ zugesprochen.

**Zur Steuer der Wahrheit.**

Uns wird geschrieben: Wann es ist bekanntlich eine Hochburg der Nationalpolen, sie haben hier über 30 Vereine aller Art, hunderte nationalpolnischer Agitatoren laufen herum und suchen jeden Polen für die politische, gewerkschaftliche und kirchliche Organisation der Nationalpolen zu gewinnen. Wenn diese Agitatoren in der Wohnung eines Polen eine deutsche Zeitung finden, drängen sie mit allen Mitteln auf Abbestellung derselben. Noch schlimmer ist es, wenn sie einen Polen antreffen, der einer anderen Organisation angehört. Dem wird mit terroristischen Mitteln aller Art, mit Drohungen usw. so lange zugeführt, bis er reuevoll ins nationalpolnische Lager zurückkehrt. In einem uns bekannt gewordenen Fall hat man es sogar mit Schlägen versucht.

Nun haben sich trotzdem auch noch in jüngster Zeit eine Anzahl polnischer Kameraden unserem Verbandsangehörigen angeschlossen. Darüber ist man in nationalpolnischen Lager ziemlich aus dem Häuschen geraten. Ein polnischer Kamerad zum Beispiel, der sich vor einigen Wochen unserem Verbandsangehörigen anschloß, wurde fast täglich von einem nationalpolnischen Agitator aufgesucht. Als aber alle Ueberredungskünste und alle anderen Mittel versagten, erklärte er unseiner polnischen Kameraden:

„Der Sozialangestellte des Bergarbeiterverbandes, Kicinski, hat für deinen Hebertritt zum Bergarbeiterverband 30 Mark erhalten. So wird in Bergarbeiterverband mit dem Gelde herumgeworfen. Die Polen haben nichts zu sagen.“

Das wurde unserem polnischen Kameraden nun doch zu hant und er setzte unseren Kameraden Kicinski in Kenntnis. Als Kamerad Kicinski den nationalpolnischen Agitator dann zur Rede stellte, riefste diesem das Herz in die Hosen und er erklärte:

„Der Schriftführer der Polnischen Berufsvereinigung aus Waune hat mich zu dem zum Bergarbeiterverband übergetretenen polnischen Kameraden geschickt und mir dabei gesagt: Kicinski hat mir selbst mitgeteilt, er habe für den Hebertritt dieses polnischen Kameraden zum Bergarbeiterverband 30 Mark erhalten.“

Selbstverständlich ist an diesen ganzen Behauptungen kein wahres Wort. Es ist auch allgemein bekannt, daß alle Mitglieder unseres Verbandes gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben, daß keine Ausnahmen gemacht werden und nach den Verbandsstatuten auch nicht gemacht werden können. Aber es ist nichts so dumm, es findet bekanntlich sein Publikum. Darum diene Vorstehendes zur Steuer der Wahrheit und zur Kennzeichnung der nationalpolnischen Agitationsmethoden.

**Lohnbewegungen und Streiks.**

**Zur Lohnbewegung im Wurmrevier.**

Bürgerliche Blätter bringen einen Bericht über die Verhandlungen der Arbeiterausschüsse mit der Direktion des Eschweiler Bergwerksvereins. Darin wird gesagt, die Verwaltung habe erklärt, „ein Mindestlohn von 5,70 Mk. könne nicht garantiert werden. Weitere Lohnaufzünge würden nicht erfolgen. Die Lohnrückgänge, die im Juni und Juli erfolgt seien, wären auf Minderleistung der Arbeiter zurückzuführen. Wenn die Leistung der Arbeiter sich steigerte, dann würden auch die Löhne der Arbeiter den im Mai gegangenen Löhnen gleich und evtl. noch höher kommen. Bezüglich der sonstigen Forderungen hätte die Verwaltung das größte Entgegenkommen gezeigt.“

Wäre die Sache nicht eine so ernste, so müßte man über diese Entstellung der Tatsachen wirklich lachen. Das einzig Richtige in dem Bericht ist, daß die Verwaltung den Minimallohn für undszutabel erachtet. Die Grubenverwaltung will sich nicht beschränken lassen, die Löhne nach Belieben zu reduzieren, ein Mitbestimmungsrecht über die Höhe der Löhne soll den Arbeitern nicht eingeräumt werden. Nach diesem Bericht sollte man annehmen, als wenn die Löhne erst im

Juni oder Juli zurückgegangen seien. Durch die amtlichen Zahlen haben wir in den früheren Berichten nachgewiesen, daß die Löhne im 1. Vierteljahr 1914 im Vergleich zum 8. Vierteljahr 1913 schon um 85 Mark pro Arbeiter zurückgegangen sind. Nach dem 1. Vierteljahr hat aber eine viel schlimmere Lohnrückgang eingesetzt. Nach einer vom Bergarbeiterverband ausgenommenen Lohnstatistik sind die Löhne im Mai um 10-20 Mark pro Arbeiter gefallen. Nach dem erwähnten Zeitungsbereich sollen die Arbeiter den Mallohn erhalten, wenn sie ihre Leistung erhöhen. Nach diesem Bericht werden die Arbeiter zu Faulengern begabiert. Schon bei der jetzigen Leistung geht der Gesundheitszustand der Wurmbergleute ständig zurück. Kein Bergbaubetrieb weist eine so hohe Krankenzahl auf wie das Wurmrevier. Auf 17 455 Mitglieder der Wurmknappschaft kamen im letzten Jahre 25 890 Krankheitsfälle. Mehr Lohn wurde den Arbeitern also versprochen, wenn sie mehr Kohlen fördern. Die Leistungsfähigkeit der Wurmbergleute hat aber die Grenze erreicht, eine weitere Steigerung ist unannehmlich und unmöglich.

Wie die Verwaltung über die Löhne denkt, geht aus folgendem hervor: Ein Ausschußmitglied hat um Erhöhung der Löhne der oberirdischen Arbeiter. Diefelben betragen 8,60 Mk. Als Antwort erhielten die Ausschußmitglieder die „entgegenkommende“ Mitteilung, daß in der Landwirtschaft noch niedrigere Löhne gezahlt würden. Für 3,60 Mk. pro Schicht seien genug Landarbeiter zu haben.

Bezüglich der enorm hohen Strafen wurde den Arbeiterausschüssmitgliedern gesagt, daß das heutige Strafsystem noch sehr human gehandhabt würde, nach der Arbeitsordnung könne die Verwaltung noch viel höhere Strafen ansetzen.

Keine Lohnaufbesserung, keine Vinderung des Strafsystems, dies ist das Ergebnis der Verhandlungen der Arbeiterausschüsse mit der Verwaltung des Eschweiler Bergwerksvereins. Wie die Zeitungsbereiche dazu kommen, von „Entgegenkommen“ zu reden, ist uns unverständlich.

Unter der Arbeiterherrschaft im Wurmrevier herrscht eine Erregung, wie sie bisher noch nicht zu verzeichnen war. Das Tagesgespräch ist der bevorstehende Streik der Wurmbergleute. Ob es zum Streik kommt, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Die Zahl der Unorganisierten ist leider noch eine sehr große. Aufgabe des Wurmbergreviers wird sein, das Versäumnis nachzuholen; was sie vorher freiwillig nicht tun wollten, dazu werden sie jetzt von den Uniternehmern gezwungen. In Scharen werden die Wurmbergleute durch das Vorgehen der Unternehmern der Organisation zugeführt.

Den Bergarbeitern rufen wir zu: Kameraden, läßt Disziplin, unternehmt nichts Unüberlegtes, achtet auf die Anweisungen der Kommission und Organisationsleitung. Bleibt einig und geschlossen, halt den letzten unorganisierten Kameraden heranzur Organisation! Eilt in Massen zu dem am Sonntag, den 2. August, im ganzen Revier stattfindenden zahlreichen Bergarbeiterversammlungen. Keiner darf fehlen! Hoch die Einigkeit der Wurmbergleute!

**Zugang nach dem Wurmrevier ist streng fernzuhalten.**

Wie uns berichtet wird, sollen Agenten in Sachsen sein, um dort für das Wurmrevier Bergarbeiter anzuwerben. Wir ersuchen die Kameraden in Sachsen, zu beachten, daß die Wurmbergleute sich in einer Abwehrbewegung befinden, weil die Löhne bedeutend heruntergedrückt wurden. Sollten Agenten dort auftauchen, bitten wir schnelle Nachricht an unser Bezirkssekretariat in Aachen, Thomashofstraße 21, gelangen zu lassen.

Auch die Kameraden der übrigen Bergreviere werden er sucht, Zugang nach dem Wurmrevier streng fernzuhalten.

**Verbandsnachrichten.**

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 31. Woche (vom 26. Juli bis 1. August 1914) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, für pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

**Achtung Ortsverwaltungen im Ruhrrevier!**

Den Zahlstellen ist das Festplakat für unser Jubiläumsfest inzwischen zugegangen. Zahlstellen, die irrtümlich keine Plakate erhalten haben oder noch mehr Plakate wünschen, wollen uns dies sofort per Postkarte mitteilen. Der Vorstand.

**Localbeitrag.**

Die Zahlstelle Hausdam ist berechtigt, ab 1. August einen Localbeitrag von 5 Pf. pro Woche zu erheben. Desgleichen die Zahlstelle Hindlarfen-Unterlohberg vom 1. September ab. Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Localbeitrag zu zahlen. Nichtzahlung hat die Entziehung statutarischer Unterstühtungen zur Folge.

**Abrefferveränderungen.**

Alfstadt. Kamerad Albert Schmelzing, Neheimerstraße 32, führt jetzt die Geschäfte des Verbandes.

**Bücherrevisionen.**

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

- |                          |                        |
|--------------------------|------------------------|
| Alfstadt. Ende Juli.     | Suda. Ende Juli.       |
| Esing II. Anfang August. | Maffen. Ende Juli.     |
| Harpen. Anfang August.   | Sinfen. Im Monat Juli. |
| Hassel. Im Monat August. | Stodum. Anfang August. |

**Definitive Anknappschäftsmitgl.-Versammlungen**

Sonntag, den 2. August 1914: Hombroich u. Hagg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Rojentrang in Hombroich. Die letzten Vorgänge im Allg. Anknappschäftsverein Bochum. Referent zur Stelle.

**Zahlstellen-Feste**

Ramen II. Sonntag, den 23. August, nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Weber in Berglanten: Kindererf. Die Kosten trägt die Ortsstelle.

**Achtung! Schmidtthorck-Buschhausen Achtung!**

Sonntag, den 9. und Montag, den 10. August, im eigens dazu erdauten Doppelzelt des Herr. A. Bollmer, Schreierstraße: Große Jubiläumsfeier

**Achtung! Bezirk Niederschlesien Achtung!**

Zur Feier des 25-jährigen Bestehens unseres Verbandes: Fest am Sonntag, den 16. August 1914, in Osterberg im „Schützenhaus“ und im Hotel „Wald“ ein großes

**Verbands- und Jubiläumsfest**

mit folgendem Programm hat: Mittags 1 Uhr: Festzug durch die Stadt. Danach Konzert, Gesangsverträge, literarische Aufführungen, Volgen-Schießen, Kinderbelohnungen, Feiern (gebildet zum Verbandsfest) Herr. W. Kattow. Bei Eintritt der Dunkelheit Abmarsch eines Prozessionszugs und Feiern. Abends 8 Uhr in beiden Festlokalen. Eintrittspreis für Männer 20 Pf., für Frauen 10 Pf. Der Festausgang

**Die Bergarbeiter**

Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit von Otto Hue

2 Bände umfassend 1215 Druckseiten. Preis für Verbandsmitglieder nur 8,00 Mk.

Der zweite Band umfaßt 760 Seiten mit folgendem Inhalt:

Revolutionskämpfe gegen die Verengungen. — Kampf gegen das Direktionsystem. — Die Beseitigung des Direktionsystems. — Die Organisation der Unternehmer. — Verhältnisse der Bergarbeiter um die Mitte des 19. Jahrhunderts. — Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. — Zunahme der Unfälle, Krankheits- und Invalidität. — Weitere Schwäbungen der Knappschaftsgesellschaften. — Die Zeit der „schwarzen Not“. — Ein Blick auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung. — Die Arbeiterfrage und die internationale Gewerkschaftsbewegung der Bergleute. — Lokale Knappschaftsvereine und ihre Ämptliche Reichsvereinigungen. — Der Wabenderger Bergarbeiterstreik und der Hiesig-Dunker'sche Gewerkschaft der Bergarbeiter. — Streikwelle in Oberschlesien. — Streiks und Organisationsversuche der Ruhrbergleute. — Der Verband schlesischer Berg- und Hüttenarbeiter. — Der erste Massenstreik und seine Folgen. — Die Zeit der Sammelung und der Schulung. — Genossenschaftlicher Kampf des Unternehmers. — Weitere Zersplitterung der Arbeiter: Gelbe Vereinigungen; Nationalitätsgemisch; Politische Gewerkschaften. — Der zweite Massenstreik und seine Folgen: Proklamieren und Verlassen des Generalstreiks; Frühliche des Kampfes; Forderung des Berggesetzes; Verkündung der nationalen und internationalen Organisation; Kampf in Schlesien, Mittel-, West- und Ostschlesien. — Neue kapitalistische Produktionsweise: Neue Schicht der Bergarbeiter; Geheimen Verleumdung; Widerstand des Bergarbeitervereins; Soziale Lage der Bergarbeiter; Abwehrkämpfe. — Das Zentrum der Massenbewegung: Soziale Lage der Bergarbeiter 1910/11; Die Niederhaltung der Massenbewegung; Kritische Rückblick. — Schlußwort. — Anhang. — Im Anhang sind Tabellen über die Mitgliederzahlen und Reihenfolge der folgenden Verbände beigefügt: Unser Verband, Gewerkschaften, Politische Berufsvereinigungen, Gewerkschaft der Bergarbeiter z. B., Union der Bergarbeiter Österreichs, Niederländischer Bergarbeiterverband, Miners Federation of Great Britain and United Mine Workers of America, ferner die Statuten einer Reihe bergmännischer Organisationen.

Das Buch wird ein wertvoller Beitrag in jeder Bergarbeiterfamilie sein! Unsere Kinder und Enkelkinder können daraus lernen, wie ihre Väter und Großväter bitter gekämpft und gekämpft haben, um ihren Platz in der fortschreitenden Entwicklung zu beschaffen. Und diesigen, welche jetzt in den Kampfenden Reihen stehen, können aus dem Buche lernen, wie ihre Vorfahren lebten, litten und ertrachtet worden sind. Wir müssen das lernen, denn Wissen ist Macht und Macht ist Wissen! Das Wort Otto Hue's ist zu befolgen durch

H. Hausmann & Co. in Bochum (Westf.), Biemelhauser Straße 24

**Achtung! Bezirk Oberschlesien Achtung!**

Anlässlich der 25-jährigen Wiederkehr der Verbandsgründung findet am Sonntag, den 2. August 1914, nachmittags von 3 1/2 Uhr ab, in den Kattowitzer Festlokalen, Prinzstraße 3, ein großes

**Jubiläumsfest**

statt, bestehend in Konzert, Gesang- u. humoristischen Vorträgen, Ball. Zugelassen werden nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Eintritt für die erwachsene Person 30 Pf. Abends von 9 Uhr ab: Tanzbergung. Langkarte à 75 Pf. ist besonders zu lösen. Hierzu ladet zu zahlreichem Besuch freundlich ein Das Komitee.

**Achtung! Hausdam Achtung!**

Zum 25-jährigen Bestehen des Verbandes begeben die Mitglieder der Zahlstelle Hausdam am Sonntag, den 16. August, im Saale „Hausdamer Hof“ in Hausdam ein großes

**Jubiläums-Fest**

bestehend in Festzug, Konzert, Gesangsverträgen, humoristischen u. literarischen Aufführungen, Kinderbelohnungen (wie Bad u. Fisch), Feiern, Schützen usw., Festrede und anschließendem Festball. Abmarsch des Festzuges nachmittags punkt 2 1/2 Uhr von Lokal Wiber. Eintrittskarten für Mitglieder 20 Pf., Frauen 10 Pf. Zudem soll allen Teilnehmern genugsame Getränke verschaffen, bitten wir um zahlreiche Beteiligung. Der Festausgang

Die große Fachzeitschriften-Schau auf der Buchgewerblichen Weltausstellung Leipzig 1914, Mai-Oktober, bringt zum Ausklang die

»Bergarbeiter-Zeitung«

